

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: **4536**

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: 4536

Leitz-Ordner R 80

VI

8-17

Promi

ausl. Arbeiter

1 2 4/64
(RSHA)

SF



VI 8

Promi

Behandlung der

ausl. Schrift

- allgemein -

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

17 4/64

(RSHA)

Abschrift.

Der Reichsführer SS
und
Chef der Deutschen Polizei
S - IV D - 114/41 (ausl.Arb.)

Berlin SW 11, den 24. Juli 1941
Prinz-Albrecht-Str. 8

S c h n e l l b r i e f

An

- a) die Parteikanzlei
M ü n c h e n
Führerbau
- b) den Herrn Reichsarbeitsminister
- Abteilung V -
B e r l i n
- c) den Herrn Reichsarbeitsminister
- Abteilung III -
B e r l i n
- d) das Oberkommando der Wehrmacht
- Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt -
B e r l i n
- e) das Oberkommando der Wehrmacht
- Amt Ausland / Abwehr -
B e r l i n
- f) die Deutsche Arbeitsfront
- Amt für Arbeitseinsatz -
B e r l i n
- g) das Auswärtige Amt
B e r l i n
- h) den Reichsführer SS
Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums
B e r l i n
- i) das Hauptamt Ordnungspolizei
B e r l i n

Betr.: Den Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich.

Der Millioneneinsatz von ausländischen Arbeitskräften bringt Erscheinungen mit sich, die nach politisch-polizeilichen und abwehr-polizeilichen Gesichtspunkten beurteilt - besonders betrachtet werden können. In allen Fragen, in denen sich meine Dienststellen mit dem Ausländereinsatz befassen müssen - mag es sich um die Bekämpfung der Gefahren für die Sicherheit des Reichs, der Gefahren für Produktion und Arbeitsdisziplin oder der Gefahren für das deutsche Volkstum handeln - mehren sich die Schwierigkeiten.

Um den Mißständen auf diesen Gebieten wirksam und mit allen nur möglichen Maßnahmen begegnen zu können, halte ich eine Aussprache aller wesentlich beteiligten Dienststellen über die Grundsatzfragen des Ausländereinsatzes auf sicherheitspolizeilichem Gebiet für erforderlich und lade zu einer Besprechung am

Dienstag, den 12.8.1941, 15 Uhr
Prinz Albrechtstr. 8, III.Stock, Zimmer 308,
ein.

verlegt auf
Freitag 22. 8.
15 Uhr

Im Auftrage
gez. M ü l l e r

*1/ Original
in R am Feb. 25 (ist bei H. F. I.)
d. U. mit Bezug auf die dortigen
Tatsachen.
4 vom 11. u. 12. März 1941
am 11. VII. 41
H. 292.*

Stab Z I / RU (IVd)

Berlin, den 23. August 1941

V e r m e r k

beim Reichsführer SS am 22.8.41

betr. Polizeiliche und Abwehrmaßnahmen beim Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich.

Leiter der Besprechung: SS Sturmb.Führer Reg.Rat B a r t z

Teilnehmer: Vertreter des RAK, der Parteikanzlei, des Auswärtigen Amtes, der DAF;

von QKW A Ausl/Abw und W1 RU Amt (Stab Z I/3.Kpt.Pr. Michholtz, RU IV/Reg.Rat Dr. Aloden).

Es bestand Übereinstimmung, daß der Einsatz der Ausländer im Reich und eine Steigerung dieses Einsatzes unbedingt erforderlich ist. Für die Sicherheit des Reiches, zur Abwendung von Gefahren für die Produktion und für das Volkstum werden verschärfte bzw. verschärfte polizeiliche und Abwehrmaßnahmen bei der Anwerbung, Unterbringung, bei der Behandlung von Arbeitsvertragsbrüchen und bezügl. des Geschlechtsverkehrs für erforderlich gehalten. Bei der Anwerbung: richtige Auswahl in fachlicher Hinsicht, gesundheitliche Prüfung, Aussonderung belasteter Elemente, richtige Pflege, Vorprüfung durch Abgabestaat, Unterbindung der wilden Anwerbung. Eine geschlossene Unterbringung in Wohnlagern soll angestrebt werden. Wegen der Beschaffung der erforderlichen Baracken soll eine besondere Besprechung stattfinden. Der Einsatz nach Nationalitäten in bestimmten Bezirken wird nicht für durchführbar gehalten. Eine einheitliche Lagerordnung - Disziplin - soll geschaffen werden. Zur Bekämpfung von Arbeitsvertragsbrüchen und Disziplinosigkeiten will Reichsführer SS nicht mehr das bisherige Verfahren - Verfolgung der Fälle durch den Reichstreuhänder der Arbeit - sondern eine staatspolizeiliche Behandlung, d.h. kurzfristige Überweisung dieser Elemente in Arbeitsernüchterungslager durchführen.

Vom Vertreter des Auswärtigen Amtes wurden in Rücksicht auf das Ausland gewisse Bedenken geltend gemacht. Seitens W1 RU Amt

7. 8. 41 654/2

wurde erklärt, daß selbstverständlich die Rüstungswirtschaft besonders an der schnellen Abhandlung solcher Fälle Interesse habe, daß aber im Hinblick auf die unbedingt zu steigende, auf Freiwilligkeit beruhende Anwerbung und auf den Grundsatz der Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitskräfte mit den Deutschen alles vermieden werden muß, was den Anwerbungserfolg beeinträchtigt. Nach Ansicht des Besprechungsleiters würde aber diese Maßnahme, die auch für deutsche Arbeitskräfte zur Anwendung kommt, kein Sonderrecht für die ausländischen Arbeiter darstellen.

Das Verbot des Geschlechtsverkehrs der ausländischen Arbeitskräfte wird aus rassapolitischen Gründen für unbedingt erforderlich gehalten. Das Verbot müsse auf die Angehörigen aller, auch der verbündeten und befreundeten Staaten ausgedehnt werden. Zunächst soll eine entsprechende Aufklärungsstelle im Reich durch das Propaganda Min. durchgeführt werden. Eine Vergrößerung der Zahl der Bordelle für ausländische Arbeitskräfte wurde für erforderlich gehalten.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In 2 bis 3 Wochen soll eine neue Besprechung stattfinden.

Kl. 7/8.
Z 1 f 25
H 13/14

Berlin, den 23. August 1941

Niederschrift

Betr.: Besprechung über den Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich
am 22.8.41, 15^h beim Reichsführer-SS, Chef der deutschen Polizei, Prinz-Albrecht-Str. 8.

Vorsitz: SS-Brigadeführer Müller

Teilnehmer: Auswärtiges Amt,

Reichsarbeitsministerium (Dr. Haubler)

Reichsstatthalter der Arbeit,

Propagandaministerium,

RMSt, (Dr. Wittern)

DAF,

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, (Schubert)

OKW - Abteilung Abwehr - (Hauptmann Krausholt)

SS-Brigadeführer Müller teilte eingangs mit, daß Obergruppenführer Heide rich nach Rückkehr aus dem Führerhauptquartier zu einer weiteren Besprechung in etwa 3 - 4 Wochen einladen werde. Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten.

I. Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. (Referat Harz, SD Hauptamt)

Bei der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ergeben sich 3 Gedankenmomente.

1. Für die Sicherheit des Staates,
2. Für die Stetigkeit der Produktion,
3. Für die Heinerhaltung des Volkstums und der Rasse.

Ausgangspunkt für die Behandlung der Ausländer muß die Stellung des jeweiligen Staates, dessen Repräsentanten in Deutschland arbeiten, jetzt und nach dem Kriege sein.

Es ist beabsichtigt, einen Runderlaß an die Sicherheitspolizei herauszugeben, in dem alle Probleme der Ausländerbehandlung behandelt werden. Mitarbeit aller beteiligten Dienststellen sei notwendig.

Harz kritisierte sodann die bei der Anwerbung von Ausländern aufgetretenen Unstimmigkeiten:

1. zu hohe und unerfüllbare Versprechungen,
2. berufsirrender Einsatz, obwohl Berufseinsatz versprochen war
3. ungenügende Ausrüstung der Ausländer mit Identitätspapieren bei der Einreise in das Reich,
4. ungenügende ärztliche Untersuchung.

Bei den z.Zt. laufenden Anwerbungen in Spanien (es werden 2-300 000 Spanier überwiegend für die Industrie angeworben werden) sei die Unterstützung der ärztlichen Untersuchung durch deutsche Ärzte erstmalig vereinbart, ebenso die polizeiliche Absonderung von Sittlichkeitsverbrechern, Saboteuren und schwer vorbestraften Elementen durch Zusammenarbeit des SD mit den spanischen Polizeieinstellen. Als besonders erschwerend für die polizeiliche Überwachung der Ausländer wirken sich die wilden Anwerbungen aus.

RAH trat der Kritik in den Ausführungen des Ass. Barz entgegen und wies auf die Schwierigkeiten bei der Auswahl von Arbeitskräften bei Anwerbungen in souveränen Staaten hin. Fachliche Gesichtspunkte ließen sich dabei nicht immer durchsetzen. Auch bei Schutzstaaten sei die Inanspruchnahme der dortigen Arbeitseinsatzdienststellen unvermeidbar, ein loyales Zusammenarbeiten dieser Behörden jedoch nicht immer gegeben. Der Begriff des Facharbeiters sei ein durchaus anderer als in Deutschland, der Leistungsstand der Ausländer durchweg ganz erheblich niedriger. Ebenso die Leistung der Ausländer bei Akkordarbeiten. Das RAH verlange selbst, daß kein Ausländer ohne Pässe hineinkommt. Italien habe jedoch ohne Zustimmung der deutschen Stellen einen sogenannten Passaport (Papersatz) eingeführt. Ebenso hätten im Sommer 1940 Franzosen ohne Pässe hineingenommen werden müssen, da die Anwerbungen äußerst dringlich waren und die Passbehörden in Frankreich noch nicht voll arbeiteten.

OKW Abwehr erklärte, es würde die Anwerbung durch andere Dienststellen als das RAH nicht länger dulden, ebenso wenig wie die Herübernahme von Arbeitskräften z.B. aus Frankreich nach Rumänien durch die Organisation Todt, solange die Arbeiter keine Pässe besitzen. Ausnahmen könnten z. B. zugestanden werden, wenn es sich um die Hereinnahme von Schweizern handelt und die Reichsdienststellen bei der Anwerbung offiziell nicht in Erscheinung treten wollen.

11. Geschlossene Unterbringung (Referat Barz).

Die geschlossene Unterbringung der Ausländer sei aus allen drei eingangs erwähnten Gesichtspunkten (Sicherheit, Arbeitsdisziplin, Erhaltung der Rasse) notwendig. Die Betriebe könnten verpflichtet werden, vor dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte für geschlossene Unterbringung Vorsorge zu treffen. Es sei jedoch kein Barackenbaumaterial vorhanden. Verhandlungen hierzu müßten mit den U.G. Bau und der Wehrmacht geführt werden. Vor den dabei auftretenden Schwierigkeiten dürfe man nicht kapitulieren, da der Ausländereinsatz ~~er~~ für die Aufrechterhaltung der inneren Disziplin vorrangig ~~ist~~ und durchaus kriegsentscheidendes Problem sei.

OKW Abt. 1 äußerte sich pessimistisch hinsichtlich der Möglichkeit Wehrmachtssbaracken zur Verfügung zu stellen. In der Ukraine seien nach den eingegangenen Berichten riesige Getreidemengen vorhanden, aber keine Lagermöglichkeit. Alle verfügbaren Baumaterialien müßten dort eingesetzt werden. Das Interesse des OKW an lagerräumiger Unterbringung der Ausländer sei an sich sehr groß.

DAF regte eine regionale Verteilung der fremden Arbeitskräfte nach Nationen an. Diese Frage soll Gegenstand der späteren Besprechung mit Obergruppenführer Heidrich sein.

RAH zeigt die praktischen Schwierigkeiten einer solchen regionalen Verteilung auf. Die lagerräumige Unterbringung sei notwendig. Eventuell könnte der RAD Baracken zur Verfügung stellen. Eine straffe Führung der Lager sei notwendig, hierzu polizeiliche Befugnisse für die Lagerführer. Es müßte eine einheitliche Lagerordnung geschaffen werden.

DAF weist auf die Schwierigkeiten bei der Schaffung einer solchen Lagerordnung hin, die durch die Mischung der verschiedenen Nationen entstehen (Regelung der Ausgangszeiten usw.).

RNST erklärt, daß gemeinschaftliche Unterbringung, soweit diese nicht ohnehin in den Wanderarbeiterunterkünften der Großbetriebe erfolgt, in der Landwirtschaft undurchführbar sei.

Das SP Hauptamt ist hierzu gleicher Auffassung.

Das Propagandaministerium kündigt eine erste große Propagandawelle an unter dem Motto: Sei stolz, daß Du deutschen Blutes bist. Hinsichtlich

der Qualität der Unterbringung ergab sich, daß bei sehr guter Unterbringung der Ausländer die deutschen Arbeiter sich benachteiligt fühlen. Bei schlechter Unterbringung wächst die Unzufriedenheit der Ausländer.

III. Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches. (Referat Barz)

Grundlage für die Bestrafung des deutschen Arbeiters ist die Verletzung des Treueverhältnisses als Grundsatz des NS-Arbeitsrechts. Diese Voraussetzung liegt beim Ausländer nicht vor. Daher muß der Ausländer unter besondere Rechte gestellt werden. Der Vertragsbruch ausländischer Arbeitskräfte soll daher grundsätzlich ohne gerichtliches Strafverfahren durch staatspolizeiliche Maßnahmen, Arbeitserziehungslager, behandelt werden. Hierbei steht die Absenckung im Vordergrund. Arbeitserziehungslager seien bereits überall errichtet, es würden z.B. noch weitere geschaffen. Die Beteiligung des Reichstreuhänders der Arbeit sei weiterhin notwendig. Sobald jedoch die Schlichtungs- und Ordnungsmaßnahmen des Reichstreuhänders nicht mehr zum Ziele führen, solle bei Ausländern die weitere Exekution allein in die Hand der Sicherheitspolizei liegen. Nur dann sei eine schnelle und wirksame Bekämpfung des Vertragsbruches der Ausländer für die Sicherheitspolizei notwendig. Die weitere Ausstrahlung beseitigte das Mißverständnis, daß in der Auffassung des Auswärtigen Amtes und des Reichstreuhänders lag, als seien die staatspolizeilichen Maßnahmen schärfer als die gerichtlichen Maßnahmen. Dieser Auffassung trat Barz entgegen. In Arbeitserziehungslagern würden die Insassen energisch zur Arbeit (12 Stunden) angehalten bei durchaus ausreichender Verpflegung und einem angemessenen Arbeitsverdienst, der nach Beendigung der Unterbringung ausgezahlt wird. Verhandlungen wegen Unterstützung der Familie der Lagerinsassen wären im Gange. Bei den Verhandlungen mit Italien sei zum Ausdruck gekommen, daß auch Italien diesen Maßnahmen zustimmt, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß durch die polizeiliche Maßnahme kein Vermerk in das Straßengister gelangt.

Barz erklärt schwere und wirksame Maßnahmen gegen den Arbeitsvertragsbruch für unbedingt notwendig und weist darauf hin, daß 1940 30 % der eingesetzten Polen, und zwar ganz überwiegend im Wege des Vertragsbruches ihre Arbeitsstelle aufgegeben haben. Grund sei überwiegend geringere Entlohnung der in der Landwirtschaft Tätigen, an der wegen der Kriegsverhältnisse nichts habe geändert werden können.

Propagandaministerium hält die Arbeitserziehungslager für wichtig, um der zunehmenden Verlotterung der Arbeiter, insbesondere der aus dem Ostenraum zu steuern. Der Ausländer erwartet in Deutschland Strafe Disziplin, findet sie tatsächlich nicht vor und versucht selbstverständlich so viel Freiheit wie möglich zu erhalten.

DAF verlangt eindeutige Definition des Arbeitsvertragsbruches. Dieser würde in 50 % der Fälle durch die Betriebe selbst verursacht. Hierzu wurden Einzelfälle aus der industriellen Wirtschaft angeführt, bei denen es sich hauptsächlich um Ausländer, handelt, die bei industriellem Einsatz nicht die ihnen versprochenen Lebensbedingungen vorzufinden hatten.

RAE findet abschließend Zustimmung zu dem Grundsatz, dass nach Verlassung des Arbeitserziehungslagers in jedem Fall Rückführung an den früheren Arbeitsplatz erfolgt. Große Schwierigkeiten ergeben sich aus der Forderung. Eine Rückführung aus dem Ausland sei in jedem Falle schwierig, bei den souveränen Staaten wegen der Verletzung der Souveränität, bei den Schutzstaaten wegen der großen Zahl der Fälle und der Unmöglichkeit in jedem Falle eine Rückführung durchzuführen. Die Forderung konnte sich daher im wesentlichen nur auf die in Deutschland oder an den Grenzen befindlichen Ausländer beschränken. Nur in besonders krassen Fällen könne eine Rückführung aus dem Ausland erfolgen. Gegen der Forderungsmassnahmen müsste eine besondere Besprechung zwischen der SB und dem RAE stattfinden.

IV Verbot des Geschlechtsverkehrs (Referat Barz).

Ein Verbot des Geschlechtsverkehrs für alle Ausländer lässt sich z.Zt. nicht mit rassenpolitischen Gründen gegenüber dem Ausland begründen, sondern nur mit dem Kriegszustand. Die eingezogenen deutschen Soldaten müssten die Gewissheit haben, dass ihren zurückgebliebenen Frauen nichts geschieht. *Und die Männer mit fremdsch. Frauen?*

Propagandaministerium befürchtet riesigen Straßenfall. Schlägt da zunächst die Aufklärung als Vorbereitung auf das Verbot vor. Im übrigen wird das Verbot begrüßt. Die propagandistische Einwirkung muss vor allem auf die deutsche Frau ausgerichtet sein. Reichsführer-SS unterstützt gleichfalls das Verbot gegebenenfalls nach Ablauf der Propagandawelle, die bisher starkstens vermisst würde. In einer früheren Besprechung mit dem auswärtigen Amt sei angeregt worden, mit den Achsenmächten einen

gegenseitigen Vertrag über die Heinerhaltung der Rasse zu schließen. Wenn dadurch auf diesem Gebiet mit Italien "bereinstimmung erzielt wäre, könnten die selben Grundsätze auf die übrigen europäischen Staaten angewendet werden.

Burz erklärte abschließend, daß die Anwendung des Verbotes gegenüber gleichrangigen (Niederländern, Flamen usw.) lockerer gehalten werden kann. Eine offizielle Ausnahme für diese könne natürlich nicht zugestanden werden.

Handwritten signature
27/11

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle München
B.Nr.: 6 524/42 II G / Wa.

München, den 6. Juli 42

Bayer. Staatsminist. d. Innern

18. Juli 8. JULI 1942

Akt. Beil.

An die

Landräte und Oberbürgermeister der Kreis- und Stadtkommunen
Städte der Gaue Oberbayern und Schwaben;

nachrichtlich:

an die

Regierungspräsidenten von Oberbayern und Schwaben.

27, 28
Nach Kenntnisnahme
zum Akt Nr. 2084 e.
(Abdruck bei Sg. 28 VF.)
Am 14.7.1942
Sachgebiet 27

Nachstehend folgt der Inhalt des Erlasses des
Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 24.4.1942
Nr. IV A 1 c - 7 235/42 zur Kenntnisnahme und Beachtung:

" Betr.: Abhören ausländischer Rundfunksender durch die
in Deutschland beschäftigten Arbeiter.

Von verschiedenen Dienststellen ist der Herr
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gebeten
worden, den im Reich beschäftigten ausländischen Arbeitern
die meistens der deutschen Sprache nicht mächtig sind,
Gelegenheit zu geben, Sendungen ihres Heimatrundfunks in
geschlossenen Veranstaltungen innerhalb ihrer Lager usw.
abzuhören.

Der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und
Propaganda hat sich jetzt damit einverstanden erklärt,
dass alle in Deutschland tätigen ausländischen Arbeiter
ihren Heimatrundfunk, wenn dessen Einstellung uns gegen-
über freundlich ist, in geschlossenen Veranstaltungen
abhören dürfen.

Für entsprechende Überwachung, dass keine anderen
Sender abgehört werden, ist durch Aufstellung eines deut-
schen Verantwortlichen im Benehmen mit den Lagerleitern un-

HSIA München, Allg. StA.
MInn 71635

dessen schriftliche Verpflichtung selbstverständlich zu sorgen. (Evtl. politisch-polizeiliche Abwehrbeauftragte der Firmen beiziehen!)

Durch Presseveröffentlichung des Herrn Reichsministers für die Volksaufklärung und Propaganda vom 28.10.1941 sind bereits die Sender der nachstehenden Länder allgemein zum Abhören freigegeben, so dass auch für die ausländischen Arbeiter hierin keine Beschränkungen bestehen;

Belgien,
Niederlande,
Besetztes Frankreich,
Norwegen,
Serbien,
Griechenland,
Besetzte Ostgebiete,

Die politische Haltung des Rundfunks folgender Länder wird als freundlich angesehen:

Dänemark,
Finnland,
Kroatien,
Bulgarien,
Rumänien,
Ungarn,
Spanien,
Slowakei

Jch weise darauf hin, dass unter diesen Ländern nicht das unbesetzte Frankreich genannt ist. Ein Abhören der Sender des unbesetzten Frankreichs durch in Deutschland beschäftigte französische Arbeiter ist nach wie vor verboten.

Bei den Staatspolizei(leit)stellen etwa eingehende Anträge auf Genehmigung zum Abhören von Sendern des unbesetzten Frankreichs durch französische Zivilarbeiter in Deutschland sind daher abzulehnen.

J.A.

gez. Marmon.



**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV D - 207/42 (ausl. Arb.)

Bitte in der Antwort aufstehendes Geschäftszeichen u. Datum angeben

56
Berlin SW 11, den 17. Juli 1942
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

Schnellbrief

An

- a) die Partei-Kanzlei
z. Hd. von Herrn Dr. Geißler
- b) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. V -
z. Hd. von Herrn ORR. Dr. Häußler
- c) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz
- Abt. III -
z. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Sturm
- d) das Oberkommando der Wehrmacht
- Amt Ausland/Abwehr -
z. Hd. von Herrn Hauptmann Dr. Kraussoldt
- e) das Oberkommando der Wehrmacht
Wirtschafts- und Rüstungsamt
z. Hd. von Herrn Korvettenkapitän Eichholz
- f) das Reichsluftfahrtministerium
- Generalluftzeugmeister -
z. Hd. von Herrn Oberstleutnant Dr. ing.
Wurmback
- g) die Deutsche Arbeitsfront
Zentralbüro
Volkspolitisches Amt
- h) die Deutsche Arbeitsfront
Amt für Arbeitseinsatz
z. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Pg.
Krause
- i) das Auswärtige Amt
z. Hd. von Herrn Legationsrat Dr. Kieser
- j) den Reichsführer **SS**
Reichskommissar für die Festigung deutschen
Volkstums
z. Hd. von **SS**-Oberstuf. Schubert
- k) das Hauptamt Ordnungspolizei
z. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Knaab

OKW/Wi Amt/

19. JULI 1942

Nr.

1539/42

Ant

—

- l) das Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
Abt. Pro 4
- m) den Reichsnährstand
z. Hd. von Herrn Schwarz
- n) die Abteilung I
des Reichsministeriums des Innern
- o) das Reichswirtschaftsministerium
z. Hd. von Herrn Reg. Rat vom Hofe
- p) das Reichsministerium
für die besetzten Ostgebiete
z. Hd. von Herrn ORR. Beil
- q) den Herrn Reichsminister
für Bewaffnung und Munition
z. Hd. von Herrn ORR. Birkenholz
- r) den Herrn Reichsgesundheitsführer Dr. Conti
z. Hd. von Herrn Dr. Brüning

Betrifft: Einsatz ausländischer Arbeitskräfte.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländer-einsatzes findet am

Donnerstag, d. 23. 7. 1942 - 11 Uhr -,
in meinem Dienstgebäude Werderscher Markt 5/6,
(Reichskriminalpolizeiamt)
kleiner Sitzungssaal, Zimmer 175,

statt.

Es werden folgende Punkte erörtert:

- 1. Ostarbeiterfragen.
- 2. Einsatz von Dolmetschern.
- 3. Behandlung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte.

Die vorgesehene Besichtigung eines Lagers kann aus technischen Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

In Vertretung:



V e r m e r k

über Besprechung beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD
am 23.7.42 betr. Einsatz ausländischer Arbeitskräfte.

Leiter der Besprechung: Reg.Rat B a a t z

Teilnehmer: Vertreter der Parteikanzlei, des GBA, des Ausw.
Amtes, Prop.Min., RIM, RWiMin, Ost Min, Reichs-
gesundheitsführers, Reichsnährstandes, der DAF
und von OKW Amt Ausl/Abw und Wi Amt/Rü IV.

Durch einen Erlaß des Reichsführers SS ist den Staatspoli-
zei-Leitstellen die Möglichkeit gegeben worden, im Lager und
beim Ausgang der Ostarbeiter anstelle deutscher Wachmannschaf-
ten russische Lager- bzw. Baracken- oder Stubenälteste als Auf-
sichtspersonen selbstverantwortlich einzusetzen. Damit ist einer
vom Wi Amt seit längerer Zeit erhobenen Forderung Rechnung ge-
tragen worden. Reichsführer SS bittet ausdrücklich, von einer
Bekanntgabe an die nachgeordneten Dienststellen abzusehen.

Die Klagen über mangelnde Ernährung der Ostarbeiter und
sogar Erschöpfungserscheinungen aus diesem Grunde halten an.

Die Dolmetscherfrage soll - nachdem der Ostarbeitereinsatz
zu einem gewissen Abschluß gekommen ist - grundsätzlich vom
sicherheitspolizeilichen und arbeitseinsatzmäßigen Standpunkt
für alle Nationen einheitlich geregelt werden.

Bei GBA und Reichsführer SS besteht Einigkeit darüber, daß
schwängere ausländische Frauen vor ihrer Niederkunft möglichst
in ihre Heimat abgeschoben werden sollen. Ausnahmen nur, wenn
der Betriebsführer trotz des Kindes auf die Weiterbeschäftigung
dieser Arbeitskraft nicht verzichten kann.

1) Vermerk: da die Verwendung von
Russen ausser d. Nachmann-
schaften in das GBA und in die
polizeilichen Leiter gestellt wird
sollen, die ausser Dienststellen
daran noch mehr erfahren,
um möglichst im experimenten-
tellen Charakter die Sache zu beh.
ren.

2) 4.2 m. 7. 42: 2 f. (2R) 15 42. 11 22/2 44

Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda.
Pro VS 2458/18-8.42/4-4.9.

Berlin, den 17. Sept. 1942.

An das
Reichswirtschaftsministerium

in B e r l i n .

Betrifft: Behandlung ausländischer Arbeiter in Deutschland.

Die Einberufungen deutscher Staatsangehöriger zur Wehrmacht erfordern den Arbeitseinsatz von ausländischen Spezialarbeitern in der Rüstungs- und Ernährungswirtschaft. So sind im Reich Ingenieure, Techniker, Chemiker, Konstrukteure, Ärzte, Spezial- und ungelernte Arbeiter zahlreicher Nationalitäten tätig.

Es häufen sich in letzter Zeit Klagen dieser Gastarbeiter darüber, dass die Gaststätten- und Lebensmittelgeschäfts-Inhaber diesen ausländischen Arbeitern, die zum grossen Teil freiwillig nach Deutschland angeworben wurden, die Verabreichung von Getränken und Lebensmitteln und dazu noch in recht unhöflicher Form verweigern mit dem Hinweis, dass diese "lästigen Ausländer" unerwünscht seien. Es darf hierbei darauf hingewiesen werden, dass das Reich diesen ausländischen Arbeitskräften eine gute Behandlung in Deutschland bei Anwerbung derselben zugesichert hat. Hinzu kommt noch, dass ein Teil der Arbeiter den befreundeten Nationen angehören. Das zum Teil mit Recht zu verurteilende unhöfliche Benehmen dieser Gaststätten- und Geschäftsinhaber und die falsche Einstellung gegenüber diesem für Deutschland so notwendigen Ausländereinsatz führt dazu, dass die Anwerbung von weiteren Facharbeitern nach Deutschland dadurch erschwert, die Arbeitslust und somit die Arbeitsleistung infolge Verärgerung sinkt und die abgelaufenen Arbeitsverträge nicht mehr wie gewünscht erneuert werden. Ganz abgesehen davon werden diese in Deutschland tätigen ausländischen Arbeiter politisch unnötig gegen das Reich eingestellt und wird somit das Ansehen Deutschlands im Auslande schwer geschädigt. Die deutsche Propaganda im Auslande, Deutschland als das "gastfreundliche Land" zu bezeichnen, wird durch dieses Verhalten in Zukunft unwirksam werden. Die politische Stimmung wird in den besetzten und unbesetzten Gebieten hierdurch wesentlich beeinträchtigt.

Es wird der Standpunkt vertreten, dass diese ausländischen

EE

Polen
Stadtverwaltung
Thorn 2

Arbeitskräfte bei entsprechendem Auftreten ordentlich behandelt und höflich abgefertigt werden sollten.

Um diese**be**zügliche Anweisung an Ihre nachgeordneten Dienststellen und um Mitteilung über das Veranlasste wird gebeten.

Im Auftrag:

gez. Vogt

Beglaubigt:

gez. Bittmann

Kanzleiangestellte.

Reichsfremdenverkehrsverband
Öffentlich-rechtliche
Körperschaft des Reichs.

Berlin W 9, den 28. Sept. 1942
Potsdamer Platz 1
Columbushaus

III R 127/42.

Vorstehende Abschrift den
Landesfremdenverkehrsverbänden
im Reichsfremdenverkehrsverband,
Öffentl.-rechtl. Körperschaft des Reichs.
den Herren Bäderreferenten
und dem Fremdenverkehrsverband Luxemburg
- je gesondert -

zur Kenntnis und zur Verständigung der in Frage kommenden örtlichen Fremdenverkehrsstellen, die auch ihrerseits darüber zu wachen haben, dass die ausländischen Arbeitskräfte bei entsprechendem Auftreten ordentlich behandelt und höflich abgefertigt werden.

Heil Hitler!

I.V.

gez. Graf

Dieses Rundschreiben wird im amtlichen Reichsorgan "Der Fremdenverkehr" n i c h t veröffentlicht.

LANDESFREMDENVKERSVERBAND
DANZIG - WESTPREUSSEN

Danzig, den 1. Oktober 1942

Obige Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

Heil Hitler!

Landesfremdenverkehrsverband
Danzig - Westpreussen

Klein

Stadtverwaltung Thorn
Emp. 11 - 5. OKT. 1942
Adressen
Ref. 1 - Geschäftsstellen

An die

Aussenadresse.

82

Polen
Stadtverwaltung
Thorn 2

3.4.44
Dr.Wi./Schr.

3. April 1944

ausländische Arbeiter

Pro VS 2458-24/3.4.44/289-2, 10.

An den
Reichsführer SS und Chef
der Deutschen Polizei,
z.Hd. von Herrn Kommissar Heßler,
B e r l i n
Albrechtstr.8

abges. Jhr. 5/4

Betr.: Abhören feindlicher Rundfunksender durch Fremdarbeiter

Das Reichspropagandaamt München-Obb. teilt zur Frage des
Abhörens feindlicher Rundfunksender durch Fremdarbeiter
folgendes mit:

" Immer wieder muß festgestellt werden, daß die ausländi-
schen Arbeitskräfte und die außerhalb der Lager unterge-
brachten Kriegsgefangenen eifrige Hörer feindlicher
Rundfunksender sind. Von ihnen gehen die meisten Gerüchte
aus, auch kurzfristige Vorhersagen, die der Wahrheit
entsprechen."

Wk

In Auftrag

hi


Der Reichsführer-SS

und

Chef der Deutschen Polizei

~~Am Reichsministerium des Innern~~

S - IV B (ausl. Arb.) - 785/43

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben

⁻⁰⁸
Pro VS 2458 / 26.4.44/281-3, M

Berlin SW 11, den 26. April 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

26.4.44

An

den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung
und Propaganda

Abt. Pro VS

z. Hd. von Herrn Dr. Wimmer

- o. V. i. A. -

Berlin W 8,

Wilhelmplatz 8 - 9

Betrifft: Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung
sicherheitspolizeilicher Fragen des Aus-
ländereinsatzes.

Für baldige Erledigung meines Schreibens vom
17. 3. 1944 wäre ich dankbar.

Im Auftrage:

gez. Häßler



Befähigt:

Kanzleiangestellte

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 431 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

R 55 DC 1431

Hilfen / Proven

Reichsführer-SS

und

Chef der Deutschen Polizei

im Reichsministerium des Innern

S - IV B (ausl. Arb.) - 785/43 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Pro **V 92458 / 6.5.44 / 281-3, 11**

Berlin SW 11, den 6. Mai 1944

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ostverkehr 120040 • Fernverkehr 126421

3. MAI 1944

An

den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung
und Propaganda

Berlin W 8,

Wilhelmplatz 8 - 9.

Betrifft: Besuch von Kino- und Theaterveranstaltungen
durch ausländische Arbeitskräfte.

Bezug: Hiesiges Schreiben vom 27. 4. 1944 -
S - IV B (ausl. Arb.) - 785/43 -.

Anlage: 1 Abschrift.

*W. H. am 29/4
Zügel R. 195*

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Besprechung
mit Frl. Vanderk übersende ich Abschrift des hiesigen
Schreibens vom 17. 3. 1944 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Diesem Schreiben war eine Erörterung in der Arbeits-
kreissitzung vom 8. 2. 1944 vorausgegangen, die nach der
hier vorliegenden Notiz folgendes Inhalt hatte:

"Den ausländischen Arbeitskräften ist - mit Ausnahme
der Polen und Ostarbeiter - der Besuch von Kino-
und Theaterveranstaltungen im allgemeinen freigestellt.
Verschiedentlich konnte jedoch beobachtet werden, daß,
besonders in kleineren Städten, die Bedürfnisse
der deutschen Bevölkerung beim Besuch von Kino- und
Theatervorstellungen nicht befriedigt werden konnten,
da die ausländischen Arbeitskräfte die Plätze bereits
besetzt hatten. Es bedarf keiner Erörterung, daß,
insbesondere der deutsche Fronturlauber, derartigen

Zuständen verständnislos gegenübersteht, desgleichen müssen solche Wahrnehmungen beim deutschen Arbeiter Verbitterung hervorrufen, der im Gegensatz zum Ausländer nach Betriebs-schluß noch persönliche Dinge zu erledigen hat und erst später dem Kinobesuch nachgehen kann. Einzelne Stellen sind aus diesem Grunde dazu übergegangen, in den Kinos bestimmte Stuhlreihen für ausländische Arbeitskräfte vorzusehen oder erst dann an die Ausländer Zutrittskarten zu verkaufen, wenn von Seiten der deutschen Bevölkerung keine Ansprüche mehr gestellt werden.

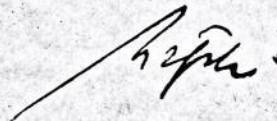
Die letztgenannten Maßnahmen sind bei den Dienststellen der Reichsfilmkammer bzw. den Reichspropagandaämtern auf erheblichen Widerstand gestoßen, da an sich festgesetzt wurde, daß die Ausländer im allgemeinen freien Zutritt zu den Lichtspielhäusern und Theatern haben. Es wäre nunmehr zu prüfen, ob nicht unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung in Orten, in denen nur ein oder wenige Kinos vorhanden sind, den ausländischen Arbeitskräften bestimmte Beschränkungen auferlegt werden. Es ist selbstverständlich, daß derartige Maßnahmen insofern eine Lücke haben würden, als der Ausländer mangels Kennzeichnung nicht immer als solcher erkenntlich ist. Eine Unterscheidung des Ausländers von Deutschen wird sich aber in kleineren Orten - um diese wird es sich in erster Linie handeln - ohne weiteres möglich machen lassen. Die beteiligten Stellen werden um Stellungnahme gebeten."

11
Herr Laß von der dortigen Dienststelle erklärte sich seinerzeit bereit, diese Frage unter Berücksichtigung

der dargelegten Gründe einer nochmaligen Prüfung
zu unterziehen und weitere Mitteilung nach hier
zu geben.

Da die Angelegenheit inzwischen dringlich geworden ist, wäre ich für nunmehrige baldige Erledigung dankbar.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. Pfeiffer' or similar, written in a cursive style.

Reichsführer-SS
und
Chief der Deutschen Polizei
Reichsministerium des Innern

Abschrift.

Berlin SW 11, den 17. März 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

IV D (ausl. Arb.) - 785/43 -
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugeben

An

den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung
und Propaganda

- Abteilung Pro VS -

in Berlin W 8,

Wilhelmplatz 8 - 9.

Betrifft: Sitzung des Arbeitskreises vom 8. 2. 1944
über Fragen des Ausländereinsatzes.

Im Arbeitskreis vom 8. 2. 1944 wurde die Frage
des Besuchs von Kino- und Theatervorstellungen durch
ausländische Arbeitskräfte nochmals erörtert und eine
erneute Stellungnahme der dortigen Dienststelle in
Aussicht gestellt. Auf die Besprechung mit Herrn
Referenten Laß nehme ich Bezug.

Für baldige Mitteilung der dortigen Entschließung
würde ich dankbar.

Im Auftrage:

gez. H ä ß l e r .

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
4 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 431 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Erstellt im
Bundesarchiv

R 55 DC 1431

Arten from

Hauptreferat Pro/Pol

Berlin, den 10. Mai 1944

RR.Dr.Schäffer

Herrn

Staatssekretär Dr.Naumann

über Herrn Leiter Pro

Betrifft: Überwachung der ausländischen Arbeiter.

Ich habe heute mit Obergruppenführer Müller vom Reichs-Sicherheitshauptamt die Anregung besprochen, die kürzlich im Briefbericht an den Herrn Minister erwähnt war, nach der es notwendig sei die Betriebsführer anzuweisen, bei den bei ihnen tätigen ausländischen Arbeitskräften von Zeit zu Zeit entsprechende Kontrollen bzw. Razzien durchzuführen.

Obergruppenführer Müller nimmt zu dieser Anregung, für die er an sich sehr dankbar war, wie folgt Stellung:

- 1) Es werden bereits jetzt schon laufend entsprechende Überwachungen durchgeführt, wenn irgendwelche Umtriebe unter den ausländischen Arbeitern vermutet werden müssen.
- 2) In den grösseren Betrieben werden laufend Razzien durchgeführt.
- 3) Es ist unmöglich, die Durchführung solcher Maßnahmen generell den Betriebsführern zu übertragen, da sie überhaupt nicht die Voraussetzungen haben solche Umtriebe zu entdecken, da selbstverständlich diese ausländischen Arbeiter alle Mittel anwenden, ihre Maßnahmen zu täuschen.

In dem gemeldeten Fall liegt die Sache anders, da der Betriebsführer selbst seit Jahren im SD tätig ist. Gruppenführer Müller wird sich von diesem Betriebsführer einen Erfahrungsbericht geben lassen.

- 4) Manche Betriebsführer glaubten, dass das Reichs-Sicherheitshauptamt nicht sofort auf Grund einer Einzelmeldung eingreife. Dies hänge aber damit zusammen, dass häufig bei den Umtrieben der ausländischen Arbeiter mehrere Betriebe zusammenhängen und dass es dann nicht möglich ist, in einem einzelnen Betrieb sofort einzugreifen, da angestrebt werden muss, das ganze Komplott

auf einmal auszuheben.

- 5) Gruppenführer Müller ist ausserordentlich dankbar, wenn solche Anregungen, die an den Herrn Minister herangetragen, ihm laufend zugeleitet werden. - Er hat auch zugesagt, dass er gern bereit ist, dem Ministerium über das Veranlasste bei den einzelnen Fällen Bescheid zukommen zu lassen. Leiter Pro hat eine entsprechende Anweisung an das zuständige Referat gegeben.

Berlin, den 10. Mai 1944.

Durchschrift für Pro/VS

Herrn Dr. Wimmer

mit der Bitte, Punkt 4) zu beachten und ähnliche Vorschläge laufend an Gruppenführer Müller weiterzuleiten.

Heil Hitler!

Urschriftlich gegen Rückgabe

Herrn Dr. Dietze,
Hauptreferat Pro Pa.,

mit der Bitte, die dort eingehenden Anregungen über den ausländischen Arbeitseinsatz in Zukunft mit Referat Fremdarbeiterbetreuung abprechen zu wollen.

Heil Hitler!

Geo. Tiefe

Pro V 24588/8.6.44/256-32,5
281-3,11

Berlin, den 8.6.44.

Filmabteilung.
Opp. Schmitt-Halin

F 5500/20.5.44/120a-2,2
An das

Hauptreferat Pro VS,

im Hause.

Die mir unter dem 20.5.44 übersandten Vorgänge reiche ich in der Anlage wieder zurück und füge eine Abschrift der generellen Entscheidung des Herrn Staatssekretärs vom 18.6.43 bei.

Da unter den heutigen Verhältnissen die Sitzplätze der Filmtheater fast in allen Städten zahlenmässig nicht ausreichen, andererseits aber auch wohl ausnahmslos in allen diesen Städten ausländische Arbeiter eingesetzt sind, werden die Schwierigkeiten, die dem ungestörten Besuch von Filmvorführungen entgegenstehen, in der Regel diesen ausländischen Arbeitskräften zur Last gelegt, obgleich bisher noch in keinem Fall zahlenmässig überprüft worden ist, wie gross der Prozentsatz der Ausländer in einer Filmvorführung, zu der nicht alle Einlass Suchenden Zugang fanden, gewesen ist. Eine solche Feststellung scheint mir aber eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sein, um überhaupt zu erwägen, ob, in welcher Art und Weise, und in welchen Sonderfällen Ausnahmeregelungen zugelassen werden sollen.

Normalerweise rate ich von Ausnahmeregelungen ab, da mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, dass alsdann unter Berufung auf diesen Ausnahmefall eine Flut von weiteren Anträgen eingehend wird.

Ich bitte, mich bei der weiteren Behandlung des Falles zu beteiligen.

Heil Hitler !

Handwritten signature

- Abschrift -

F 5500/16.6.43/202A-6,3.

RUNDSCHREIBEN
an alle RPÄ!

Handwritten: Handwritten No. 125

Betr.: Zulassung von ausländischen Arbeitern zu den allgemeinen Filmveranstaltungen.

Ich nehme Bezug auf das nach dort bekannt gegebene "Merkblatt über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte" und betone nochmals, daß die geistige und kulturelle Betreuung der ausländischen Arbeiter einmal mit Rücksicht auf die Hebung der Arbeitsfreudigkeit und des Leistungswillens zum anderen wegen der entsprechenden Vereinbarungen in zwischenstaatlichen Verträgen eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Gemäß diesem Grundsatz haben die ausländischen Arbeitskräfte mit Ausnahme der als solche kenntlich gemachten Ostarbeiter und Polen Zutritt zu den regulären Filmvorführungen. Daß dadurch unter Umständen Schwierigkeiten entstehen können, ist in den besonderen Verhältnissen gerade auf dem Gebiet des Filmtheaterbesuchs begründet. Derartige Schwierigkeiten können jedoch nicht dadurch beseitigt werden, daß von örtlichen Dienststellen Regelungen getroffen werden, die entweder die deutsche Bevölkerung benachteiligen oder den Besuch der ausländischen Arbeiter entgegen den erlassenen Richtlinien einschränken. So ist es zum Beispiel nicht tragbar, vorzuschreiben, daß für ausländische Arbeiter besondere Sitzreihen in den Filmtheatern reserviert werden, um sie von den deutschen Besuchern zu trennen; es ist weiter auch undurchführbar, die Ausländer auf Sondervoranstaltungen zu verweisen.

Es bleibt lediglich für den Theaterbesitzer die Möglichkeit, kraft seines Hausrechtes solche ausländischen Arbeiter nicht zuzulassen, die durch ihre besondere unsorgfältige Bekleidung Anlaß zu öffentlichen Ärgernis geben könnten.

Die Theaterbesitzer habe ich über die Reichsfilmkammer entsprechend unterrichten lassen, und ersuche, von dort aus dafür zu sorgen, daß entgegenstehende Bestimmungen wieder aufgehoben werden.

Heil Hitler!

gez. Gutterer

11.10.34

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
3 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 431 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv
R 55 DC 1431
Arden / poorn

16. Juni 1944

08
Pro VS 2458-

/16.6.44/287-4/8

16.6.44

An den

Reichsführer SS
und Chef der Deutschen Polizei,
B e r l i n SW 11

Mr. 1. Div. d. Gen. H. 2. 1. 6.

Prinz-Albrechtstrasse 8

Betr.: Besuch von Kino- und Theaterveranstaltungen durch ausländische
Arbeitskräfte.

Auf Ihr Schreiben vom 6.5.44, Az.S-IV B (ausl.Arb.)-785/43, wird Ihnen mitgeteilt, dass gegen Ihren Vorschlag, den ausländischen Arbeitskräften Beschränkungen im Kino- und Theaterbesuch aufzuerlegen, starke Bedenken erhoben werden müssen. Es ist zwar nicht zu bestreiten, dass die Millionenarmee fremdvölkischer Arbeiter die an sich schon vorhandene Platzknappheit in den Filmtheatern noch verstärkt. Dass aber den Fremdarbeitern ein Minimum an Zerstreuungen geboten werden muss, erscheint vor allem im Hinblick auf die teilweise sehr unbefriedigende Lage auf dem Gebiete der Unterbringung und Ernährung ausser jedem Zweifel. Schliesslich kann man von dem Fremdarbeiter schwerlich verlangen, dass er mit Lust und Liebe an seinem Arbeitsplatz ein Maximum an Leistungen aus sich herausholt, wenn er sich in der Freizeit Einschränkungen gegenüber sieht, die er irgendwie als Kränkung empfinden muss. Wenn auch von Ihnen eine Ausnahmeregelung zunächst nur auf bestimmte Sonderfälle vorgeschlagen wird, kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, dass alsbald unter Berufung auf diesen Sonderfall eine Flut von weiteren Anträgen eingehen wird, wenn nicht örtliche unbefugte Stellen von sich aus direkt Sonderregelungen durchführen. Zweifelsohne würde in kurzer Zeit überall in Deutschland der Kinobesuch von ausländischen Arbeitern entweder sehr eingeschränkt oder sogar durch örtliche Stellen eigenmächtig verboten sein. Ein allgemeines Durcheinander wäre die unvermeidliche Folge.

- 2 -

1000 Dr. Vary Zva

Vg. nicht verlässliche Tanti.

2. 1. 1.

In Abwägung aller dieser Gesichtspunkte hatte der Herr Staatssekretär Gutterer am 18.6.43 in einem Erlass angeordnet, dass die Zulassung von ausländischen Arbeitern zu den allgemeinen Filmveranstaltungen ohne Einschränkungen erfolgen müsse. Abschrift dieses Erlasses liegt in Anlage zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

Es wird gebeten, diese in dem beiliegendem Rundschreiben enthaltenen Gesichtspunkte gegenüber einer dem ganzen Fragenkomplex nicht gerecht werdenden Kritik zu vertreten. Wenn auch menschlich verständlich ist, dass sich einzelne Volksgenossen, die in einem Filmtheater keinen Platz mehr finden, über die ausländischen Arbeitskräfte aufregen, so kann dies doch kein Anlass sein, die höheren Gesichtspunkte in der Behandlung dieser Frage zurückzustellen. Schliesslich ist der Fremdarbeiter im allgemeinen nicht freiwillig ins Reich gekommen, seine Arbeitsleistung aber gehört mit zu den kriegsentscheidenden Faktoren, die letzten Endes von seinem Arbeitswillen abhängig ist und durch Zwangsmassnahmen allein nicht erzielt werden kann. Es ist auch noch zu berücksichtigen, dass den Fremdarbeitern soziale Gleichstellung mit den deutschen Arbeitern zugesagt worden ist. Massnahmen der vorgetragenen Art würden vor allem von den Festarbeitern diffamierend empfunden werden und hätten bestimmt negative Rückwirkungen auf die in Frankreich, Holland und Belgien laufenden Sauckelaktionen.

Der deutsche Volksgenosse muss sich damit abfinden, dass der Krieg neben sonstigen Unannehmlichkeiten auch Millionen von Fremdarbeiter ins Reich gebracht hat, die unter anderem auch von Zeit zu Zeit ins Kino gehen. Es wird gebeten, bei auftretenden Beschwerden in diesem Sinne aufklärend zu wirken.

Im Auftrag

2.) z.d.A.

20/6
F
[Signature]

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 431 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



R55 DC / 431

Arden proun

Pro VS 2458-17/22.6.44/342.1.1

Der Reichsbauernführer



Berlin SW 11, ① Juni 1944

Dessauer Straße 26

Telegr.-Anschr.: Reichsnährstand, Berlin

Postscheck: Reichsnährstand, Berlin 41820

Bankkonto: Bank für Landwirtschaft A.-G.,
Berlin SW 11, Dessauer Straße 26

Fernruf bei Akt.-Z.: IA 195541

IB, C 196051

II 195461

Nachruf 192824

Akt.-Z.: II A 2/122

Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom 27.5.44

Akt.-Z.: Pro VS 2458 -17/27.5.44

An den

Herrn Reichsminister für
Volksaufklärung und Propaganda,

Berlin W 8,
Wilhelmplatz 8-9.

Betr.: Entbindungsheime und Kinderpflegestätten
für Fremdvölkische in der Landwirtschaft.

Die durch Entbindungen Fremdvölkischer und durch die Anwesenheit nicht einsatzfähiger fremdvölkischer Kinder in den landw. Betrieben entstehenden Mißstände sind mir bekannt und haben bereits Anfang 1943 zu Verhandlungen mit den zu beteiligenden Dienststellen geführt. Vorwiegend technische Fragen verhinderten jedoch die zentrale Lösung der Aufgabe, die durch die Zunahme der fremdvölkischen Geburten sowie durch die in letzter Zeit ausschliessliche Hereinnahme fremdvölkischer Familien immer dringender nach einer staatlichen Steuerung verlangt.

Da die Lage in den landw. Betrieben weiteren Zeitverlust kaum mehr erlaubt und sofortige Abhilfe erfordert, habe ich unter dem 21.3.44 meinen nachgeordneten Dienststellen unter Beifügung von Richtlinien den Auftrag erteilt, unverzüglich Kinderpflegestätten für Fremdvölkische und soweit erforderlich, auch Entbindungsheime zur Entlastung der landw. Betriebe, gegebenenfalls auch behelfsmässig zu erstellen. Obwohl Raummangel infolge Evakuierung zahlreicher Großstädte und die Verlagerung von Dienststellen und

./.



Der Reichsparteiführer

Industriebetrieben, Mangel an den notwendigsten Spinnstoffen, Möbeln und Hausrat sowie finanzielle Fragen unübersehbare Schwierigkeiten bereiten, sind in einigen Landesbauernschaften bereits die ersten Kinderpflegestätten mit Entbindungsheimen in Betrieb genommen worden. Die Arbeiten werden mit allen verfügbaren Kräften vorangetrieben.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie die Frauenschaft zur Mitarbeit auffordern würden. Es werden vor allem umsichtige energische Frauen benötigt, die in den Heimen die Oberraufsicht führen und für Ordnung, Sauberkeit usw. sorgen. Die Pflegearbeiten an den fremdvölkischen Wöchnerinnen und Säuglingen sowie die einfachen Haushaltsarbeiten werden grundsätzlich ausschliesslich von fremdvölkischen Kräften sowie den vorübergehend in den Heimen anwesenden Wöchnerinnen verrichtet.

Beglaubigt!

Heil Hitler!

Im Auftrage:

gez. Dr. Hatesaul

John Cow

Fr. H. Semler

Angestellte:

zur Kenntnis. d. H. G.
wird die Fräulichschaft
Heimleiterinnen nicht zur
Verfügung stellen.

Pa. 4. 7. 44



L. d. h.

79 20.5.44

Berlin, den 31. Juli 1944

RMVuP

Pro VS 2456-22/ 3.7.44/243-1.78
Sachbearbeiterin Vanderk

1.) An
den Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz,
z.Hd. Herrn Min.Rat Stothfang,
Mohrenstrasse 63

44 2-067.
T. 1/8

Betrifft: fremdvölkische Arbeitskräfte in
bäuerlichen Betrieben.

Aus den Gd. Franken liegt folgende Meldung hier
vor:

"Wenn man immer wieder auffordert, alle Fälle von Frechheit, Unzuchtlosigkeit etc. zur Anzeige zu bringen, so scheitert dieser Appell auf dem Grunde der rauen Wirklichkeit. Zeigt ein Bauer einen Ausländer an, so wird dieser abgeholt, eingesperrt und kommt nie mehr wieder. Das ist auf dem Grunde allbekannt und daher hütet sich jeder Bauer, Anzeige zu erstatten. Es müsste daher unbedingt Vorsorge getroffen werden, dass ein Bauer, dessen Ausländer abgeführt wird, sofort eine andere (evtl. aus einem Strafwege entlassene) Arbeitskraft zugeteilt bekommt".

Um Stellungnahme wird gebeten.

W

2.) ~~Schreiben~~ an den Reichsnährstand,
Berlin,
Hafenplatz 7

Schreiben wie zu 1.)

3.) Wvl. 1.9.44

Wieder vorgelegt
Min. Haupt. Reg.
7/19/44

Im Auftrag:

W

Pro VS 2458-22/3.7.44/223-2, 12
Reichsnährstand 11. Aug. 44

Der Reichsbauernführer



① Berlin SW 11,
Dessauer Straße 26

II A 2/115/51

Akt.-Z.:

Im Schriftverkehr stets angeben

Zum Schreiben vom 31. Juli 1944

Pro VS 2458-22/ 3.7.44/223-2, 12

Akt.-Z.:

Telegr.-Anschr.: Reichsnährstand, Berlin
Postcheck: Reichsnährstand, Berlin 418 20
Bankkonto: Bank für Landwirtschaft A.-G.,
Berlin SW 11, Dessauer Straße 26

Fernruf bei Akt.-Z.:
IA 19 55 41
IB 19 60 51
II 19 51 61
III 87 92 71
Nachturf 19 28 21

12. AUG. 1944

Angehen
Herrn Reichsminister für
Volksaufklärung und Propaganda

Berlin W 8,
Wilhelmplatz 8-9

Betr.: Ausländische landw. Arbeitskräfte;
hier: Bestrafung.

Ihre Auffassung ist zutreffend. Ihr Vorschlag scheitert aber an der Tatsache, dass den Arbeitsämtern volleinsatzfähige, vor allen Dingen männliche Ersatzkräfte, nicht zur Verfügung stehen. Ich habe deshalb beim Reichsführer SS, Reichssicherheitshauptamt, angeregt, dass in der Zeit der Arbeitsspitze langfristige Freiheitsstrafen in verschärften Arrest an Sonn- und Feiertagen umgewandelt werden können. Entscheidung steht noch aus.

Heil Hitler!

Im Auftrage:

Heilmann

Entwurf

6. September 1944

Pro VS 2458-22/3.7.44/223-2,12

Sachbearbeiterin Vanderk/Schr.

1) abge. Hr. 8/9

1.)

An das
Reichspropagandaamt Franken,
M e r n b e r g - O.
Schlager-Platz 5

Zu Ihren im Tätigkeitsbericht vom 3.7.44 gemachten Ausführungen über Bestrafung der in der Landwirtschaft eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte wird mitgeteilt, daß Ihre Auffassung zutreffend ist. Ihr Vorschlag scheitert aber an der Tatsache, daß den Arbeitsämtern volleinsatzfähige, vor allen Dingen männliche Ersatzkräfte nicht zur Verfügung stehen. Es ist beim Reichsführer SS angeregt worden, daß in der Zeit der Arbeitsspitze langfristige Freiheitsstrafen in verschärften Arrest an Sonn- und Feiertagen umgewandelt werden können. Entscheidung steht noch aus.

Im Auftrag



2.) Wvl. 1.11.44

Wieder vorgelegt

Wvl. Haupt. Reg.

1.11.44

Ka

Der Reichsführer-SS

und

Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

S - IV B (ausl. Arb.) - 500/42

Berlin SW 11, den 18. September 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 120040 • Fernanruf 126421

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das
Datum und den Gegenstand angeben

An

- a) die Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiterpartei
Partei - Kanzlei
z. Hd. von Oberabschnittsleiter Pg. Schindler
- o. V. i. A. - Berlin
- b) das Hauptamt für Volkstumsfragen
Bad Ischl
- c) die Deutsche Arbeitsfront
Amt für Arbeitseinsatz Berlin
- d) den Herrn Reichsbauernführer
z. Hd. von Herrn Referent Herbert Schwarz
Berlin
- e) das Reichsministerium des Innern - Abt. I -
z. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Radmann
- o. V. i. A. - Berlin
- f) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz
Berlin
- g) den Herrn Reichsminister für Rüstung
und Kriegsproduktion Berlin
- h) den Herrn Reichsminister für Volkserziehung
und Propaganda Berlin
- i) das Oberkommando der Wehrmacht
- Wehrmachtsführungsstab/Qu. -
z. Hd. von Herrn Min. Rat Osterkamp
- o. V. i. A. - Berlin

Betrifft: Sperrstunde für ausländische Arbeitskräfte.

Anlage: 1.

Als Anlage übersende ich Abdruck meines Runderlasses
vom heutigen Tage mit der Bitte um Kenntnisanahme. - Auf

die Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicher-
heitspolizeilicher Fragen des Ausländereinsatzes am
12. 9. 1944 nehme ich Bezug.

Im Auftrage:

gez. Dr. Pifradner



zugest.: *ACrl*

Stanzleiangeestellte

Der Reichsführer
und Chef der Deutschen Polizei
S - IV B (ausl. Arb.) - 500/42

Berlin, den 18. September 1944

S c h n e l l b r i e f

An

alle Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD
alle Kommandeure der Sicherheitspolizei
und des SD
alle Staatspolizei - leit - stellen
alle Kriminalpolizei - leit - stellen
alle SD - Leit - Abschnitte

Nachrichtlich

dem Hauptamt Ordnungspolizei
den Herren Reichsverteidigungskommissaren
den Höheren $\frac{1}{4}$ - und Polizeiführern
den Inspektoren der Sicherheitspolizei
und des SD
dem RSHA. - Referate der Gruppe IV B - je 2 Abdrucke -
III B
III D
IV A 1 a
IV A 2 a
IV A 3
V C
I B 3 d - 12 Abdrucke -
I Org. - 3 Abdrucke -
IV Gst. - 2 Abdrucke -

Betrifft: Sperrstunde für ausländische Arbeitskräfte.

Die augenblickliche Lage erfordert eine schärfere Beaufsichtigung und Zusammenfassung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte. Insbesondere müssen diese während der Nachtstunden nach Möglichkeit von den Straßen ferngehalten werden. Bisher besteht lediglich für Ostarbeiter und Polen eine Ausgangssperre in der Zeit

vom 1. 4. - 30. 9. von 21 - 5 Uhr und
vom 1.10. - 31. 3. von 20 - 6 Uhr. -

Um eine Beschränkung auch der übrigen ausländischen Arbeitskräfte zu erreichen, hat die Deutsche Arbeitsfront auf hiesige Veranlassung die Ausländer-Lagerführer angewiesen, für sämtliche Ausländer-Lager eine Sperrstunde ab 22 Uhr in den Sommermonaten, ab 21 Uhr in den Wintermonaten mit sofortiger Wirkung einzuführen. Da diese Anordnungen aus Gründen der Lagerdisziplin und im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft getroffen werden, wird der Eindruck eines polizeilichen Zwanges vermieden. Bei gemeldeten Verstößen gegen diese Anordnungen der Lagerführer ist durch die Staatspolizei-leit-stellen mit Warnung, im Wiederholungsfall erforderlichenfalls mit Einweisung in ein AEL. vorzugehen. Die Lagerführer können - abgesehen zum Zwecke des Arbeits-einsatzes - in besonders begründeten Fällen und bei zuverlässigen Ausländern Urlaub gewähren. - Diese Regelung gilt auch für Protektoratsangehörige.

Von der Verhängung einer Sperrstunde auch für privat untergebrachte ausländische Arbeitskräfte ist zunächst noch abgesehen worden, da eine Kontrolle hinsichtlich der Befolgung einer solchen Anordnung nicht gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang verweise ich nochmals auf die Aktivierung der Lagerunterbringung - vergl. Erlaß RSHA. an die Staatspolizei-leit-stellen - IV B (ausl. Arb.) - 212/42 - vom 14.6.44, betr. Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte.

Zusatz für Staatspolizei-leit-stellen:

Die höheren Verwaltungsbehörden sowie Kreis- und Ortspolizeibehörden sind umgehend in Kenntnis zu setzen.


Zusatz für Höhere W- und Polizeiführer:

Ich bitte um Unterrichtung der Befehlshaber der Ordnungspolizei.

Im Auftrage:

gez. Dr. P i f f r a d e r

Stellvertreter:
Kanzleiangeestellte



Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
4 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC 1430

Arten / prami

Pro VS 2458-C7/18.9.44/254-1310
Referent Schuppelius

28.
Berlin, den 28. September 1944

142/ Def. 289c. G:
28. SEP. 1944
Hochl. B. / Fr. 28/9.
21) Abach. 28.9.44 m. 1. 1. 1.

1.) Kanzlei bitte fertige Reinschriften
an alle Reichspropagandaämter und Abschrift
von +.) und füge sie dem Schreiben 2.) bei.

2.) An alle
Reichspropagandaämter

In der Anlage erhalten Sie Abschrift eines Runderlasses des Reichs-
führers ~~W~~ und Chefs der Deutschen Polizei vom 18.9.44, der die
Sperrstunde für die ausländischen Arbeitskräfte enthält.

Um Kenntnissnahme wird gebeten.

3.) Niedervorlage:
im Referat

Heil Hitler!

ZdA
28.9.44
NA.

400
Frederik
A

10

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC 1430

Alten prami

Pro V.S. 2453-07/18.9.44/254-13,10

**Reichspropagandaamt
Wien**

Wien, den 13. Oktober 1944
40, Reissnerstraße 40
Stempelnummer R-52-5-40

Aktenzeichen: Pro 2453/25-15,6



Betrifft: Sperrstunde für ausländische
Arbeitskräfte.

Auf den Erlass vom Pro V.S. 2453-07/254-13,10
vom 23. September 1944

Verichterfasser: Referent Geppert

**Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda**

**Berlin W 8,
Wilhelmplatz 8-9**

Anlagen:

16
4109/10

Auf den mit Erlass vom 23.9.d.J. zur Kenntnis der RPA eingesandten Erlass des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei wird mitgeteilt, dass in der Praxis die Dinge doch wohl anders aussehen, als sie durch diesen Erlass geregelt sein sollen.

[Die Fremdarbeiter denken gar nicht daran, sich an die vorgesehene Sperrstunde zu halten, weil sie die Machtlosigkeit sowohl der Lagerführer, als auch der Exekutive genau kennen. Die Strafmassnahmen, die den Lagerführern zur Verfügung stehen, sind nicht geeignet auch nur den geringsten Eindruck auf die Fremdarbeiter zu machen. In der Regel erheben die Lagerführer für zu spät eintreffende Lagerinsassen Strafgeldern zwischen RM 0.50 - RM 5.-- je nach der "Strenge" des Lagerführers oder dem Ausmass der Verspätung. Diese Strafgebühr zahlt der Fremdarbeiter in der Regel aus der linken Westentasche, wobei er den Betrag als eine Art Sperrgeld auffasst, wie es in früheren Jahren und Jahrzehnten von den Hauswarten eingehoben wurde. Eine Meldung der rückfälligen Elemente an die Stapo-Leitstelle erfolgt in der Regel nicht, weil der Betrieb gar kein Interesse daran hat, vielleicht eine Arbeitskraft zu verlieren. Wo dies aber doch einmal geschehen sollte, da bleibt auch dies ohne Eindruck auf den Fremdarbeiter, weil selbst die Einweisung in ein AEL keinen Schreck für die Fremdarbeiter hat. Sie empfinden die Zeit, während der sie im AEL zurückgehalten werden, schlimmstenfalls als einen unerwünschten Eingriff in ihre sonst übliche Bewegungsfreiheit und in ihre privaten Schwarzhandelsbeziehungen. Damit finden sie sich aber in der Regel ab, weil sie der Meinung sind, dass sie nach Entlassung aus dem AEL in der Grosstadt untertauchen und sich für die weitere Folge überhaupt von jedem geregelten Arbeitseinsatz drücken können.

Nach hiesiger Auffassung könnte nur eine einzige Straf-

massnahme auf die Fremdarbeiter Eindruck machen u.zw.die je nach dem Ausmass der Straffälligkeit befristete Abkommandierung der Fremdarbeiter Während ihrer Freizeit zu zusätzlichen Arbeitsleistungen (z.B.Aufräumarbeiten an Schadensstellen nach Terrorangriffen, Schanzarbeiten u.s.w.)

Es wird gebeten, diesen Gedanken auch vom Standpunkt der Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte für Massnahmen, die im allgemeinen Volksinteresse liegen und zur Entlastung überbeanspruchter deutscher Menschen zu prüfen.]

Im Auftrag



Geppert.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC 14 30

Arden / prouin

6. November 1944

Pro VS 2458-07/18.9.44/254-13,10
Sachbearbeiterin Vanderk/Schr.

1.) An das
Reichssicherheitshauptamt
z. Hd. Herrn Häbler,
Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 8

Betr.: Sperrstunde für ausländische Arbeitskräfte.

Nachstehend wird ein Schreiben des Reichspropagandaamtes
Wien über die praktische Auswirkung des Erlasses des Reichsführers
SS und Chef der Deutschen Polizei vom 18.9.44 Az.S-IV B (aus.Arl)
-500/42 zur Kenntnis mitgeteilt:

"Die Fremdarbeiter denken gar nicht daran, sich an die vorgesehene
Sperrstunde zu halten, weil sie die Machtlosigkeit sowohl der
Lagerführer, als auch der Exekutive genau kennen. Die Strafmaß-
nahmen, die den Lagerführern zur Verfügung stehen, sind nicht
geeignet auch nur den geringsten Eindruck auf die Fremdarbeiter
zu machen. In der Regel erheben die Lagerführer für zu spät ein-
treffende Lagerinsassen Strafgebühren zwischen RM 0.50 - RM 5.--
je nach der "Strenge" des Lagerführers oder dem Ausmaß der Ver-
spätung. Diese Strafgebühr zahlt der Fremdarbeiter in der Regel
aus der linken Westentasche, wobei er den Betrag als eine Art
Sperrgeld auffaßt, wie es in früheren Jahren und Jahrzehnten von
den Hauswarten eingehoben wurde.

Eine Meldung der rückfälligen Elemente an die Stapo-Leitstelle
erfolgt in der Regel nicht, weil der Betrieb gar kein Interesse
daran hat, vielleicht eine Arbeitskraft zu verlieren. Wo dies
aber doch einmal geschehen sollte, da bleibt auch dies ohne
Eindruck auf den Fremdarbeiter, weil selbst die Einweisung in
ein AEL keinen Schreck für die Fremdarbeiter hat. Sie empfinden
die Zeit, während der sie im AEL zurückgehalten werden, schlimm-
stenfalls als einen unerwünschten Eingriff in ihre sonst

übliche Bewegungsfreiheit und in ihre privaten Schwarzhandelsbeziehungen. Damit finden sie sich aber in der Regel ab, weil sie der Meinung sind, daß sie nach Entlassung aus dem AEL in der Großstadt untertauchen und sich für die weitere Folge überhaupt von jedem geregelten Arbeitseinsatz drücken können.

Nach hiesiger Auffassung könnte nur eine einzige Strafmaßnahme auf die Fremdarbeiter Eindruck machen u.zw. die je nach dem Ausmass der Straftat befristete Abkommandierung der Fremdarbeiter während ihrer Freizeit zu zusätzlichen Arbeitsleistungen (z.B. Aufräumarbeiten an Schadenstellen nach Terrorangriffen, Schanzarbeiten u.s.w.).

Es wird gebeten, diesen Gedanken auch vom Standpunkt der Gewinnung zusätzlicher Arbeitskräfte für Maßnahmen, die im allgemeinen Volksinteresse liegen und zur Entlastung überbeanspruchter deutscher Menschen zu prüfen."

Um Stellungnahme wird gebeten.

Im Auftrag

2.) *Wol 1. 12.44*

Wieder vorgelegt
Min.-Haupt-Bez.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC / 430

Heinemann

Pro VS 2458-07/18. 9. 44/254-13, 10

Reichspropagandaamt Thüringen

Weimar, den 6. November 1944

Gopbienststraße 9

Fernruf 1163, 1164 und 1165

Schleifstraße Platz Adolf Hitler Nr. 4

Aktenzeichen Pro 2458-07/10-5, 11/44
(In der Antwort anzugeben)

An den
Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda
Berlin W 8
Wilhelmstraße 8-9

Betrifft: Sperrstunde für ausländische Arbeitskräfte.

Zum Erlaß vom 28.9.1944 -Pro VS 2458-07/18.9.44/254-13, 10-

Gerichtsstatter Treiber

Anlagen: -----

Die Sperrstunde für ausländische Arbeitskräfte, die lagermäßig untergebracht sind, wird im allgemeinen eingehalten. Es muß allerdings festgestellt werden, daß eine Kontrolle bei größeren Lagern unmöglich ist. Von den in den Lagern untergebrachten fremdvölkischen Arbeitskräften wird es als ungerecht empfunden, daß eine Sperrstunde nur für sie angeordnet wurde. Der Drang, außerhalb des Lagers zu wohnen, dürfte hierdurch noch unterstützt werden. Ob der Idealzustand der gänzlichen Unterbringung in Lagern, was aus den verschiedensten Gründen dringend geboten wäre, errichtet werden kann, ist sehr zweifelhaft. Auf jeden Fall aber müßte eine allgemeine Sperrstunde für sämtliche im Reich ansässigen Ausländer eingeführt werden. Es ist einfach nicht möglich, bei Straßen- oder Gaststättenkontrolle festzustellen, ob ein Ausländer die Sperrstunde überschritten hat, da die lagermäßige Unterbringung aus seinen Papieren nicht hervorgeht. Sobald aber eine einheitliche Sperrstunde für alle verhängt wird, ist eine Überwachung sehr leicht möglich, da außerhalb der Sperrstunde kein Ausländer mehr das Recht hat, sich auf der Straße, in Lokalen u.dgl. aufzuhalten. Bisher ist es so, daß ohne nächtliche Ausgangsbeschränkung der Ausländer Sabotage- und hochverräterischen Umtrieben Tor und Tür geöffnet sind. Wenn wir auch andererseits die bevölkerungspolitischen Gefahren herabmindern wollen -und dies erscheint dringend geboten-, so ist die Durchführung der Sperrstunde für alle Ausländer erforderlich. Eine schärfere Kontrolle der privat untergebrachten Ausländer ist ganz allgemein aber auch deswegen erforderlich, weil in den ländlichen Gegenden die Bauern bzw. Bäuerinnen nicht die Zeit, meist aber auch nicht den Mut haben, energisch ihrer Kontrollpflicht zu genügen. Dies trifft aber auch für städtische Verhältnisse zu, wo insbesondere bei Franzosen häufig die Feststellung gemacht werden konnte, daß sie durch Geschenke ihre Quartiergeber in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis bringen. Wenn dieser Zustand sich nach Aufgabe Frankreichs, also nach Aufhören der Paketsendungen an die in Deutschland tätigen Franzosen, bessern dürfte, so ist eine strenge Überwachung, vor allem privat untergebrachter Ausländer, aus staatspolitischen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit. Eine Überwachung ließe sich beispielsweise durch die Partei und ihre Gliederungen, also durch die Zellen- und Blockleiter, Zellen- und

b.w.

Blockwarter und -warte, unter Umständen sogar unter Hinzuziehung der Luftschutzwarte, erreichen. Eine verstärkte Zugkontrolle dürfte ebenfalls gute Ergebnisse zeigen. Es wäre denkbar, zur Überwachung der Ausländer und Kontrolle bei einer für sämtliche Ausländer einheitlich durchgeführten Sperrstunde in den Gauen, in denen ein militärischer Einsatz noch nicht notwendig ist, den Volkssturm heranzuziehen.

Sofern die Sperrstunde nicht eingehalten wird, wäre das beste Bestrafung durch Arbeitsleistung in der arbeitsfreien Zeit oder durch Entziehung der Rauchwaren.]

L. d. A.

Va 21. III. 44

~~Termin~~

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC/ 430

Rein prämi

Berlin, den 6. November 1944

RMVP
P.O. VS 2458-22/3.7.44/223-2,12
Sachbearbeiterin Vanderk

1.) An den
Reichsbauernführer,
B e r l i n SW 11
Potsdamerstrasse 20

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 11.8.44
- II A 2/115/51 - wird um Mitteilung gebeten, ob inzwischen
eine Entscheidung des Reichsführers ~~W~~ über die Umwandlung lang-
fristiger Freiheitsstrafen in verschärften Arrest an Sonn- und
Feiertagen, ergangen ist.

Im Auftrag

2.) Wvl. 1.12.44

Ja

Der Reichsbauernführer



① Berlin SW 11, 18. 12. 1944
Dessauer Straße 26

Akt.-Z.: II A 2/115/51
Im Schriftverkehr stets angeben

Telegr.-Anschr.: Reichsnährstand, Berlin
Postscheck: Reichsnährstand, Berlin 418 20
Bankkonto: Bank für Landwirtschaft A.-G.,
Berlin SW 11, Dessauer Straße 26

Zum Schreiben vom

Fernruf bei Akt.-Z.:
IA 19 55 41
IB 19 60 51
II 19 51 61
III 87 92 71
Nachruf 19 28 21

Reichsministerium
Volksaufkl. u. Propaganda

19. DEZ 1944

Anl

An das
Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda
Berlin W 8
Wilhelmplatz 8-9.

Betrifft: Ausländische landwirtschaftliche Arbeitskräfte.

Bezug: Ihr Schreiben vom 6.11.1944 - Pro VS 2458-22/3.7.44/223-2,12.

Als Anlage übersende ich eine Abschrift der Stellungnahme des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Berlin, vom 7.8.1944 zur Kenntnisnahme.

Der angeführte Hinweis in den Bauernführerbriefen ist auf Veranlassung des Herrn Staatssekretärs Riecke seinerzeit ergangen.

Heil Hitler!
Im Auftrage:

Meinwarz

1 Anlage.

L. d. A. v. 5.12.45

Abschrift

Berlin SW 11, den 7. August 1944
Prinz Albrechtstr. 8

Reichsführer SS
und
f der Deutschen Polizei

- IV B (ausl. Arb.) - 244/44 -

An den
Herrn Reichsbauernführer
- Verwaltungsamt -
in Berlin S W 11
Dessauerstr. 26.

Betrifft: Bestrafung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte.

Bezug: Dort. Schreiben vom 21.7.1944 -
II A 2/115/51.

Ich verkenne nicht, dass die Festnahme und damit verbundene Entziehung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Hinblick auf den ohnehin schon herrschenden Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft eine erhebliche Belastung bedeutet. Ich bitte aber auf der anderen Seite zu berücksichtigen, dass nur durch schärfstes Vorgehen ein weiteres Umsichgreifen von Disziplinlosigkeiten unterbunden werden kann. Es bedarf keiner Erörterung, dass in leichteren Fällen von einer Festnahme überhaupt abgesehen wird. Die Durchführung eines Wochenendarrestes stößt jedoch gerade in den ländlichen Gemeinden auf Grund mangelnder Arrestanstalten auf erhebliche Schwierigkeiten. Selbstverständlich wird polizeilicherseits alles getan, um die Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu erhalten und insbesondere, sofern Einweisung in ein Arbeitserziehungslager auf einige Zeit erfolgt ist, die betreffenden Arbeitskräfte an ihren alten Arbeitsplatz zurückzuführen.

Im übrigen nehme ich Bezug auf eine mit Herrn Staatssekretär Riecke stattgeführte Besprechung. Herr Staatssekretär Riecke hat den Standpunkt ver-

treten, dass durch einen nochmaligen eingehenden Hinweis in den Bauernführerbriefen der landwirtschaftliche Betriebsführer eingehend über seine Pflichten belehrt und dazu angehalten wird, keinerlei Disziplinosigkeiten unter den ausländischen Arbeitskräften zu dulden. Es darf keinesfalls dazu führen, dass den ausländischen Zivilarbeitern, nur um sie bei guter Stimmung zu erhalten, alles erlaubt wird, was zwangsläufig zu Disziplinosigkeiten und zum Arbeitsvertragsbruch führen muss.

Gegen den dortigen Vorschlag eines Entzugs der Raucherkarte und gewisser sonstiger Vergünstigungen bestehen von hieraus grundsätzlich keine Bedenken. Es muss jedoch betont werden, dass diese Massnahmen nicht durch die Polizei ergriffen werden können. Herr Staatssekretär Riecke hat zugesagt, in dieser Hinsicht von sich aus das Weitere zu veranlassen.

Im Auftrage:
gez. H ä s s l e r .

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
3 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 506 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im Bundesarchiv

R 55 Zg DC / 506
Abgem. Provi

*Hergestellt im
Bundesarchiv
R 55 DC / 506*

- 3 -
Berlin, den 24. November 1944

RMVP

Pro VS 2450-22/3.7.44/223-2,12

Sachbearbeiterin Vanderk/Ko.

1.) An das

Reichspropagandaamt

Franken,

Herrn b e r g

Schlageter Platz 5

Betr.: Fremdvölkische Arbeitskräfte in bäuerlichen Betrieben

Unter Bezugnahme auf den dortigen Tätigkeitsbericht vom 3.7.d.Js. wird nachstehend Abschrift einer Stellungnahme des Reichsführers-~~SS~~ und Chefs der Deutschen Polizei zur Kenntnisnahme gegeben:

"Die Frage der Bestrafung von in der Landwirtschaft eingesetzten ausländischen Arbeitskräften ist wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen mit dem Herrn Reichsbauerführer gewesen. Es wird nicht verkannt, dass die Festnahme und damit verbundene Entziehung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Hinblick auf den ohnehin schon herrschenden Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft eine erhebliche Belastung bedeutet. Auf der anderen Seite muss berücksichtigt werden, dass nur durch schärfstes Vorgehen ein weiteres Umsichgreifen von Disziplinlosigkeiten unterbunden werden kann. Selbstverständlich wird in leichteren Fällen von einer Festnahme überhaupt abgesehen; die Durchführung eines Wochenendarrestes stößt jedoch gerade in den ländlichen Gegenden infolge mangelnder Arrestanstalten auf erhebliche Schwierigkeiten.

Ein Aufschub der Streifdurchführung kann nicht gewährt werden, da dieser nur dazu führen würde, dass der ausländische Arbeiter in Kenntnis bzw. Erwartung seiner Bestrafung flüchtig wird, um sich dem polizeilichen Zugriff zu entziehen. Grundsätzlich ist dafür gesorgt, dass Arbeitskräfte nach Entlassung aus der Arbeits-erziehungshaft wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurückgeführt

werden und somit dem ursprünglichen Einsatzbetrieb erhalten bleiben. Es erscheint mir jedoch nicht durchführbar, dass vor der Festnahme eines ausländischen Arbeiters für Bereitstellung einer Ersatzkraft durch das zuständige Arbeitsamt gesorgt werden kann, da dieses wohl nicht über ständig bereitstehende Ersatzkräfte verfügt. Im übrigen weise ich noch darauf hin, dass wohl eher der Vorwurf eines zu wenig scharten Vorgehens als eines zu strengen Durchgreifens der Polizeidienststellen erhoben wird, da diese kaum in der Lage sind, allen Fällen des Arbeitsvertragsbruchs, soweit es sich nicht um schwere Verstöße handelt, nachzugehen.

Wie aus den Ausführungen ersichtlich, wird beim Strafvollzug an ausländischen landwirtschaftlichen Arbeitern auf den in der Landwirtschaft bestehenden Mangel an Arbeitskräften Rücksicht genommen. Auch die Arbeitsämter sind bemüht, den Betrieben für die Dauer des Kräfteausfalls aus Anlass von Strafverbüßungen Ersatzkräfte zu stellen."

Im Auftrag

2.) z.d.A.

Ja

VI 9

Promi

Behandlung der
Ostathese

• Allgemein -

Abschrift von Abschrift

Der Beauftragte fuer den Vierjahresplan
Geschaeftsgruppe Arbeitseinsatz
V a 5780.28/161

Berlin, den 27. Januar 1942
Saarlandstr. 96

S c h n e l l b r i e f !

An
den Herrn Reichsfuehrer SS und Chef der
Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern,
Z.Hd. von Herrn SS-Obergruppenfuehrer H e y d r i c h ,
B e r l i n S W 11

Betr.: Einsatz von sowjetischen Arbeitskraefte:
hier: polizeiliche Sicherheitsmassnahmen und Abwehrvorschriften.

Vorgang: Ihr Schreiben vom 13.12.41 - S -IV D - 185/41 (ausl.Arbeit)

Die aussergewoehnliche Anspannung, die die Arbeitseinsatzlage durch die nunmehr erfolgende Einberufungen zur Wehrmacht erfahren hat, ist Ihnen bekannt. Der Herr Reichsmarschall hat daher die Geschaeftsgruppe Arbeitseinsatz mit uneingeschraenkten Vollmachten ausgestattet, um alle erforderlichen Massnahmen zur weitestmoeglichen Deckung der entstehenden Luecken zu treffen. Im Rahmen dieser Aufgabe, kommt, wie der Fuehrer auch in einem Befehl vom 24.12.41 besonders herausgestellt hat, dem Russeneinsatz entscheidende Bedeutung zu. Ich bin daher bemueht, auch die letzten Moeglichkeiten zu erschoepfen, um diesen Einsatz in vollem Umfange zum Zuge zu bringen. Dabei hat sich aber, wie Ihnen gleichfalls bekannt ist, ergeben, dass der Einsatz russ. Kgef. nur noch in verhaeltnismaessig sehr engen Grenzen moeglich sein wird. Den verstaerkten Einsatz ziviler russischer Arbeitskraefte kommt daher nunmehr besondere Bedeutung zu. Hierzu wird aber auch nach den bisher vorliegenden Erfahrungsbereichen der von mir entsandten Kommissionen und der gleichlautenden Stellungnahme der Dienststellen des Ostministeriums und des Wirtschaftsstabes Ost eine Ueberpruefung der beabsichtigten Abwehrmaessigen und polizeilichen Vorschriften dringend erforderlich:

1.) Kennzeichnung

Nach Ihren vorlaeufigen Vorschlaegen soll in den neurussischen Gebieten nur fuer die Angehoerigen der Baltenstaaten eine Kennzeichnung erfolgen, waehrend Sie fuer die Kraefte aus dem Distrikt Galizien unterbleiben soll. Die beabsichtigte Kennzeichnung der

An den
Herrn Reichsminister fuer Volksaufklaerung und Propaganda,
B e r l i n W 8

der in den baltischen Staaten anzuwerbenden freien Arbeitskraefte wuerde aber nach uebereinstimmender Auffassung der obengenannten Stellen auf den Anwerbeerfolg ausserordentlich hemmend wirken. Die Bevoelkerung der baltischen Staaten sieht in einer solchen Kennzeichnung eine Gleichstellung mit den Polen und Russen, also mit Voelkern, zu denen die Mehrheit der Baltenstaaten in starkem Gegensatz gestanden hat. Die nachteilige Auswirkung einer solchen Kennzeichnung wird dadurch verschaeft, dass nunmehr Kraefte aus dem Baltikum zum Reichsarbeitsdienst zugelassen werden sollen. Eine unterschiedliche Behandlung der arbeitsdienstwilligen und der im freien Einsatz zur Arbeit im Reich eingesetzten Kraefte waere nicht berechtigt.

Die Beschaffung der erforderlichen Abzeichen wuerde ferner eine weitere Belastung der Wirtschaft bedeuten und gleichzeitig einen Mehraufwand an Verwaltungsarbeit erfordern. Bei der aus den eingangs genannten Gruenden sich staendig verschaefernden Kraefteverknappung sollte daher auch aus diesen Gruenden eine Kennzeichnung unterbleiben. Ich bitte daher, auf die Kennzeichnung aller Kraefte aus den sogenannten neurussischen Gebieten zu verzichten.

2.) Abwehrbestimmungen.

Der Einsatz wird durch die in Aussicht genommenen Abwehrbestimmungen erschwert, insbesondere dadurch, dass nur der Einsatz von Kolonnen von mindestens 20 Arbeitskraeften vorgesehen ist. In zahlreichen Gebieten des Ostens stehen nach den bisherigen Feststellungen ueberwiegend weibliche Kraefte zur Verfuegung. Aufgrund der Wirtschafts- und Berufsstruktur der neubesetzten Ostgebiete einerseits und aufgrund des ausserordentlich grossen Kraeftemangels in der deutschen Landwirtschaft andererseits wird der Einsatz der Kraefte in sehr starkem Umfang in landwirtschaftliche Betriebe erfolgen.

Ich habe daher, wie Ihnen mitgeteilt, bereits eine Auflockerung in Bezug auf den Einzeleinsatz von Frauen aus den altrussischen Gebieten in der Landwirtschaft vorgesehen. Ferner ist in einer Besprechung beim OKW., Abt. Abwehr, unter Vorsitz von Admiral Canaras, an der Ihr Sachbearbeiter Reg. Rat. Baatz teilnahm, beim Kolonneneinsatz der KGef. bereits eine Auflockerung dahin erfolgt, dass dieser Einsatz auch in verschiedenen Abteilungen ein und desselben Betriebes erfolgen kann. Eine gleiche Regelung bitte ich daher auch in Ihren Bestimmungen aufzunehmen.

Ferner halte ich es fuer unbedingt erforderlich, dass fuer den Einsatz in der Landwirtschaft der Einsatz der Kolonne von 20 Mann nicht jeweils

jeweils reinum von Betrieb zu Betrieb, sondern auch aufgeteilt auf verschiedene Betriebe erfolgen kann.

Weiter wird auch der Einsatz von Landarbeiterfamilien aus den altrussischen Gebieten erforderlich. Ich würde den Familieneinsatz nur in Sonderfällen durchführen und dabei die Mitnahme von Kindern unter 14 Jahren ausschließen.

Im altrussischen Raum befinden sich ferner auch in größerer Zahl Fachkräfte für die Versorgungsbetriebe wie Bäcker, Fleischer, Schuhmacher usw., also Kräfte, an denen z.Zt. der größte Mangel besteht. Bei diesen Kräften wird der geschlossene Kolonnen-Einsatz gleichfalls nicht immer möglich sein. Ich halte daher in Ausnahmefällen die Zulassung des Einzeleinsatzes auch altrussischer Kräfte in diesen Berufen für erforderlich.

Einsatz von Asiaten.

Nach den bisherigen Weisungen ist der Einsatz von Asiaten nicht zulässig. Aus den Berichten meiner Kommissionen ergibt sich aber, daß insbesondere in den Kriegsgefangenenlagern zahlreiche durchaus brauchbare sogenannte asiatische Kräfte vorhanden sind. Der Wegfall der bisherigen Bestimmungen oder mindestens eine weitgehende Beschränkung erscheint geboten. Mein Sachbearbeiter hat hierüber bereits mit SS-Gruppenführer M M l l e r mündlich verhandelt. Ich habe bei dem OZW., Abt. Kriegsgefangene, und OKW., Abt. Abwehr, eine entsprechende Auflockerung dieser Vorschriften für den Kriegsgefangeneneinsatz erbeten und bitte um gleichlautende Regelung für den zivilen Einsatz.

Behandlung der in das Reich genommenen Arbeitskräfte aus den altrussischen Gebieten.

Nach den Berichten meiner Kommissionen sowie der Einsatzdienststellen und aufgrund der ersten Erfahrungen über den bereits erfolgten Einsatz ziviler Arbeitskräfte aus dem altrussischen Gebiet im Reich scheint es erforderlich, gewisse Richtlinien für die Behandlung der eingesetzten Arbeitskräfte zu erlassen. Die Unterbringung der Kräfte in geschlossenen Lagern hinter Stacheldraht hat zu Beunruhigung geführt, da bei der Anwerbung von dieser Art der Unterbringung nichts gesagt werden konnte. Es scheint daher notwendig, durch eine zweckmäßige Gestaltung der Freizeit (Bereitstellung von Musikinstrumenten, Gesangsabende, Lagerzeitungen, geschlossener Besuch von Filmwochenschauen, beschränkte Einkaufsmöglichkeiten von Zigaretten und sonstigen Genussmitteln) wenigstens den Aufenthalt im Lager zu erleichtern. In der eingangs erwähnten Bespre-

chung

chung beim OKW., Abt. Abwehr, unter Vorsitz von Admiral Canaras, ergab sich bei allen Beteiligten die übereinstimmende Auffassung, daß einer derzeitigen zweckmäßigen und nicht überspannt schroffen Behandlung große Bedeutung zukomme und sie auch vom polizeilichen und abwehrmäßigen Gesichtspunkt geeignet sei, der Neigung zu Fluchtversuchen und Sabotageakten entgegenzuwirken.

Ich bitte daher, auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen, die ich gleichzeitig dem OKW., der Parteikanzlei und dem Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda zur Stellungnahme unterbreitet habe.

Da die ersten Transporte ziviler Arbeitskräfte aus den besetzten Ostgebieten bereits eingetroffen sind, wäre ich für eine umgehende Stellungnahme dankbar.

Vorstehende Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme, mit der Bitte, mir Wünsche und Anregungen möglichst umgehend mitzuteilen.

gez. Dr. Mansfeld

Dienststempel

Beglaubigt

gez. Unterschrift

Kanzleiangeestellte

Herrn Generalleutnant Dr. Bruns
Dr. Bruns
10-2

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
4 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 6
Nr. 73 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hauptstadt im
Bundesarchiv

R 6 / 23

6
K 25/3
17
I 8/11/13
Geheim!

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete

Berlin, den 10. März 1942

I/1/605/41 geh.

An

OKW - Wehrmachts-Propaganda

OKW - Abwehr II

OKW - Wi-Rü-Amt

OKH - GenQu

Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei

Reichsarbeitsministerium

Reichsernährungsministerium

Reichswirtschaftsministerium

Reichsverkehrsministerium

Reichsministerium des Innern

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Reichsministerium für Bewaffnung und Munition

Auswärtiges Amt

Parteikanzlei


- Sammeladresse je besonders -

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnissnahme.

Im Auftrag

gez. Bräutigam

Beglaubigt


Bräutigam
Regierungssekretär

gfh 2f (2R)

1/1 10/4

463

Anlage 2

A b s c h r i f t

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete

Berlin, den 9. März 1942

I/1/ 1920/ 41

In den

Beauftragten für den Vierjahresplan
Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz

B e r l i n SW 11
Saarlandstr. 96

Im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 7 vom 27.1.1942 ist die Steuertabelle für Arbeitskräfte aus den neu besetzten Ostgebieten veröffentlicht worden. Wenn auch Tätigkeit aller beteiligten Stellen darüber bestand, dass die Barauszahlung an die sowjetischen Arbeiter nicht höher zu sein braucht als die bestehenden Einkaufsmöglichkeiten, so ist doch, soweit mir bekannt, niemals davon gesprochen worden, eine Steuertabelle zu veröffentlichen, die Steuerabzüge solchen Ausmasses vorsieht und einen Höchstverdienst von RM 17.-- festsetzt. Es bedarf keines Hinweises, dass nach aussen hin diese Tabelle den Eindruck einer geradezu ungeheuerlichen Ausbeutung der Arbeitskräfte hervorrufen muss. Wenn die Sowjet-Presse jahrzehntelang erklärt hat, dass die nichtsowjetischen Staaten sich nicht scheuten, den Proletarier bis aufs äusserste auszubeuten, so bietet ihr die vorliegende Veröffentlichung die beste Grundlage für diese Behauptung. Es besteht kein Zweifel, dass das Reichsgesetzblatt, das in allen diplomatischen und konsularischen Missionen gehalten wird, in die Hand der Sowjet-Regierung gelangt. Damit haben wir der Sowjet-Propaganda ein Werkzeug in die Hand gegeben, wie sie es sich wirksamer nicht hätte vorstellen können.

In

1249 12

In Ergänzung dieser Steuerverordnung ist nun noch im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 37 vom 13.2.1942 veröffentlicht worden, dass neben den Steuerbeträgen RM 1.50 je Kalendertag für freie Unterkunft und Verpflegung in Abzug zu bringen sind und keinerlei Sozialleistungen gewährt werden.

Ich glaube mit Ihnen dahin einig zu gehen, dass die propagandistische Auswertung dieser Veröffentlichungen durch den Gegner geeignet ist, nicht nur eine Anwerbung in den später zu besetzenden Gebieten zu gefährden, sondern darüber hinaus den Völkern der Sowjet-Union eine Auffassung von dem nationalsozialistischen Deutschland zu vermitteln, die nicht geeignet ist, die Durchführung der kriegswirtschaftlichen Ziele im Osten zu erleichtern und den Widerstandswillen der Roten Armee zu schwächen.

Ich bitte, die Angelegenheit zu untersuchen und das Ergebnis mir mitzuteilen. Aus diesem Anlass bitte ich, alle geplanten Veröffentlichungen dieser Art mir zwecks Prüfung vorzulegen.

Im Auftrag
gez. Leibbrandt



Beglaubigt

Leibbrandt

Büroangestellte

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete
I/1/1920/41

Berlin, den 13. März

1942

An

OKW - Wehrmachts-Propaganda

OKW - Abwehr II

OKW - Wi-Rü-Amt

OKH - GenQu

Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei

Reichsarbeitsministerium

Reichsernährungsministerium

Reichswirtschaftsministerium

Reichsverkehrsministerium

Reichsministerium des Innern

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Reichsministerium für Bewaffnung und Munition

Auswärtiges Amt

Parteikanzlei

- Sammeladresse je besonders -

Abschrift übersende ich zur gefl. Kenntnisnahme.

Im Auftrag

gez. Bräutigam



Beglaubigt

W. Müller
Regierungssekretär

1249 42

A b s c h r i f t

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete
I/1/ 605/ 41 geh.

Berlin, den 10. März 1942

G e h e i m !

An den

Bevollmächtigten für den Vierjahresplan
Gruppe Arbeitseinsatz

B e r l i n S W 11

Im Laufe von Besprechungen im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete ist wiederholt eindringlich darauf hingewiesen worden, dass sowohl aus sachlichen als auch aus politischen Gründen die Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter aus den besetzten Ostgebieten sich von der Behandlung der Kriegsgefangenen unterscheiden muss und dass die Zivilarbeiter insbesondere nicht hinter Stacheldraht gehalten werden sollen.

Zur Begründung dieses Standpunktes wurde im wesentlichen auf folgende Gesichtspunkte hingewiesen:

Der Einsatz von Zivilarbeitern aus den besetzten Ostgebieten in Deutschland ist nicht nur von wirtschaftspolitischer, sondern auch von grösster allgemein politischer Bedeutung. Es muss unter allen Umständen erreicht werden, dass diese Arbeiter mit einer positiven Einstellung zu Deutschland später in ihre Heimat zurückkehren. Sie müssen überzeugt sein von der Grösse und Macht des Deutschen Reiches, den besseren sozialen Einrichtungen, dem überlegenen Kulturniveau und dem Gerechtigkeitssinn des Deutschen. Dieses Ergebnis muss schon deswegen erzielt werden, weil wir ja später in den besetzten Ostgebieten selbst von einer willigen Mitarbeit der Arbeiterschaft Nutzen ziehen werden.

Bei dem ausgezeichneten Nachrichten apparat der Sowjets würde eine schlechte Behandlung sehr schnell zur Kenntnis der Sowjet-Regierung gelangen und entsprechend propagandistisch ausgewertet werden. Dies würde den Widerstandswillen der Roten Armee stärken und unsere Zersetzungsarbeit unter der sowjetischen Zivil-

be-

bevölkerung hemmen. Die ausserordentlichen Nachteile, die in dieser Hinsicht die Kriegsgefangenenbehandlung im Gefolge gehabt hat, dürfen sich keinesfalls wiederholen.

Eine beabsichtigte schlechte und ungerechte Behandlung würde auch unseren Wirtschaftsabsichten selbst nicht förderlich sein. Der Arbeiter der Sowjetunion ist im allgemeinen willig und folgsam, wird aber bei nichtentsprechender Behandlung schnell störrisch und renitent und versteigt sich sogar leicht zu Sabotageakten an Maschinen und sonstigen Betriebseinrichtungen.

Es wird nicht verkannt, dass der obigen Zielsetzung nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Zunächst lernt der Sowjet-Arbeiter nicht das friedensmässige Deutschland kennen, sondern ein Land, das all den Einschränkungen, die ein Krieg mit sich bringt, unterworfen ist. Es ist also nicht sicher dass ein Vergleich der Lebensverhältnisse ohne weiteres zu Gunsten von Deutschland ausfällt. Hier muss die Aufklärung weitgehend nachhelfen.

Der Arbeiter war in der Sowjet-Union der Verfassung nach der Träger der Regierung, die sich als Diktatur des Proletariats bezeichnete. Der Bolschewismus hat es verstanden, dem Sowjet-Arbeiter ein gewisses Selbstbewusstsein anzuerziehen. Er hat bei dem Arbeiter die Vorstellung erweckt, dass seinen Beschwerden nachgegangen und auf seine Stellung im Staate weitgehend Rücksicht genommen wird. Der Umstand, dass auch die höchsten Sowjetfunktionäre und all seine Vorgesetzten ihn als "Genosse" anredeten, hat im Laufe der Jahre seine innere Einstellung und Haltung nicht unbeeinflusst gelassen. Eine Behandlung, die seinen Menschenwert herabsetzt, würde auf seinen schärfsten Widerstand stossen.

Es wird daher in erster Linie darauf ankommen, dem Arbeiter eine Behandlung zuteil werden zu lassen, die seinem Gefühl von Menschenwürde entspricht. Erst in zweiter Linie kommt die Lohnfrage. Zum Mindesten muss er soviel verdienen, dass er
über

- 3 -

Taschengeld für seine geringen Bedürfnisse, besonders für Tabak, verfügt.

Dass ein Mann, der schwer arbeiten soll, entsprechend versorgt wird, ist selbstverständlich. Es darf bei dieser Gelegenheit jedoch darauf hingewiesen werden, dass das Brot gerade für den Ukrainer eine ausschlaggebende Bedeutung besitzt, während er auf andere Lebensmittel, wie Kartoffel und Fleisch, schon eher verzichten kann. (Gurken sind als Nahrungsmittel besonders beliebt. Der Sowjet-Arbeiter raucht gern und viel, aber nur Zigaretten und ist mit der geringsten Qualität zufrieden. Er ist an Papiermündstücke gewöhnt.)

Eine Zusammenfassung der Arbeiter in Lagern wird sich nicht vermeiden lassen. Es muss aber der Eindruck vermieden werden, dass es sich um eine Gefangenschaft wie bei Kriegsgefangenen handelt. Militärische Bewachung und Stacheldrahtumzäunungen sind daher nicht am Platze. Es wird anheim gestellt, aus zuverlässigen Leuten einen Vertrauensrat zu bilden, der für die Disziplin im Lager verantwortlich gemacht wird. Strafen können streng sein, jedoch ist die Prügelstrafe unter keinen Umständen anzuwenden.

Eine besondere Bedeutung kommt der Freizeitgestaltung zu. Viele Sowjet-Arbeiter sind gewöhnt, während der Freizeit in ihren "Klub" zu gehen, wo ihnen bei den Sowjets reichhaltige Literatur zur Verfügung stand. (Im übrigen waren diese "Klubs" primitive Räume mit ebensolchem Mobilar). Es scheint daher zweckmäßig, Rundfunk und Film als Propagandamittel für die Freizeit in weitem Umfange heranzuziehen.

Ich habe das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gebeten, die politische und kulturelle Betreuung der Arbeiter in Deutschland in die Hand zu nehmen.

Wegen der besonderen Dringlichkeit des Problems bitte ich die dortseits erforderlich erscheinenden Massnahmen über die Behandlung der Zivilarbeiter aus den besetzten Ostgebieten so

bald

NI-6212

13

- 4 -

bald wie möglich treffen zu wollen und mich von dem Ver-
anlassten zu unterrichten.

Im Auftrag
gez. Leibbrandt



Beglaubigt

Leibbrandt

Büroangestellte

14

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
4 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 6
Nr. 408 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968



Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Hergestellt im
Bundesarchiv

R 6 / 408

Berlin, den 24. April 1942

Herrn

Reichsminister

Betrifft: Einsatz von Ostarbeitern in Deutschland - Neuregelung der Bestimmungen.

Der Transport der Ostarbeiter und -arbeiterinnen, insbesondere der Ukrainer, hat nunmehr in vollem Umfange eingesetzt. Die Planung sieht einen Einsatz von 1 Million gewerblichen, 600 000 landwirtschaftlichen und 400 000 hauswirtschaftlichen Arbeitern vor. Bis jetzt sind ca. 110 000 Männer und Frauen angekommen.

Nachdem ursprünglich unmögliche Lohn-, Verpflegungs- und Unterbringungsanweisungen erlassen worden waren, hat sich aufgrund unserer Stellungnahme nunmehr der allein entscheidende Gesichtspunkt durchgesetzt: Der Ostarbeiter muß so entlohnt, verpflegt und untergebracht werden, daß seine Arbeitsleistung die höchstmögliche ist. Schlechte Behandlung können wir uns auch deshalb nicht leisten, weil dies die Stimmung im besetzten Gebiet gefährlich beeinträchtigen könnte.

Über die Arbeitsleistung berichten die RPÄ durchwegs nur positiv. Das RPA Münster schreibt:

"Es konnte festgestellt werden, daß sowohl die Russen wie

die Ukrainer die besten Arbeitskräfte sind. Beobachtungen haben ergeben, daß der Russe zwar nicht schneller arbeitet als der Deutsche, aber durch seine sture, intensive Arbeit teilweise eine höhere Arbeitsleistung vollbringt."

Von dem ausschließlichen Ziel der Steigerung der Arbeitsleistung ausgehend, ist es nunmehr gelungen, die verschiedenen Ämter unter einen Hut zu bringen. Die praktischen Ergebnisse sind die folgenden:

1. Lohn.

Das wöchentliche Taschengeld, das nach Abzug der Steuern und der Kosten für Verpflegung und Unterkunft bis jetzt zwischen 2 und 3 RM lag, ist auf 9,50 bis 12,- RM erhöht worden. Für einzelne Spezialarbeiter, Techniker usw. besteht die Möglichkeit einer weiteren Erhöhung bis ca. RM 20,-.

Verbleiben dem Arbeiter mehr als wöchentlich RM 4,80 an Taschengeld, so wird dieses gespart. Der Betrag kann nach Abschluß des Arbeitsverhältnisses in die Heimat transferiert werden.

Beginnend mit dem Tage der Abfahrt aus seiner Heimat erhält die Familie des Ostarbeiters einen monatlichen Unterstützungsbetrag in Höhe von 130 Rubel durch die Verwaltung der Reichskommissare ausgezahlt.

2. Verpflegung.

Nach dem radikalen Absinken der Leistungen und des Gesundheitszustandes durch die bisherige Verpflegung wird nunmehr durchschnittlich der auch für den deutschen Arbeiter geltende Verpflegungssatz angewandt. Ein Unterschied besteht nur insofern, als die Ostarbeiter weniger Fleisch und Fett erhalten, während die Brotzuteilung erhöht wird. Das Brot besteht

Hergestellt im
Bundesarchiv
R55DC/406

aus 72 % Roggenschrot und 28% Zuckerschnitteln.

3. Unterbringung.

Die Unterbringung der Männer erfolgt in Barackenlagern, die sich z.T. auf dem Betriebsgelände selbst befinden. In der Landwirtschaft werden die Frauen auch einzeln auf den Höfen eingesetzt.

Der Stacheldraht ist von den Lagern entfernt worden. Ausgang wird bei Bewährung gewährt, jedoch nur in geschlossener Kolonne unter deutscher Aufsicht.

4. Kleidung.

Als Maßstab für die Zuteilung von Arbeitskleidung wird die Kleidung eines deutschen Saisonarbeiters zugrundegelegt.

5. Freizeitgestaltung.

Für die Betreuung und Freizeitgestaltung sind grundsätzlich die DAF und der Reichsnährstand zuständig, die ihre Maßnahmen mit uns abstimmen. Eine Betreuung wie bei anderen ausländischen Arbeitskräften, insbesondere künstlerische Betreuung, findet nicht statt. Insbesondere wird eine Betreuung durch russische Emigranten kategorisch vermindert.

Es ist lediglich die Beschaffung von Musikinstrumenten und Spielen in bescheidenem Umfange und von Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung geplant.

6. Weitere Erleichterungen.

Die Ostarbeiter können an ihre Angehörigen schreiben. Die Post wird kontrolliert.

In den Lagern werden Kantinen eingerichtet, in denen auch lebensnotwendige Kleinigkeiten wie Knöpfe, Schnürsenkel, Rasierklingen usw. käuflich erworben werden können.

Minderwertiger kroatischer Tabak, der in Deutschland sonst nicht verwandt werden kann, gelangt je nach Bewährung zur

Hergestellt im
Bundesarchiv
R55DC/406

Verteilung.

Es kann erwartet werden, daß sich aufgrund der oben angeführten Regelungen die z.T. bereits bis zu 50 % gesunkene Arbeitsleistung ruckartig heben wird.

Um zu verhindern, daß seitens deutscher Volksgenossen nun etwa Verbrüderungserscheinungen auftreten, wird die Abt. Pro in Kürze ein Merkblatt für die Betriebsführer vorlegen.

Über die propagandistische Beeinflussung der Ostarbeiter selbst findet heute eine Aussprache mit den beteiligten Ämtern statt, deren Ergebnis ebenfalls vorgelegt wird.

Heil Hitler!

X *[Signature]*

hi

Hergestellt im
Bundesarchiv

R55DC/406

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

5619

Berlin SW 11, den 17. Juli 1942
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

IV D - 207/42 (ausl. Arb.)

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Schnellbrief

An

- a) die Partei-Kanzlei
z. Hd. von Herrn Dr. Geißler
- b) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. V -
z. Hd. von Herrn ORR. Dr. Häußler
- c) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz
- Abt. III -
z. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Sturm
- d) das Oberkommando der Wehrmacht
- Amt Ausland/Abwehr -
z. Hd. von Herrn Hauptmann Dr. Kraussoldt
- e) das Oberkommando der Wehrmacht
Wirtschafts- und Rüstungsamt
z. Hd. von Herrn Korvettenkapitän Eichholz
- f) das Reichsluftfahrtministerium
- Generalluftzeugmeister -
z. Hd. von Herrn Oberstleutnant Dr. ing.
Wurmbach
- g) die Deutsche Arbeitsfront
Zentralbüro
Volkspolitisches Amt
- h) die Deutsche Arbeitsfront
Amt für Arbeitseinsatz
z. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Pg.
Krause
- i) das Auswärtige Amt
z. Hd. von Herrn Legationsrat Dr. Kieser
- j) den Reichsführer H
Reichskommissar für die Festigung deutschen
Volkstums
z. Hd. von H -Oberstuf. Schubert
- k) das Hauptamt Ordnungspolizei
z. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Käbb

OKW/Wi Amt/	
19. JULI 1942	
Az.	
Nr. 1539/42	Ant. —

- l) das Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
Abt. Pro 4
- m) den Reichsnährstand
z. Hd. von Herrn Schwarz
- n) die Abteilung I
des Reichsministeriums des Innern
- o) das Reichswirtschaftsministerium
z. Hd. von Herrn Reg. Rat vom Hofe
- p) das Reichsministerium
für die besetzten Ostgebiete
z. Hd. von Herrn ORR. Beil
- q) den Herrn Reichsminister
für Bewaffnung und Munition
z. Hd. von Herrn ORR. Birkenholz
- r) den Herrn Reichsgesundheitsführer Dr. Conti
z. Hd. von Herrn Dr. Brüning

Betrifft: Einsatz ausländischer Arbeitskräfte.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung sicherheitspolizeilicher Fragen des Ausländer-einsatzes findet am

Donnerstag, d. 23. 7. 1942 - 11 Uhr -,
in meinem Dienstgebäude Werderscher Markt 5/6,
(Reichskriminalpolizeiamt)
kleiner Sitzungssaal, Zimmer 175,

statt.

Es werden folgende Punkte erörtert:

1. Ostarbeiterfragen.
2. Einsatz von Dolmetschern.
3. Behandlung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte.

Die vorgesehene Besichtigung eines Lagers kann aus technischen Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

In Vertretung:



56.a

21

V e r m e r k

über Besprechung beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD
am 23.7.42 betr. Einsatz ausländischer Arbeitskräfte.

Leiter der Besprechung: Reg.Rat B a a t z

Teilnehmer: Vertreter der Parteikanzlei, des GBA, des Ausw.
Amtes, Prop.Min., RIM, RWiMin, Ost Min, Reichs-
gesundheitsführers, Reichsnährstandes, der DAF
und von OKW Amt Ausl/Abw und Wi Amt/Rü IV.

Durch einen Erlaß des Reichsführers SS ist den Staatspoli-
zei-Leitstellen die Möglichkeit gegeben worden, im Lager und
beim Ausgang der Ostarbeiter anstelle deutscher Wachmannschaf-
ten russische Lager- bzw. Baracken- oder Stubenälteste als Auf-
sichtspersonen selbstverantwortlich einzusetzen. Damit ist einer
vom Wi Amt seit längerer Zeit erhobenen Forderung Rechnung ge-
tragen worden. Reichsführer SS bittet ausdrücklich, von einer
Bekanntgabe an die nachgeordneten Dienststellen abzusehen.

Die Klagen über mangelnde Ernährung der Ostarbeiter und
sogar Erschöpfungserscheinungen aus diesem Grunde halten an.

Die Dolmetscherfrage soll - nachdem der Ostarbeitereinsatz
zu einem gewissen Abschluß gekommen ist - grundsätzlich vom
sicherheitspolizeilichen und arbeitseinsatzmäßigen Standpunkt
für alle Nationen einheitlich geregelt werden.

Bei GBA und Reichsführer SS besteht Einigkeit darüber, daß
schwängere ausländische Frauen vor ihrer Niederkunft möglichst
in ihre Heimat abgeschoben werden sollen. Ausnahmen nur, wenn
der Betriebsführer trotz des Kindes auf die Weiterbeschäftigung
dieser Arbeitskraft nicht verzichten kann.

1) Vermerk: Da die Verwendung von
Russen außer d. Nachmann-
schaften in das Gelingen der Sta-
tpolizeistellen besser gestellt wird
sollen, die anderen Dienststellen
davon noch mehr erfahren,
um zunächst den experimenten-
tellen Charakter der Sache zu ver-
stehen.

by

2) H. R. m. J. 4. 2. 42: 309 2f. (2R) 11/23/42

Der Reichsführer-~~44~~

und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern

Berlin SW 11, den 16. September 1942
Deing-Ribbentrop-Straße 9
Telefon: 120040

IV D - 310/42 (ausl. Arb.)

Bitte in der Antwort vorliegendes Gefühlszeugnis und
Datum anzugeben

OKW/Wi Amt
25 SEP 1942
Az.
Nr. 11364/42 Abt. 7

Am

- a) die Partei-Kanzlei
S. Hd. von Herrn Dr. Geisler
- b) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. V -
S. Hd. von Herrn ORA. Dr. Häußler
- c) den Herrn Generalbevollmächtigten
für den Arbeitseinsatz - Abt. III -
S. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Sturn
- d) das Oberkommando der Wehrmacht
- Amt Ausland/Abwehr -
S. Hd. von Herrn Hauptmann Dr. Kraussoldt
- e) das Oberkommando der Wehrmacht
Wirtschafts- und Rüstungsamt
S. Hd. von Herrn Korvettenkapitän Eichholz
- f) das Reichsluftfahrtministerium
- Generalluftzeugmeister -
S. Hd. von Herrn Oberstleutnant Dr. Ing. Kurbach
- g) die Deutsche Arbeitsfront
Volkspolitisches Amt
S. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Humptow
- h) die Deutsche Arbeitsfront
Amt für Arbeitseinsatz
S. Hd. von Herrn Hauptabteilungsleiter Pg. Krause
- i) das Auswärtige Amt
S. Hd. von Herrn Legationerrat Dr. Kieser
- j) den Reichsführer H
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
S. Hd. von H-Oberstuf. Schubert
- k) das Hauptamt Ordnungspolizei
S. Hd. von Herrn Min. Rat Dr. Käse
- l) das Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
Abt. Pro 4
- m) den Reichswehrstand
S. Hd. von Herrn Schwarz
- n) die Abteilung I
des Reichsministeriums des Innern

21

2) 11. 11. 42
3) 11. 11. 42

- e) das Reichswirtschaftsministerium
s. Hd. von Herrn Leg. Rat von Hofe
- p) das Reichsministerium
für Bewaffnung und Munition
- q) das Reichsministerium
für die besetzten Ostgebiete
- r) den Herrn Reichsgesundheitsführer
s. Hd. von Herrn Abteilungsleiter Dr. Hermann
- s) den Geschäftsführer der Deutschen Arbeitsfront
- Verbindungsführer -
s. Hd. von H-Hauptstuf. Dr. Laas

Betrifft: Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem
altsovjetschen Gebiet.

/ Anlage: 1.

In der Anlage übersende ich den zweiten Nachtrag
zu Abschnitt A der Allgemeinen Bestimmungen über An-
werbung und Einsatz von Arbeitskräften aus den Osten
vom 20. 2. 1942 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage:



Der Reichsführer H
und Chef der Deutschen Polizei
S - IV D - 310/42 (ausl. Arb.)

24
Berlin, den 10. September 1942

Einsatz
weiblicher Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
(Ostarbeiterinnen).

Zweiter Nachtrag zu Abschnitt A
der Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von
Arbeitskräften aus dem Osten
vom 20. 2. 1942 - S - IV D - 208/42 (ausl. Arb.).

I. Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Ge-
biet in deutschen Haushaltungen.

Nachdem der Bedarf an Arbeitskräften für Rüstungsindustrie und
Landwirtschaft weithin gedeckt ist, wird die Anwerbung und der Einsatz
von Ostarbeiterinnen in deutschen Haushaltungen gestattet. Auf diese
"hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen" genannten Kräfte finden die
bisher ergangenen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeits-
kräften aus dem altsowjetischen Gebiet Anwendung, sofern nicht nach-
folgende, auf Grund der Eigenheiten dieses Einsatzes und seinen beson-
deren volkspolitischen Gefahren mit dem Herrn GBA. vereinbarten Son-
dervorschriften Platz greifen:

1. Anwerbung.

Die Anwerbestellen der Arbeitsverwaltung werben Ostarbeiterin-
nen im Alter von 15 bis 35 Jahren an, die für den Einsatz im städti-
schen oder ländlichen Haushalt geeignet erscheinen und deren Erschei-
nungsbild dem russischen Bild des deutschen Volkes möglichst nahe
kommt.

Auf das Verbot der Anwerbung von Volkssdeutschen wird hierbei be-

BDC - Götting - Land Rüssen

Uml. zu Nr. 1364, 42 W. RA 52

sonders hingewiesen, desgleichen wird das Verbot der Anwerbung von Schwangeren nochmals hervorgehoben. Frauen mit Kindern kommen ebenfalls nicht in Frage.

Die Anwerbestellen in den altsowjetischen Gebieten werden die nach diesen Gesichtspunkten angeworbenen Arbeitskräfte in den Transportlisten mit dem Vermerk "vorgesehen für Haushalt" kennzeichnen.

2. Rassische Sichtung im Osten.

Soweit möglich, werden diese Ostarbeiterinnen bereits im Osten an bestimmten Orten gesammelt und durch Beauftragte des Reichsführers W und der Arbeitsverwaltung einer nochmaligen Sichtung und ärztlichen Untersuchung unterzogen.

Die Sichtung erstreckt sich darauf, ob die angeworbenen Ostarbeiterinnen in ihrem rassischen Erscheinungsbild dem rassischen Bild des deutschen Volkes möglichst nahe kommen. Die rassische Sichtung stellte eine Grobauslese dar. Es handelt sich also hierbei nicht um Rindentschungsuntersuchungen, vielmehr soll lediglich die Hereinnahme fremdrassischer, primitiv ostisch und ostbaltisch gearteter Personen sowie völlig unausgeglichene Rasse-mischungen verhindert werden. Als Maßstab für die Hereinnahme gilt die Bewertung bis einschließlich RaS III.

Nach erfolgter Überprüfung werden die ausgewählten Kräfte in geschlossenen Sondertransporten bzw. in besonderen Wagen der allgemeinen Transportsüge ins Reich abbefördert. Das Ergebnis der Prüfung wird in den Transportlisten durch den Vermerk "für Haushalt unbedenklich geeignet" festgelegt.

3. Rassische Sichtung im Reich.

a) Bei denjenigen Kräften, die zwar unter "vorgesehen für Haushalt" (s. Ziff. 1, Abs. 3) angeworben, aber nicht der Sichtung

und ärztlichen Untersuchung im Osten gemäß Ziffer 2 unterzogen worden sind, wird dies durch Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung in den Durchgangslagern der Landesarbeitsämter im Reich nachgeholt.

b) In der Anlaufzeit der Anwerbung hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen können in den Durchgangslagern der Landesarbeitsämter auch aus den nicht für Haushaltungen vorgesehenen Transporten weibliche Arbeitskräfte ausgewählt und nach einer Sichtung durch Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung gemäß Ziff. 2 in Haushaltungen vermittelt werden.

c) Beauftragte des Reichsführers # und der Arbeitsverwaltung haben auch diejenigen Ostarbeiterinnen einer Sichtung gemäß Ziff. 2 zu unterziehen, die bereits in Haushaltungen eingesetzt worden sind oder aus der gewerblichen Wirtschaft, soweit dies in Betracht gezogen wird, in Haushalte vermittelt werden.

4. Auswahl der Haushaltungen.

Für den Einsatz hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen kommen nur politisch zuverlässige Familien in Betracht, die auch die Gewähr dafür bieten, daß die für den Einsatz erlassenen Bestimmungen beachtet werden. An der Auswahl der Haushaltungen wird daher der örtlich zuständige Hoheitsträger der NSDAP. von den Arbeitsämtern entscheidend beteiligt; die Haushaltungen, in denen z. Zt. schon hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen eingesetzt sind, werden nachträglich dieser Prüfung unterzogen.

Bei der Verteilung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen sind kinderreiche und Aufbaufamilien bevorzugt zu berücksichtigen, soweit nicht gerade für diese deutsche Hausgehilfinnen zur Verfügung

stehen. Erst wenn der Bedarf dieser Familien gedeckt ist, erfolgen Zuweisungen an andere Haushaltungen.

Der Einsatz erfolgt nur in Familien, bei denen gesonderte Unterbringung dieser Kräfte innerhalb des Haushalts gewährleistet ist; auf keinen Fall dürfen hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen mit Deutschen gemeinsam untergebracht werden.

Ergibt sich nachträglich, daß der Haushalt nach den ergangenen Bestimmungen für eine Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen ungeeignet ist, so wird das Arbeitsamt eine Entfernung der Ostarbeiterin erwirken; bei Vorliegen sicherheitspolizeilicher Gründe hat die Staatspolizei-leit-stelle im Benehmen mit dem Arbeitsamt die Entfernung aus dem Haushalt zu veranlassen.

5. Einsatz und Freizeitgestaltung.

Die hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen erhalten grundsätzlich die gleichen Lebensmittelzuteilungen wie die deutsche Zivilbevölkerung.

Sie sind, soweit sie in städtischen Haushaltungen eingesetzt sind, ausschließlich für eine Beschäftigung mit hauswirtschaftlichen Arbeiten vorgesehen, und dürfen nicht anderweitig, etwa im Beruf des Haushaltungsvorstandes (z. B. als Sprechstundenhilfe, Verkäuferin, Kellnerin usw.) beschäftigt werden. Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen, die in ländlichen Haushaltungen eingesetzt sind, sollen für landwirtschaftliche Arbeiten nur in dem bei ländlichen Hausgehilfinnen üblichen Umfang herangezogen werden.

Sind deutsche Hilfskräfte im Haushalt, so sind diese so hervorzuheben und aufsichtsführend einzusetzen, daß ein Solidaritätsgefühl zwischen den Deutschen und hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen nicht entstehen kann. Bei stets gerechter, aber straffer Be-

handlung der Ostarbeiterin ist seitens der deutschen Familie stets der gebotene Abstand zu wahren.

Eine Weitergabe der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin an andere Familien ist verboten, sofern nicht die Unvermittlung und damit auch die Überprüfung der neuen Familie vom Arbeitsamt veranlaßt wird.

Der Haushaltungsvorstand ist für die laufende Beaufsichtigung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin verantwortlich; ist die Beaufsichtigung nicht oder wegen längerer Abwesenheit der Familie vorübergehend nicht gewährleistet, so wird das Arbeitsamt die Ostarbeiterin unvermitteln oder gegebenenfalls vorübergehend anderweitig einsetzen.

Ein Anspruch auf Freizeit besteht nicht. Die Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb des Hauses nur bewegen, um Angelegenheiten des Haushalts zu erledigen. Es kann ihnen aber bei Bewährung wöchentlich einmal die Möglichkeit gegeben werden, sich drei Stunden ohne Beschäftigung außerhalb des Haushalts aufzuhalten. Dieser Ausgang muß bei Einbruch der Dunkelheit, spätestens 20 Uhr, beendet sein. Der Besuch von Gaststätten, Lichtspiel- oder sonstigen Theatern und ähnlicher für Deutsche oder ausländische Arbeiter vorgesehenen Einrichtungen oder Veranstaltungen ist verboten. Desgleichen ist der Kirchenbesuch untersagt. Der Haushaltungsvorstand bzw. die Hausfrau hat auf die Einhaltung dieser Bestimmungen hinzuwirken. Die DAF. wird Möglichkeiten zur Gestaltung der Freizeit schaffen.

Das Verbot des Geschlechtsverkehrs und die Notwendigkeit der Abschiebung Schwangerer wird besonders betont.

**II. Weibliche Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
als Hilfsküchenpersonal im Gaststätten- und
Beherbergungsgewerbe.**

Für die als Hilfsküchenpersonal im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe tätigen Ostarbeiterinnen, deren Einsatz durch Er-
laß an die Staatspolizei-leit-stellen vom 18. 7. 1942 - S - IV D -
293/42 (ausl. Arb.) - Ziff. III,2 genehmigt worden ist, gelten die
unter obigem Abschnitt I, Ziff. 5 getroffenen Bestimmungen sinnge-
mäss. Auch diese Ostarbeiterinnen dürfen auf keinen Fall mit Deut-
schen gemeinsam untergebracht werden.

**III. Weibliches Lagerpersonal in Lagern für weibliche Ar-
beitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet.**

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bei der Füh-
rung auch der Ostarbeiterinnenlager sicherheitspolizeiliche Belan-
ge im Vordergrund stehen (s. auch Verhältnis des Lagerführers zur
Wachmannschaft), ist auch für diese Lager ein Mann als Lagerführer
zu bestellen. Ihm wird zweckmäßigerweise eine von der DAF. ausge-
wählte Unterlagerführerin beigegeben werden, die die inneren Auf-
gaben im Lager (z. B. Einhaltung der Lagerordnung, insbesondere
auch Beobachtung der hygienischen Erfordernisse und der Betreuung)
verantwortlich zu erledigen hat. Um die Einheitlichkeit der Lager-
führung zu gewährleisten, darf sie wesentliche Entscheidungen nicht
ohne Zustimmung des Lagerführers treffen.

In besonders gelagerten Fällen kann auch eine weibliche
Kraft als Lagerführerin bestellt werden, wenn die Gewähr dafür
gegeben ist, daß nach der Lage der örtlichen Verhältnisse sicher-

heitspolizeiliche Belange hierdurch nicht gefährdet werden. Über die Bestellung einer weiblichen Kraft als Lagerführerin muß Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der DAF. herrschen.

Im Auftrage:

gez. M ü l l e r



Beglaubigt:

U. Herl
Kanzleiangeestellte

Der Beauftragte f.d.Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für
den Arbeitseinsatz
Va 5780.28/90

Berlin, den 9. Januar 1943
SW 11, Saarlandstr.96

*Kopie an 4V. u. 2. Vizepräsidenten
(Vize, 2. Vize und 3. Vize)*

An

- a) den Herrn Reichsleiter Bormann,
- b) die Partei-Kanzlei, München,
- c) den Reichsorganisationsleiter der DAF, Zentralbüro, Berlin,
- d) den Reichsführer-SS, Berlin,
- e) " Herrn Reichsarbeitsführer, Berlin-Grünwald,
- f) " " Reichsgesundheitsführer, Berlin,
- g) die Gauleiter,
- h) " DAF, Amt für Arbeitseinsatz, Berlin,
- i) " Gauwirtschaftsberater,
- k) " Gauobleute der DAF,
- l) " Landesbauernführer,
- m) " Gauamtsleiter für Agrarpolitik,
- n) den Reichsmarschall des Großdt.Reichs, Beauftr.f.d.Vierjahresplan, Berlin,
- o) " Herrn RM. u.Chef der Reichskanzlei, Berlin,
- p) das OKW, Berlin,
- q) " OKW, Abt.Abwehr, Berlin,
- r) den Herrn RM.d.Luftfahrt u. Oberbefehlshaber d.Luftwaffe, Berlin,
- s) das Oberkommando des Heeres, Berlin,
- t) " Oberkommando der Marine, Berlin,
- u) den Herrn Reichsminister f.Bewaffnung u.Munition, Berlin,
- v) " " Reichsminister des Innern, Berlin,
- w) " " Reichsverkehrsminister, Berlin,

zum Vg.

- 30.1.43 (ZR) 11.11.43

x)

30.1

- x) den Herrn Reichsminister f. Ernährung u. Landwirtschaft, Berlin,
- y) " " " " Volksaufkl. u. Propaganda, Berlin,
- z) " " " " d. besetzten Ostgebiete, Berlin,
- aa) den Wi Stab Ost, Berlin,
- bb) " Reichsnährstand, Verwaltungsamt, Berlin,
- cc) die Reichswirtschaftskammer, Berlin,
- dd) " Reichsgruppe Industrie.

Betr.: Laufende Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

Anliegend übersende ich Abschrift meines RdErl.
an die Präsidenten der Landesarbeitsämter und die Leiter
der Arbeitsämter, betr. laufende Inspektion des Ostarbei-
tereinsatzes zur gefl. Kenntnissnahme mit der Bitte, die
Durchführung Ihrerseits weitmöglichst unterstützen zu
wollen. Fr.

Litz Fimmel

Der Beauftragte f.d.Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für
den Arbeitseinsatz
Va 5780.28/90

Anlage zu 103 38
Berlin, den 9. Januar 1943
SW 11, Saarlandstr.96

An die

Herren Präsidenten der Landesarbeitsämter
und an die Herren Leiter der Arbeitsämter.

Betr.: Laufende Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

Die Beschäftigung einer ständig steigenden Zahl von Ostar-
beitern im Reich, die bisher unter dem Einfluß der bolschewistisch-
stalinistischen Methoden und daher unter völlig anderen Verhältniss-
sen gelebt haben, macht eine laufende Inspektion des Ostarbeiterein-
satzes ^{erforderlich, um die beste Ordnung ihres Einsatzes} mit dem Ziel sicherzustellen, durch zweckvollen Ansatz und
eine zweckentsprechende angemessene Behandlung ihre höchstmögliche
Arbeitsleistung sicherzustellen. Diese ständige Inspektion soll mir
als dem für den gesamten Einsatz der Ostarbeiter verantwortlichen
Beauftragten außerdem einen laufenden Überblick über die tatsächliche
Lage des Arbeitseinsatzes und die bei dem Arbeitseinsatz gemachten
Feststellungen und gewonnenen Erfahrungen gewährleisten. Ich be-
stimme daher folgendes:

I. Aufgaben der ständigen Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

1. Der Einsatz der Ostarbeiter in den Betrieben ist einer laufenden
planmäßigen Überprüfung zu unterziehen, damit in jedem Fall der zweck-
mäßigste Einsatz im Betrieb und damit die höchste Leistungssteigerung
der Arbeitsleistung der Ostarbeiter erreicht wird.
2. Neben der Überprüfung des Einsatzes in den Betrieben selbst hat
unbeschadet der Zuständigkeit der Dienststellen der DAF, des Reichs-
nährstandes oder sonstiger Dienststellen eine laufende Überprüfung
der Unterbringung, Ernährung, Bekleidung, Gesundheitsfürsorge, Frei-
zeitgestaltung usw. zu erfolgen. Die Überprüfung der Lager ist nicht
nur auf die Betriebslager zu beschränken, sondern ist auch laufend
in den von den LAA. und sonstigen Stellen eingerichteten Durchgangs-,
Kranken- und Rückkehrerlagern durchzuführen.
3. Die mit der Inspektion des Ostarbeitereinsatzes von mir beauf-
tragten Kräfte haben ferner die Aufgabe, mit allen zuständigen be-
zirklichen Stellen der Partei, DAF, Polizei, des Reichsnährstandes,
der Wirtschaft usw. laufend Fühlung zu halten und diese über ihre
Erfahrungen und Beobachtungen zu unterrichten sowie diese über die
von mir gegebenen allgemeinen Weisungen und Richtlinien für den
Ostarbeitereinsatz aufzuklären.

Auf

Auf engste und vertrauensvollste Zusammenarbeit mit den mit der Betreuung beauftragten Dienststellen der DAF. und des Reichsnährstandes lege ich besonderen Wert.

4. Die von mir beauftragten Kräfte sind ermächtigt, die Abstellung der bei der Inspektion festgestellten Mängel sofort anzuordnen. In besonders schwerwiegenden Fällen kann auch ein Entzug der Arbeitskräfte aus dem Betrieb selbst angeordnet werden oder es sind Strafmaßnahmen bei den zuständigen Stellen einzuleiten.

II. Die Durchführung der Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

1. Um den Einsatz in den Betrieben selbst zweckmässig zu gestalten und die erforderliche Betriebsüberprüfung zu vereinfachen, ist in allen Betrieben mit mindestens 20 Ostarbeitern von dem Betriebsführer, sofern er nicht selbst diese Aufgabe übernimmt, ein besonderer Bearbeiter für Ostarbeiterfragen zu bestellen. Dieser Bearbeiter hat alle im Betrieb anfallenden aus dem Einsatz der Ostarbeiter sich ergebenden Fragen zusammenfassend zu bearbeiten und die notwendigen Maßnahmen beim Betriebsführer anzuregen. Insbesondere hat er den berufsrichtigen Einsatz der Ostarbeiter im Betrieb nach sorgfältiger Prüfung der vorhandenen beruflichen Kenntnisse zu sichern. Er hat ferner für die Zusammenstellung der Ostarbeiter zu geeigneten Arbeits- oder Akkordgruppen zu sorgen und hierbei die Ostarbeiter in ihren Leistungen ständig zu beobachten und insbesondere alle Erfahrungen, die die Werkmeister, Vorarbeiter usw. gemacht haben, für den weiteren Ansatz der Kräfte auszuwerten. Bei der Durchführung seiner Aufgabe hat der Bearbeiter für Ostarbeiterfragen, soweit möglich und zweckmässig, auch die Ostarbeiter selbst zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Zu diesem Zweck sind Gruppenführer aus den Ostarbeitern zu bestimmen, die den Sachbearbeiter für Ostarbeiterfragen mit Vorschlägen für den zweckmässigsten Einsatz der Ostarbeiter, insbesondere für die Bildung von Arbeits- und Akkordgruppen unterstützen sowie ihm auch alle etwaigen Wünsche und Anregungen für eine Verbesserung des Arbeitsansatzes und der Arbeitsleistung unterbreiten sollen. Diese Gruppenführer sind nach Möglichkeit auch am Akkord durch besondere Zuschläge zu beteiligen. Der Sachbearbeiter für Ostarbeiterfragen soll auch die Durchführung von Anlern- und Umschulungsmaßnahmen im Betrieb anregen. Er ist ferner neben dem Betriebsführer für die anständige und einwandfreie Behandlung der Ostarbeiter innerhalb des Betriebs verantwortlich und hat im laufenden Erfahrungsaustausch mit den Betreuungskräften

der

85

der DAF in den Ostarbeiterlagern zu stehen. Er soll Anregungen für Vergünstigungen geben, die besonders tüchtigen Ostarbeitern bei der Freizeitgestaltung, beim Ausgang, bei der Sonderzuteilung von Lebensmitteln, Tabak usw. gewährt werden sollen.

2. In jedem AA. ist ein besonderer Sachbearbeiter für die Inspektion des Ostarbeitereinsatzes zu bestellen, nach Bedarf sind auch mehrere derartige Sachbearbeiter zu bestellen. Der Sachbearbeiter hat den gesamten Ostarbeitereinsatz in seinem AA-Bezirk, und zwar sowohl den betrieblichen Einsatz als auch die Unterbringung, Ernährung usw. planmäßig laufend zu überprüfen mit dem Ziel, daß der Einsatz aller lagermäßig untergebrachten Ostarbeiter in möglichst kurzen Abständen überprüft wird.

Für die Überprüfung ist der anliegende Vordruck eines Berichts über die Prüfung des Ostarbeitereinsatzes zu verwenden. Vorgefundene Mängel sind sofort abzustellen (vgl. Ziff.I, 4). Feststellungen besonderer Art, vor allem solche, die einer allgemeinen Auswertung bedürfen, sind schnellstens über die LAA. - in besonders dringenden Fällen auch unmittelbar unter Übersendung einer Abschrift an das LAA - an das Sonderreferat "Ostarbeiterinspektion" (vgl.Ziff.II 4) zu melden.

3. Auch bei den LAA. ist ein besonderer Sachbearbeiter für die Ostarbeiterinspektion zu bestellen, der laufend alle von den AA. an das LAA. herangebrachten Fragen des Ostarbeitereinsatzes zu überprüfen hat. Hierbei hat er insbesondere folgende Aufgaben durchzuführen:

Ständige Überwachung des gesamten Ostarbeitereinsatzes im LAA-Bezirk auf höchstmögliche Arbeitsleistung, vor allem durch Hinwirken auf berufsrichtigen Einsatz; Einrichtung von Anlern- u. Umschulungsmaßnahmen, bei denen weitgehend die inzwischen in den einzelnen Betrieben gewonnenen Erfahrungen auszuwerten sind; Sicherstellung des zwischenbetrieblichen Ausgleichs von Ostarbeitern, um z.B. den Anteil von Facharbeitern, Jugendlichen oder Frauen unter Berücksichtigung der betrieblichen Möglichkeiten innerhalb des LAA-Bezirks zweckvoll auszulasten; in enger Zusammenarbeit mit dem zuständigen Reichstreuhänder Aufstellung von zweckentsprechenden Akkordgruppen, Einführung von Leistungslohnen, einheitliche Festsetzung von Leistungsprämien auch an Sachleistungen (Sonderzuteilungen von Lebensmitteln, Tabak, Sonderausgang usw.).

Er hat ferner die bezirklich gewonnenen Erfahrungen im Ostarbeitereinsatz mit allen zuständigen Stellen in zu bildenden ständigen Erfahrungsgemeinschaften auszutauschen. Hierbei ist insbesondere mit

mit den Dienststellen der Partei, der DAF, des Reichsnährstandes der Wirtschaft, den Propagandaämtern und den bezirklichen Dienststellen der Polizei engstens zusammenzuarbeiten, um eine einheitliche Ausrichtung des Ostarbeitereinsatzes zu erzielen.

Außerdem sind mir ständig von den LAA. Vierteljahresberichte auf Grund entsprechender Meldungen der AA. zu erstatten, und zwar zum 15. des auf das Vierteljahr folgenden Monats, die folgende Angaben enthalten müssen:

1. Gesamtzahl der im Vierteljahr überprüften Betriebe,
2. Gesamtzahl der hierbei erfaßten Ostarbeiter.

Außerdem ist mir in der Reihenfolge der in dem beigelegten Vor-
druck für den Bericht über die Prüfung des Ostarbeitereinsatzes
aufgestellten Prüfungsmerkmale zusammenfassend über das Ergebnis
der im Berichtsvierteljahr erfolgten Prüfungen zu berichten.

4. Zur zusammenfassenden Bearbeitung der Überprüfung des Ostarbeitereinsatzes ist bei der Hauptabteilung V A im Rahmen der Abteilung V A 1 ein Sonderreferat "Inspektion des Ostarbeitereinsatzes" eingerichtet worden, das die zentrale Bearbeitung und Auswertung aller bei der Überprüfung sich ergebenden Fragen durchzuführen hat. Dieses Sonderreferat hat ferner laufend eine unmittelbare planmäßige oder für Sonderfälle jeweils angeordnete Überprüfung des Ostarbeitereinsatzes durch dem Referat beigegebene, möglichst sprachkundige Prüfungskräfte in den LAA-Bezirken durchzuführen.

Die Sachbearbeiter für den Ostarbeitereinsatz bei den LAA. u. AA sind sofort nach Eingang dieses Erlasses zu bestellen. Mit der planmäßigen Überprüfung des Einsatzes ist unverzüglich zu beginnen. Der erste Vierteljahresbericht ist zum 15.4.1943 zu erstatten.

Wegen der Bestellung von besonderen Sachbearbeitern für den Ostarbeitereinsatz in den Betrieben habe ich den Herrn RWiMin. und den RM. f. Bew. u. Mun. gebeten, das Erforderliche zu veranlassen.

Eitz Juntel

38

Bericht über die Prüfung des Ostarbeiterereinsatzes.

bei (Name und Art des Betriebes)
in
LAA-Bezirk:

I. Betrieblicher Einsatz

a) Zahl der Gesamtbelegschaft:

davon Ostarbeiter:

davon männlich:

" weiblich:

"Jugendliche bis 18 Jahre:

b) Art der Beschäftigung der Ostarbeiter (auch zahlenmäßig
aufgegliedert)

.
.
.
.

c) Prüfung des berufsrichtigen Einsatzes:

1. Wieviel für den Betrieb geeignete Facharbeiter (gelernte
oder angelernte) befinden sich unter den beschäftigten
Ostarbeitern?

.
.

2. Sind Facharbeiter (gelernte oder angelernte) im Betrieb
vorhanden, die nicht berufsrichtig angesetzt sind - falls
ja - wieviel und welcher Art?

.
.

d) Anlern- und Umschulungsmaßnahmen:

werden solche Maßnahmen durchgeführt, in welcher Form und
welche Erfahrung liegen vor (auch zahlenmäßige Angaben)? .

.
.
.
.

e) Lohnregelung:

1. Wird Leistungslohn gewährt und in welcher Form?

.
.

38

2. Sind zweckmässige Akkordgruppen gebildet und unter einem verantwortlichen Ostarbeiter als Akkordgruppenleiter (Vorarbeiter)?

.....
.....
.....

3. Werden für gute Leistungen Sondervergünstigen gewährt und welche (auch in Sachleistungen, z.B. Tabak, Sonderausgang usw.)?

.....
.....
.....

f) Aufsicht im Betriebe:

1. Sind besonders geeignete deutsche Werkmeister oder Vorarbeiter mit der Leitung des Ostarbeiterereinsatzes betraut?.....

.....
2. Werden die Erfahrungen im Einsatz innerhalb des Betriebes und mit anderen Betrieben ausgetauscht?
.....
.....

3. Ist für alle Fragen des betrieblichen Einsatzes ein verantwortlicher Sachbearbeiter bestellt?
.....

g) Verhalten der Ostarbeiter im Betriebe:

1. Wie ist das Verhältnis zu den sonstigen, insbesondere den deutschen Betriebsangehörigen?
.....
.....

2. Ist die sprachliche Verständigung durch Dolmetscher gesichert?
.....
.....

h) Arbeitsleistung:

1. Wie ist die Arbeitsleistung prozentual zu der eines entsprechenden deutschen Arbeiters (möglichst auch durch Einsichtnahme in Lohnunterlagen usw. nachprüfen)?
.....
.....

2. Wie wird die Arbeitsleistung vom Betriebsführer, deutschen Werkmeistern und Vorarbeitern selbst beurteilt?
.....
.....

3. Welche besonderen Beschwerden oder Anregungen hat der Betriebsführer?
-
-
-

II. Betreuungsfragen

a) Unterbringung:

1. Ist das Lager (die Einzelunterkunft) einwandfrei?.....
-
-
2. Ist für die Heizung im Winter gesorgt?.....
- Sind genügend Kohlenvorräte usw. vorhanden?
-
-
3. Ist noch Stacheldrahtumzäunung vorhanden?
-
-

b) Verpflegung:

1. Ist die Verpflegung ausreichend (evtl. Wochenküchenzettel beilegen)?
-
-
2. Wird durch ukrainische / russische Köche gekocht?
-
-
3. Sind Kartoffeln, Gemüse für den Winter eingelagert?
-
-
4. Werden die vorgeschriebenen Rationen von den Ernährungs-
ämtern voll zugeteilt?
-
-
5. Werden die Zulagen für Lang-, Nacht-, Schwer-, Schwerst-
arbeiter usw. gewährt?
-
-

c) Gesundheitszustand, Entseuchung, Ärztliche Betreuung:

.....
.....
.....
.....

d) Bekleidung:

.....
.....
.....

e) Postverkehr:

.....
.....
.....

f) Freizeitgestaltung, insbesondere wie und in welchem Umfang ist der Ausgang geregelt?

.....
.....
.....

g) Strafen, insbesondere Zahl der Fluchten

.....
Art und Umfang der bisher erfolgten Strafmaßnahmen (auch
Prügelstrafe!)
.....
.....

III. Sonstiges.

.....
.....
.....
.....

....., den.....

.....
(Unterschrift d. Prüfenden)

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für
den Arbeitseinsatz
Va 5780.28/90.

1939.28/246

41
Berlin SW 11,
den 5. Februar 1943
Saarlandstraße 96.

An

- a) den Herrn Reichsleiter Bormann
- b) die Partei-Kanzlei, München
- c) den Reichsorganisationsleiter der DAF, Zentralbüro, Berlin
- d) den Reichsführer-SS, Berlin
- e) den Herrn Reichsarbeitsführer, Berlin-Grünwald
- f) den Herrn Reichsgesundheitsführer, Berlin
- g) die Gauleiter
- h) die DAF, Amt für Arbeitseinsatz, Berlin
- i) die Gauwirtschaftsberater
- k) die Gauobleute der DAF
- l) die Landesbauernführer
- m) die Gauamtsleiter für Agrarpolitik
- n) den Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches,
Beauftragter für den Vierjahresplan, Berlin
- o) den Herrn Reichsminister und Chef der Reichskanzlei, Berlin

- p) das Oberkommando der Wehrmacht, Berlin
- q) das Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Abwehr, Berlin
- r) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Berlin
- s) das Oberkommando des Heeres, Berlin
- t) das Oberkommando der Marine, Berlin
- u) den Herrn Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Berlin
- v) den Herrn Reichsminister des Innern, Berlin
- w) den Herrn Reichsverkehrsminister, Berlin
- x) den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
- y) den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung u. Propaganda, Berlin
- z) den Herrn Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Berlin
- aa) den Wi Stab Ost, Berlin
- bb) den Reichsnährstand, Verwaltungsamt, Berlin
- cc) die Reichswirtschaftskammer, Berlin
- dd) die Reichsgruppe Industrie.

Betrifft: Laufende Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

In Verfolg meines Schreibens vom 9.1.1943 - Va 5780.28/90 - übersende ich beifolgend eine Ergänzung des Erlasses.

In Vertretung



Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für
den Arbeitseinsatz
Va 5780.28/90.

43
Berlin SW 11,
den 5. Februar 1943
Saarlandstraße 96.

An
1939.28/246
die Herren Präsidenten
der Landesarbeitsämter
und
die Herren Leiter der
Arbeitsämter

Betrifft: Laufende Inspektion des Ostarbeitereinsatzes.

Der Erlaß vom 9.1.1943 -Va 5780.28/90- ist wie folgt zu ergänzen:

1.) In Abschnitt I ist als Punkt 3 einzufügen:

" Bei der Bedeutung, die den sanitären und hygienischen Verhältnissen in den Unterkünften der Ostarbeiter für die Erhaltung der Einsatzfähigkeit und zur Vermeidung des Ausbruchs und der Verschleppung übertragbarer Krankheiten (Seuchen) zukommt, ist, gegebenenfalls unter Einschaltung des Ärztlichen Dienstes, besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß in ausreichender Weise vorbeugende sanitäre Maßnahmen wie einwandfreie und ausreichende Wasser- und Abortverhältnisse, genügende Entlausungsmöglichkeiten geschaffen, Krankenrevierbetten in vorgeschriebener Anzahl vorhanden und die ärztliche und sonstige Krankenversorgung u.a. genügend sichergestellt sind."

- 2.) Punkt 3 und 4 erhalten die Bezeichnung „4“ und „5“.
3.) Der "Bericht über die Prüfung des Ostarbeitereinsatzes" ist in Abschnitt II Abs.c, Seite 4 wie folgt zu erweitern bzw.zu ändern:

c) Gesundheitszustand und -fürsorge, Entlausung.

Ärztliche Betreuung:

- 1) Ist einwandfreies Wasser in genügender Menge vorhanden und sind Waschgelegenheiten und Abortverhältnisse ausreichend?
.....
2) Ist das Lager frei von Ungeziefer und werden ausreichende Entlausungen vorgenommen?
.....
3) Wo und wie wird entlauset? Sind die vorgeschriebenen betriebs-eigenen Entlausungsanlagen (bei mehr als 500 ausländischen Arbeitskräften) vorhanden?
.....
4) Sind die vorgeschriebenen Krankenrevierbetten - je zwei auf 50 Arbeitskräfte - vorhanden? (Krankenstuben, Absonderungsraum für Infektionskrankheiten)
.....
5) Steht ein Arzt für die ärztliche Betreuung der Lagerinsassen zur Verfügung und stehen ausreichende Hilfsmittel zur ersten Hilfeleistung bereit?
.....

In Vertretung

H. Tamm

X
Leiter Ost

45
Op 227/31. 1. 43/373-2,4
Berlin, den 31.1.1943.

Herrn

Reichsminister.

Abgef. 2/2.43
Gerr.

Betr.: Auswertung der Führerproklamation.

I. Der Führer hat ausgeführt, dass die Bolschewiken die Menschen Europas ausrotten wollen, "um Sklavenarbeiter für die sibirischen Tundren zu gewinnen". Diese Stelle der Proklamation, die sich mit der Veröffentlichung von Daily Scetch deckt, kann am eindringlichsten dem deutschen Volk nahegebracht werden, wenn wir eine Broschüre herausbringen, in der die Zwangsarbeit in der Sowjet-Union in Wort und Bild geschildert wird. Wir haben im Jahre 1936 eine derartige Broschüre herausgebracht (s. Anlage). Sie hatte damals dem Führer vorgelegen, der ihre Verbreitung in Millionenauflagen angeordnet hatte. Dieser Broschüre liegt eine authentische Sowjet-Veröffentlichung über den Weissmeer-Kanal zugrunde, ein dickleibiges Werk, das in unserem Besitz ist. Man könnte einen Neudruck dieser Broschüre vornehmen, wobei die Stelle der Führerproklamation und die Ausserung des Daily Scetch als Einleitung dienen und im Schluss ausgeführt wird, dass die Behandlung der durch den Krieg gewonnenen europäischen Arbeitsklaven durch die Sowjets sicherlich nicht besser sein wird als die der eigenen Untertanen Stalins, die in Zwangsarbeitslagern fronen.

Diese Broschüre könnte die erste einer ganzen

Reihe sein mit dem Thema: "Was würde dem deutschen Volk blühen, wenn es dem Bolschewismus gelänge, was zu unterjochen?" Die nächsten Hefte könnten z.B. darstellen: Die Lage des Arbeiters (nach dem Vorbild der Lage des sowjetischen Arbeiters), die Lage des Bauern, die Lage der Frau, die Lage der Jugendlichen, die Lage der Wissenschaft usw. usw.

- II. Die Ausführungen des Führers über den Kampf Europas gegen den Bolschewismus, die Rettung des Kontinents durch die deutsche Wehrmacht und über das Neue Europa könnten ebenfalls zu einer Broschüre in allen europäischen Sprachen zusammengestellt werden in der Art, dass jede einzelne Feststellung des Führers durch nebenstehende Bilder, Zahlen, Kurven und Erläuterungen illustriert wird. Die Gesamttendenz dieser Broschüre müsste dann die sein, dass die europäischen Völker jetzt alles Trennende zu vergessen haben, dass sie ihre Familienstreitigkeiten bis nach dem Kriege aufschieben müssen und dass es jetzt darum geht, den Brand vom gemeinsamen Hause gemeinsam fernzuhalten.

Heil Hitler!

2.7.20a.

Reichsministerium
für Ernährung und Landwirtschaft
Verzeichnis: IV/1a.- 907.

Berlin W 8, den 12. März 1943.
Wilhelmstr. 72.

P.S. 315

Vernerk

über die Berechnung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda am 12. März 1943.

Vorsitz: Staatssekretär Gutterer

Beteiligte Dienststellen u. Einladungsschreiben vom 5.3.; u.a.

Herrn Buchs (G81)

Einladung mit Dr. Hatesaal

Referent Schwarz

RNst

43 43 3

331

ODR Dr. Bredler (RSM)

Betrifft: Richtlinien für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte.

Einleitend führte Staatssekretär Gutterer aus, daß der Führer auf Vortrag von Reichsminister Dr. Goebbels entschieden habe, daß in politischen Interessen ungehend eine einheitliche Behandlung der Ausländerprobleme in allen Dienststellen sicherzustellen und eine entsprechende Ausrichtung des Deutschen Volkes vorzunehmen sei.

Die von der außenpolitischen Propaganda z.Zt. in die Diskussion gebrachte Konzeptionierung des neuen Europa und die verstärkte antikommunistische Kampfstellung erfordert, daß in der Behandlung der im Reich beschäftigten Ausländer sofort jeder Zügelstoff für eine feindliche Einstellung der ausländischen Arbeitskräfte beseitigt werde. Insbesondere sei dies hinsichtlich der Behandlung der Gatarbeiter erforderlich. Hier habe sich die bisherige Behandlung der Gatarbeiter nicht allein leistungsindernd, sondern auch äußerst nachteilig auf die politische Einstellung der Bevölkerung der besetzten Ostgebiete selbst ausgewirkt und zu den bekannten Schwierigkeiten für die Truppen geführt. Zur Entlastung der militärischen Operationen sei eine Besserung der Stimmung in Folge einer besseren Behandlung der Gatarbeiter im Reich zu fordern.

Reichsminister Dr. Goebbels hat bereits in einem Erlaß vom 15.2. an alle Gauleiter und Reichsleiter eine entsprechende Ausrichtung der Parteimitteilungen angeordnet. Um alle sonstigen mit dem Arbeitseinsatz befaßten Dienststellen, Betriebsführer und die deutschen Gefolgenschaftsmitglieder auszurichten, hat das RMFVul Richtlinien entworfen, die in einem ersten Entwurf (s. Anlage) als Vorgesprächungsgrundlage dienen.

Im allgemeinen ist zu diesen Richtlinien folgendes zu sagen:

Die Behandlung der Ausländer, die bisher zwischen den Angehörigen der westlichen und östlichen Länder wesentliche Unterschiede aufwies,

wird

wird nach Möglichkeit vereinheitlicht, insbesondere die Stellung des Ostarbeiters gehoben. Die hiermit vorgenommene Umsteuerung in der Behandlung der Ausländer wirkt sich im wesentlichen auf die bisherigen sicherheitspolizeilichen Maßnahmen des Reichsführers-SS und des Sicherheitshauptamts aus. Dagegen werden die betrieblichen Maßnahmen weniger betroffen. Im allgemeinen werden die von GBA bereits getroffenen Bestimmungen, die u.a. in dem Merkblatt für Betriebsführer behandelt sind, weniger berührt. Allerdings tritt eine verschärfte Ablehnung von Mißhandlungen und Prügelstrafen ein. Entsprechend ist eine verschärfte Bestrafung derartiger Delikte deutscher Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder in Aussicht genommen. In der Besprechung äußerten, insbesondere die Vertreter des Reichssicherheitshauptamts und der Parteikanzlei erhebliche Bedenken. Ersterer legte die dringenden sicherheitspolizeilichen Notwendigkeiten zum Schutze der deutschen Bevölkerung und der Sicherheit des Reichs dar. Der Vertreter der Partei-Kanzlei wies insbesondere auf die bisher schon aufgetretenen Unzuträglichkeiten hin, die ein freier Verkehr der Ausländer für die deutsche Bevölkerung nach den bisherigen Erfahrungen zur Folge haben muß.

Das REM interessieren besonders folgende Punkte der Richtlinien:

In Punkt 5 wird erklärt, daß die getrennte Unterbringung der einzelnen Nationalitäten in Betrieben und Lagern anzustreben ist. Seitens der Vertreter der GBA und des RMSt wurde darauf hingewiesen, daß dies aus Arbeitseinsatzgründen auch in der Landwirtschaft in Zukunft nicht in vollem Umfange durchzuführen ist. Mit der Fassung, daß diese Maßnahme "anzustreben" ist, ist jedoch die Gewähr gegeben, daß Umsetzungen über den bisherigen Rahmen hinaus vermieden werden und der hier aufgestellte Grundsatz wie bisher lediglich vom GBA bei Neueinsatz berücksichtigt wird.

Punkt 7: In der Verpflegung sollen die ausländischen Arbeiter grundsätzlich dieselben Rationen erhalten. Hierzu macht der Unterzeichnete geltend, daß die Verpflegungsätze einmal nach Nationalitäten (Ostarbeiter, Polen, übrige Ausländer) getrennt sind und hierbei den heimatischen Gewohnheiten Rücksicht getragen worden ist. Zum anderen seien die Rationen nach der Einsatzform gegliedert (Lagerverpflegung, selbstbekostigende landwirtschaftliche Deputanten und Selbstversorgerätze bei Einzelsinsatz im Betrieb). Die Rationen der ausländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter seien insofern verschieden, als auf Grund der Staatsverträge verschiedenartige Deputate als Lohnanteil

Wollgehet werden. Eine Vereinheitlichung werde angestrebt. Aus oben genannten Gründen sei aber eine vollständige Vereinheitlichung etwa auf der Grundlage der deutschen Sätze nicht möglich. In Anerkennung dieser Gründe wurde der Satz gestrichen. Darüber hinaus jedoch wurden die Sätze eingefügt, daß die "Verpflegung der gegebenen Vorschriften entsprechend voll ausgeübt werden muß" und daß "Schwer- und Mehrlöhnerzulagen nur bei tatsächlicher entsprechender Leistung gewährt werden dürfen". Gegen diese Zusätze wurden Bedenken in der Besprechung nicht geltend gemacht, abschließende Stellung jedoch vorbehalten.

Punkt 2: Die hier geforderte Hauptregelung der Entlohnung der Arbeiter ist bereits von den Kommissars besprochen. Ein entsprechender Entwurf des GBA, nach dem die Arbeiterlöhne an die Polenlöhne herangeführt werden sollen, geht den Kommissars in Kürze zu. Die Hauptregelung würde einen alten Wunsch der EM, Polen- und Ostarbeiterlöhne im Interesse der Hebung der Arbeitsleistung und der Vereinfachung des Lohnabrechnungsverfahrens zu vereinheitlichen, entsprechen.

Punkt 3: Eine Fliehkindererziehung von kranken und schwachen Arbeiterinnen soll nicht mehr stattfinden, da diese bei uns zu negativen Propagandisten in ihrer Heimat werden. Die Einrichtung von Heimerziehungsstätten in der gewerblichen Wirtschaft weniger schmerzhaften als in der Landwirtschaft bestehen. Sie ist jedoch auch in der Landwirtschaft erforderlich, um insbesondere die Bauernhöfe von der Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte zu befreien. Aus dem gleichen Grunde ist die gemeinsame Unterbringung der ausländischen im Reich lebenden Kinder notwendig. Entsprechende Anträge beim GBA laufen bereits.

Auf Seite 7 des Entwurfs werden die vorstehenden Richtlinien für alle Organisationen, Dienststellen und Einzelpersonen für verbindlich erklärt und die Dienststellen für die ordnungsgemäße Durchführung der Richtlinien verantwortlich gemacht. Letzteres erscheint außerordentlich wichtig, da die Durchführung eines großen Teils der Bestimmungen nicht von Willen der Dienststellen, sondern von den im vierten Kriegsjahr gegebenen beschränkten Möglichkeiten abhängig ist. Die Schaffung ausreichender Bekleidung, Schaffung von Baracken für kranke und im Reich geborene ausländische Kinder.

Auch die in Aussicht genommene schärfere Bestrafung für Verstöße gegen die Richtlinien erscheint bedenklich. Das u.T. unmaßvolle und widerspenstige Verhalten der Ausländer nötigt die Betriebsführer und deren Beauftragten oft, zur Aufrechterhaltung der Arbeitsleistung

der ausländischen Arbeiterschaft scharf einzuschreiten. Sofern es hierbei zu geringen Überschreitungen kommt und diese nicht nur als unpolitische Straftaten, sondern als Sabotageakte und gegebenenfalls als Landesverrat bestraft werden, muß die Stellung der Betriebsführer und ihrer Beauftragten gegenüber den Ausländern erheblich geschwächt werden und eine Unsicherheit in der Behandlung der Ausländer Platz greifen. Diese wird sich in starken Diszipliniertheiten der Ausländer auswirken. Hier wäre in der abschließenden Stellungnahme zu widersprechen.

Staatssekretär Müller hat umgehend, spätestens bis 16. März abschließend zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Der Reichsbauernführer (Dr. Katesaul) sagte zu, umgehend die Stellungnahme des Institut zu uns abzugeben.

//.

//.

In
die Referate II B 2, III B 3, IV 2,
in Haus.

Fristsache 15.3.1943.

Vorstehend übersende ich Abschrift eines Besprechungsvermerks vom 10. März und des Entwurfs mit der Bitte um Stellungnahme. In Rücksicht auf die vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gestellte Frist bitte ich, diese zu beschleunigen.

Referat IV 1 a

ges. Dr. Brendler

Regelung

Regelung

22.7.43

DA 2288/22.7.43/373-8,3

51

Leiter Ost

Berlin, den 22. Juli 1943.

Herrn

Reichsminister

4. Juni 23.7. abgefaßt
ges: vdo ^{24/74} 2/ Schenkensberg 3.8
3/ den. 1.8.43 1. Aug. 1943

R 27/4

Betr.: Zensur von Ostarbeiterbriefen.

Die Ostarbeiter haben das Recht, eine bestimmte Menge Post nach Hause zu schreiben. Da sich die Lage der Ostarbeiter trotz all unserer Anweisungen und Rundschreiben noch immer nicht gebessert hat (Mißhandlungen, Veruntreuung der ihnen zustehenden Lebensmittel, Schikanen) ist natürlich ein großer Teil dieser Briefe negativ. Ich mußte nun leider feststellen, daß die Auslandsbriefprüfstelle nur 30 % dieser Briefe zensurieren kann, weil sie zu wenig Arbeitskräfte hat. Dieser Mißstand muß unter allen Umständen beseitigt werden, denn jeder einzelne dieser negativen Briefe wirkt in den Ostgebieten wesentlich stärker als zehn Broschüren oder Zeitungen von uns.

Ich habe deshalb mit den beteiligten Dienststellen eine Besprechung abgehalten, die zu folgendem Ergebnis geführt hat:

1. Es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, zu einer fast 100 %igen Kontrolle zu kommen. Andernfalls ergibt sich

ein ständiger Strom wirksamer Gegenpropaganda in die besetzten Ostgebiete. Dies hätte zur Folge: wachsende feindselige Einstellung der Bevölkerung, passive Resistenz, Sabotage, Flucht zu den Partisanen, verstärkte Abneigung für den Arbeitseinsatz in Deutschland, was dann wieder, damit die nötigen Zahlen an Arbeitskräften aufgebracht werden, zu der sattem bekannten "Menschenjagd" führt. Um den erforderlichen Status zu erreichen, muß die Briefprüfstelle, eine Dienststelle des OKW, um ca. 1000 Prüfer verstärkt werden. Der Grund, weshalb dies nicht längst geschehen ist, liegt darin, daß bei der Briefprüfstelle nicht genügend Planstellen vorhanden sind, und daß die tarifmäßige Bezahlung zu schlecht ist. Dagegen sind geeignete Arbeitskräfte, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, zu finden. Es brauchen keine Deutschen zu sein. Auch der SB ist der Meinung, daß geeignete Emigranten, die lange genug in Deutschland leben und deren antibolschewistische Einstellung zweifelsfrei feststeht, genügen müssen. Natürlich müssen auch sie wieder durch eine kleine Anzahl deutscher Kräfte stichprobenmäßig überprüft werden.

Da der Leiter der Briefprüfstelle diese Personalzuweisung allein nicht durchsetzen kann, schlage ich vor, daß wir ihn durch einen Brief an das OKW unterstützen, der zweckmäßigerweise vom Herrn Staatssekretär zu unterzeichnen wäre.

2. Ein Großteil unkontrollierter Briefe mit besonders üblem Inhalt wird durch die Ostarbeiter illegal versandt, und zwar auf dem Wege, daß sich deutsche Soldaten dazu hergeben, ihre Feldpostnummer zur Verfügung zu stellen. Das geht so vor sich, daß vor allem Ostarbeiterinnen vor ihrer Abreise einen befreundeten deutschen Soldaten bitten, Briefe für die Angehörigen der Ostarbeiterinnen entgegenzunehmen und an diese weiterzuleiten.

Dieses Nebengeleis muß unter allen Umständen unterbunden werden. Entsprechende Befehle des OKW liegen vor. Es muß aber in den Frontzeitungen, Mitteilungsblättern u.s.w. immer wieder auf dieses Verbot hingewiesen werden, und zwar nicht nur in Befehlsform, sondern auch in der Weise, daß den Männern eingehend die Gründe des Verbotes klargemacht werden. In diesem Sinne werde ich Oberst Martin ersuchen.

3. Die Briefkontrolle der Ostarbeiter dient nicht nur dazu, ungünstige Briefe abzufangen, sondern auch dazu, die tatsächliche Lage der Arbeiter zu erkunden und Mißstände abzustellen. Wenn z. B. aus ein und demselben Lager immer wieder glaubhafte Beschwerden über Mißhandlungen, Unterschlagung der Lebensmittel u.s.w. kommen, so muß in diesem Lager eine Nachprüfung erfolgen. Das hierbei bisher angewandte Verfahren ist unwirksam: Die Briefprüfstelle leitet derartige Feststellungen an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und dieser an die Landesarbeitsunter. Dieses führt nun "Ermittlungen" in den Lagern durch.

Sie bestehen darin, daß die Lagerleitung die Beschwerde zur Stellungnahme bekommt oder aber, daß ein Beauftragter des Landesarbeitsamtes die betreffenden Arbeiter vernimmt. Das Ergebnis ist stets das gleiche: die Lagerleitung behauptet, daß bei ihr alles in schönster Ordnung sei und die vernommenen Ostarbeiter schweigen aus Angst und leugnen, überhaupt jemals in den Briefen über Mißstände geklagt zu haben.

Zum Erfolg kann nur folgendes Verfahren führen: Der SD ist nun soweit, daß er in allen Lagern ein Netz von Vertrauensleuten und Agenten hat. Die Feststellungen der Briefprüfstelle müssen von dieser an den SD geleitet werden, der nun die Richtigkeit durch seine Vertrauensmänner nachprüft. Erst wenn auf diesem Wege ein hieb- und stichfestes Beweismaterial vorliegt, kann auf dem offiziellen Wege über das Landesarbeitsamt ein erfolversprechendes Verfahren eingeleitet werden.

Darüber hinaus empfiehlt es sich, ^{sd/s} wenn auch unsere RPA diese Ermittlungen der Briefprüfstelle bekommen, damit sie selbst und die Gauleitungen sich einschalten können.

In dem zu 1. vorgeschlagenen Brief wird also zweckmäßigerweise das OKW auch gebeten werden, diese Auswertungsergebnisse dem SD und uns zuzuleiten.

4. Wie schon eingangs bemerkt, sind die Zustände in den Lagern leider nicht besser geworden. Dies ergeben sowohl

die Ermittlungen der Briefprüfstelle wie die Feststellungen des SD. Besonders traurig ist, daß ^{2.1} Lagerführer die Nahrungsmittel veruntreuen, die den Ostarbeitern zustehen. Die Folge ist, daß diese nicht nur unzufrieden werden, sondern auch immer weiter in ihrer Arbeitsleistung absinken. In manchen Gegenden ist es schon so, daß Lagerführer besonders begabte Leute sind, weil sie "immer alles haben". Ich habe den SD gebeten, uns einige Fälle nach der Verurteilung zur Kenntnis zu bringen. Ich bitte, zu erwägen, ob eine Veröffentlichung einer harten Strafe einmal erfolgen soll. Dafür spricht, daß in weiten Volkskreisen die Unterschlagung derartiger Lebensmittel keineswegs als ein so verwerfliches Tun betrachtet wird, wie etwa die Beraubung von Postsendungen. Es ist leider z. T. die Meinung verbreitet, daß eine solche Veruntreuung von Lebensmitteln zwar nicht gerade schön sei aber andererseits auch kein Verbrechen, da ja lieber solche "Untermenschen" hungern sollten, als Deutsche. Durch eine Veröffentlichung eines Urteils würde derartigen Leuten klar, daß es sich tatsächlich um ein Verbrechen handelt, und daß dieses auch verfolgt und geahndet wird. Die Ostarbeiter selbst würden sich dann nicht mehr völlig vogelfrei und schutzlos vorkommen. Eventuell käme auch statt einer Veröffentlichung in der Tagespresse eine solche im Mitteilungsblatt für die Kreisleiter in Frage, obwohl nicht zu verkennen ist, daß die erstere Methode natürlich ungleich wirksamer sein würde.

5. Wir haben seit einigen Wochen eine "Bildaktion" laufen:
 Jedes KPA hat in den Ostarbeiterlagern 1000 Fotos aufgenommen, und zwar Gruppenaufnahmen der Ostarbeiter. Jeder der fotografierten Ostarbeiter hat einige dieser Bilder bekommen, die er als Postkarte nach Hause schreiben durfte. Diese Postkarten haben wir in einem besonderen Schnellverfahren montiert und bevorzugt weitergeleitet und ausgeliefert. Dadurch haben die Angehörigen den Beweis bekommen, daß ihre in Deutschland befindlichen Söhne und Töchter leben, gesund sind und sich wohlfühlen. (Wir haben natürlich nur Fotos geschickt bzw. weitergeleitet, die ein wirklich positives Bild geben.) Diese Aktion wird fortgesetzt. Die Vertreter der ^{Bau} ~~Wirtschafts~~stelle und des Wirtschaftsstabes Ost versprochen, für die beschleunigte Durchführung dieser Aktion auch in Zukunft besonders einzutreten.

Heil Hitler!

P 73 a/44 g

An das
Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda
B e r l i n W. 8

Wilhelmplatz

Die Frage der Behandlung der Ostarbeiter im Reich ist von größter politischer Tragweite. Eine unsweckmäßige Behandlung vermindert die Arbeitsleistung, wirkt sich ungünstig auf die Haltung der Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten aus, beeinträchtigt die Stimmung der Hilfswilligen und der aus den Ostvölkern gebildeten militärischen und polizeilichen Verbände und stärkt endlich den Widerstandswillen der Rotarmisten, die bei etwaigen Gefangennahme befürchten, einer noch schlechteren Behandlung als die zivilen Arbeiter ausgesetzt zu sein.

Ferner wirkt sich die Behandlung der Ostarbeiter auch wesentlich auf das Anwerbeergebnis in den besetzten Ostgebieten selbst aus. Da wir weiter großen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften haben, ist damit zu rechnen, daß der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz wünscht, auch aus den besetzten Ostgebieten noch weitere Arbeitskräfte zu erhalten. Aus politischen Gründen sind die bisherigen Methoden der Zwangswerbung, die vielfach zu einem regelrechten Einfangen der Menschen geführt haben, nicht mehr tragbar. Das OKH hat wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Methoden sehr wesentlich zur Verschärfung der Bardenlage beigetragen haben. Es muß daher im wesentlichen eine Werbung mit propagandistischen Mitteln erfolgen. Die beste Propaganda ist aber die Tat und es steht zu erwarten, daß das Anwerbeergebnis in den besetzten Ostgebieten umso besser ausfällt, je korrekter die Ostarbeiter im Reich behandelt werden. Es darf darauf hingewiesen werden, daß wir uns der Propaganda für den Bolschewismus schuldig machen, wenn der Ostarbeiter im nationalsozialistischen Deutschland für ihn schlechtere Verhältnisse antrifft als er sie in bolschewistischen

Staat gewohnt war. Das Deutsche Reich wird auch später auf die Mitarbeit der Bewohner dieser Gebiete angewiesen sein, die Ostarbeiter im Reich so zu behandeln, daß sie später einmal mit der größten Hochachtung vor Deutschland und deutschem Wesen in ihre Heimat zurückkehren, dort willig in unserem Sinne arbeiten und Propagandisten für die deutsche Sache unter der dortigen Bevölkerung werden.

Ich bitte, in geeignet scheinender Weise die in Frage kommenden innerdeutschen Stellen mit diesen Gedankengängen vertraut zu machen und Ihrerseits alles in die Wege zu leiten, was dem aufgezeichneten Ziel dienlich ist.

In Vertretung
gez. Berger

2

59

Betr.: Unterrichtung des Propagandaministeriums über die
Neuregelung des Ostarbeiter-Abzeichens

1. Am 19. 4. fand bei Obergruppenführer Berger unter Beteiligung der Obersten zuständigen Reichsbehörden eine Sitzung über die Neuregelung des Ostarzeichens statt. Der Kreis, der zu dieser Sitzung geladen wurde, wurde von Obergruppenführer Berger bestimmt.
2. Den beteiligten Stellen ging im Anschluss an die Sitzung ein Protokoll zu, das am 22. April in die Hände der Hauptabteilung PPr gelangte. Am 23. 4. machte Herr Maddalena gelegentlich eines Telefongesprächs Herrn Dr. Kurtz mit den Ergebnissen der Berger-Besprechung bekannt und unterrichtete ihn über die wesentlichsten Einzelheiten des vorliegenden Sitzungsprotokolls. Insbesondere wurde Dr. Kurtz (Promi) auch davon unterrichtet, dass die Propaganda für das neue Ostarzeichen trotz der noch nicht vorliegenden Polizeiverordnung bereits am 1. 5. beginnen solle. Im gleichen Gespräch wurde Dr. Kurtz auch die geplante neue Sprachregelung über die Bezeichnung "Ostarbeiter" angekündigt, die im Schnelldienst vom 25. 4. veröffentlicht wurden.
3. Die Gesamtregelung des Ostarzeichenkomplexes wurde dem Propagandaministerium und den übrigen Presse- und Propagandadienststellen im Schnelldienst vom 24. 4. (Nr. 94) mitgeteilt.
4. In der Zeit zwischen dem 24. und 30. April sprach Maddalena telefonisch über das Ostarzeichen und die damit zusammenhängenden Fragen noch einmal mit dem Sachbearbeiter für Ostarbeiterfragen in der Abteilung Ost, Herrn Scharrenbroich, so dass damit die Abteilung Ost in allen Referaten sowie in der Leitung eingehend informiert war.
5. Auf der Dienstag-Konferenz ^{des RMO} für die fremdsprachigen Berliner Ostzeitungen wurden von Herrn Drescher am 27. 4. 1944 alle näheren Einzelheiten der Neuregelung bekanntgegeben. An diesen Sitzungen nimmt regelmässig ein Vertreter der Abteilung Ost, Dr. Leber, teil, um die Belange der Presse- und Propagandaaufarbeit aufeinander abzustimmen. Bei dieser entscheidenden Sitzung war Dr. Leber aber abwesend, ohne vorher seine Nichtteilnahme entschuldigt zu haben; er erkundigte sich auch nachträglich nicht - wie er es sonst immer getan hatte - nach den ausgegebenen Informationen und Weisungen.
6. Nachdem die Informationen seitens des Ostministeriums so bis ins Einzelgehende an das Propagandaministerium herausgegeben waren, wurde in Verbindung mit dem Führungsstab Politik und mit der Dienststelle Sauckel und dem SD die Propaganda über das neue Ostarzeichen am 1. 5. in den besetzten Ostgebieten und in den Ostarbeiter-Zeitungen gestartet. Ein Widerspruch des Propagandaministeriums war bis dahin trotz dieser eingehenden Informationen nicht erfolgt.
7. Um auch in der deutschen Öffentlichkeit diesen Gedanken stärker zu unterstreichen, hatte Dr. Bräutigam für die DOK vom 4. 5. einen Artikel geschrieben. Der zuständige Sachbearbeiter für die deutsche Presse in der Hauptabteilung PPr, Mayer, gab einen Tag vor dem Erscheinen der DOK dem zuständigen Leiter der Reichspresse im Propagandaministerium, Ministerialrat Fischer davon Kenntnis und bat ihn um Unterstreichungen dieses Artikels auf der Reichspressekonferenz. Fischer lehnte diese pressemässige Unterstreichung aber mit dem Hinweis ab, dass diese Angelegenheit zunächst mit dem Minister abgestimmt werden müsse. Daraufhin setzte sich Mayer sogleich mit Ministerialrat Dr. Taubert in

Verbindung, um die Einzelheiten der Veröffentlichung in der deutschen Presse festzusetzen. Zu dieser Besprechung hatte Dr. Taubert ORR. Meyer und Herrn Wiebe hinzugezogen. Während dieser Sitzung ging es zunächst weniger um den Bräutigam-Artikel und die Veröffentlichungsfrage als vielmehr um die Tatsache, dass Dr. Taubert sich bewusst von der Berger-Sitzung ausgeschlossen fühlte. Dr. Taubert betonte vor allem, dass er der Vater des Gedankens gewesen und dementsprechend erwartet hätte, dass er auch zur Schlußsitzung hinzugezogen worden wäre. Weiter erklärte Dr. Taubert, dass eine Veröffentlichung über das neue Ostabzeichen in der deutschen Presse nicht eher erfolgen könnte, als bis die einschlägige Polizei-Verordnung herausgebracht sei. Nach einer Rücksprache mit Kessler vom Reichskriminalamt wäre es ausserdem erforderlich, erst die notwendige Anzahl von den neuen Ostabzeichen zu beschaffen, damit alle Ostarbeiter in der Lage seien, das neue Ostarbeiter-Abzeichen anzustecken.

Im Anschluss daran rief Dr. Taubert mich gegen 16 Uhr auch noch einmal persönlich an, um mich von den gleichen Gedankengängen in Kenntnis zu setzen. Ich hielt ihm daraufhin die in den oben-angeführten Punkten angegebenen Erkenntnisse entgegen, bemerkte aber, dass deswegen nicht ein grundsätzlicher Streit entstehen brauche, sondern dass eine Lösung gefunden werden könne, die allen Teilen gerecht würde. Vor allem unterstrich ich noch einmal, dass ausdrücklich auf der Schlußsitzung bei Obergruppenführer Berger gewünscht sei, dass die Propaganda vor der Vorliegenden Polizei-Verordnung gestartet werden sollte. Abschliessend verständigte ich Dr. Taubert dahingehend, dass ich Mayer bis 17 Uhr zu ihm schicken werde - und zwar mit dem Abschlussprotokoll-, um ihm eine plausible Lösung vorzuschlagen. Selbst konnte ich Dr. Taubert telefonisch an diesem Tage von mir aus nicht erreichen, da die Leitungen des Propagandaministeriums durch Bombenangriffe zerstört worden waren.

9. Mayer ging daraufhin gegen 17 Uhr zu Dr. Taubert und überbrachte ihm von mir folgenden Vorschlag: Man ~~könnte~~ solle auf der Konferenz der Presseabteilung der Reichsregierung ansagen, dass der Bräutigam-Artikel in der DOK nicht eher in den deutschen Zeitungen nachgedruckt werden solle, als bis eine entsprechende DNB-Meldung herauskäme. Dieses ist eine Lösung, die in solchen Fällen allgemein in der Presseführung üblich ist. Dr. Taubert machte den Gegenvorschlag, die betreffende Ausgabe der DOK mit einem gelben Sperrfristzettel zu versehen. Mayer übernahm es sofort, mich davon zu unterrichten, und abschliessend Dr. Taubert meine Stellungnahme bekanntzugeben.

10. Inzwischen erfolgte um 16 Uhr 30 bereits auf der Abendkonferenz der Reichsregierung die Sperrung des Artikels, ohne dass Mayer im Verlauf des etwa gleichzeitig stattfindenden Gesprächs weder von Dr. Taubert noch vorher von der Presseabteilung der Reichsregierung davon unterrichtet worden war.

11. Die Sperrung des Artikels durch die Presseabteilung der Reichsregierung war auch nicht irgendwie bedingt, d.h. dass der Nachdruck solange nicht erfolgen solle, als bis eine DNB-Meldung vorliege, sondern sie war generell und absolut. Daraufhin wurde Obergruppenführer Berger über Hauptsturmführer Brandenburg von der Entwicklung der Dinge in Kenntnis gesetzt.

12. Hauptsturmführer Brandenburg übermittelte dann Staatssekretär Naumann den Entscheid des Obergruppenführers Berger, dass ent-

61

sprechend der Vereinbarung ~~während~~ der Sitzung im SS-Hauptamt unter allen Umständen sofort mit der Propaganda für das neue Ostabzeichen begonnen werden solle. SS-Gruppenführer Müller verständigte seinerseits Staatssekretär Naumann noch dahingehend, dass er die volle Verantwortung dafür übernehme, wenn sich dadurch irgendwelche Weiterungen in den Ostarbeiterlagern ergeben sollten. Daraufhin wurde am 4.5. nach einer gemeinsamen Aussprache zwischen dem zuständigen Sachbearbeiter der Hauptabteilung PPr, Herrn Mayer, und Herrn Dr. Taubert festgelegt, dass nunmehr der DOK-Artikel freigegeben werden solle. Gleichzeitig wurde eine gemeinsam redigierte Meldung besprochen, die zugleich mit dem DOK-Artikel vom Ostministerium an die deutsche Presse gegeben wurde. Das Ergebnis dieser Aussprache wurde am 4.5. auf der Reichspressekonferenz von ORR. Sommer bekanntgegeben.

Herrn Müller

Über den Herrn Hauptabteilungsleiter PPr
an den Herrn Ober des Führungsstabes
Politik.

25.5.

St. R.
30/5.44

62

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
.....3..... Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 6
Nr. 101 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R6 / 101
Ordnungsnummer

R 255

63

11.8.50/40

Oberkommando des Heeres
Gen.St.d.H./Gen.d.Freiw.Verb.

Betr.: Besprechung mit Vertretern der obersten Reichs-
behörden über Besserstellung der Ostarbeiter im
Reich am 31.7.1944, 10 Uhr in Berlin
"Hotel Esplanade". +)

S i t z u n g s b e r i c h t

Die Besprechung wird durch einen grundsätz-
lichen Vortrag des Generals der Freiw.Verbände,
General der Kav. K ö s t r i n g , eröffnet
(siehe Anlage 2).

In Erwiderung auf die Ansprache teilt der Ver-
treter des Reichsministeriums für Volksaufklärung
und Propaganda, Min.Rat Dr. T a u b e r t , mit,
daß ab sofort 10.000 Radiogeräte für die Betreuung
der freiwilligen Arbeitskräfte aus dem Osten zur
Verfügung gestellt worden sind. Ausserdem soll den
Ostarbeitern der Besuch von Kinos grundsätzlich
freigegeben werden.

Die Verteilung des neuen Ostarbeiter-Abzeichens
wird am 20.8. vorgenommen. Am gleichen Tage wird
gemäß Erlass des Reichsernährungs-Ministeriums der
erhöhte Verpflegungssatz Anwendung finden. Die
Bekanntgabe an die Gauleiter und Reichspropaganda-
ämter ist bereits vorbereitet. Min.Rat Dr.Taubert
weist darauf hin, daß die Behandlung der Ostar-
beiterfragen bisher darunter gelitten habe, daß
die Vorbereitung der einschlägigen Verfügungen
wegen der Notwendigkeit der Abstimmung mit den
zahlreichen beteiligten Dienststellen allzu lange
Zeit in Anspruch genommen hat, und stellt ab-
schließend fest, daß er seit 2 Jahren in voller
Übereinstimmung mit dem Gen.d.Freiw.Verb. zu-
sammenarbeite und die Zustimmung des Reichsführers SS
in allen grundsätzlichen Fragen habe.

zu P 845a/44g

+1) Teilnehm. 1091 ohne Anlage 1.

General Köstring dankt dem RPropMin. für seine auch in diesem Falle wieder gewährte tatkräftige Unterstützung. Er beauftragt den Sachbearbeiter beim Gen.d.Freiw.Verb., Sdf.(Z) Prof.Dr. G a l l a s , mit der Leitung der Aussprache.

I. Ernährungsfrage.

Min.Rat D i e t r i c h und Min.Rat W i l l f o r t (RErnMin.) machen Ausführungen über die ab 21.8. in Kraft tretende Neuregelung der Verpflegung der Ostarbeiter.

Bisher haben die Ostarbeiter die gleichen Sätze wie sowjet.Kriegsgefangene erhalten. In Zukunft erhalten sowohl die Ostarbeiter als auch die sowjet. Kriegsgefangenen Verpflegung nach den für die übrigen Kriegsgefangenen geltenden Sätzen. Der Unterschied zum bisherigen Zustand besteht darin, daß die Ostarbeiter künftig mehr Fleisch (freilich nach wie vor nur Pferde- oder Freibankfleisch), Zucker und Fett und anders als bisher auch Käse, Quark, Brotaufstrich, Hülsenfrüchte und Kaffee-Ersatz erhalten. Die höheren Kartoffelsätze bleiben, während an Brot die Zuteilung für Normalverbraucher etwas geringer ist als bisher.

Für ehem.Freiwillige sowie Frauen und Kinder von Freiwilligen sieht die Neuregelung Verpflegung nach den Sätzen für die deutsche Zivilbevölkerung vor. Darüber, ob ihnen auch die für die deutsche Zivilbevölkerung vorgesehenen Sonderzuteilungen zu gewähren sind, soll Fall für Fall entschieden werden.

In der Aussprache wird gegen die Neuregelung eingewandt, daß die Ostarbeiter als freiwillige Arbeitskräfte geworben worden seien und deshalb in der Verpflegung nicht den Kriegsgefangenen, sondern den freien ausländischen Zivilarbeitern gleichgestellt werden müssten, zumal sie unter diesen leistungs- und fleißmäßig an der Spitze stehen.

Die Vertreter des RErnMin. weisen demgegenüber auf die ursprüngliche Haltung der maßgeblichen Dienststellen hin, die Ostarbeiter und sowjet. Kriegsgefangene moralisch gleichgestellt hat. Die Anschauungen hätten sich zwar inzwischen gewandelt, die derzeitige Ernährungslage verbiete es jedoch, den Ostarbeitern, deren Leistung an sich anerkannt werde, mehr zu gewähren als die Sätze der Kriegsgefangenen.

In der weiteren Aussprache wird den Vertretern des RErnMin. von verschiedener Seite entgegeng gehalten, daß es zumindest propagandistisch höchst un- zweckmäßig sei, die den Ostarbeitern zu gewährenden Verpflegungssätze als Kriegsgefangenensätze zu be- zeichnen, und die Bitte ausgesprochen, dies in künftigen amtlichen Verlautbarungen zu vermeiden.

Behandlung der Ostarbeiter.

Die Vertreter des RPropMin. bringen einen Fall zur Sprache, in dem die Leitung eines Ostarbeiter- lagers für Verunreinigung des Lagers Prügelstrafe androht. General K ö s t r i n g weist in einer kurzen entwicklungsgeschichtlichen Darstellung darauf hin, daß die Prügelstrafe, die zur Zeit des Zarismus bestanden hat, von den Bolschewisten abge- schafft worden sei und von den heutigen Russen als besonders entehrend empfunden würde.

Der Vertreter des Reichsführers SS, Krim-Kommissar H ä s s l e r, betont, daß Reichsführer SS seit Jahren das Prügeln von Angehörigen der Ostvölker untersagt hätte. Er bittet dringend um Mitteilung von Einzelfällen, in denen diesem Verbot dennoch zuwidergehandelt wurde, und sagt Abstellung zu. General Köstring und Vertreter Reichsführer SS stimmen in der Auffassung überein, daß einer fal- schen Behandlung von Angehörigen der Ostvölker mit allen Mitteln entgegengewirkt werden müsse. Erwei- terte Zusammenarbeit wird vereinbart.

Min.Rat Dr. T a u b e r t muß infolge Teilnahme an der Ministerbesprechung die Sitzung verlassen.

Anschließend gibt Oberstlt.aus dem W i n k e l , (Kdo.d.Freiw.Verb.), einen Überblick über die Propagandalage bei den Freiw.Verbänden. (Siehe Anl.3)

II. Abgrenzung des Begriffs Ostarbeiter.

1. Zur Stellung der im Arbeitseinsatz befindlichen Angehörigen von Turk- und Kaukasusvölker sowie Kosaken wird festgestellt:

a) Sie sind von der Verpflichtung, Abzeichen zu tragen, befreit und werden nach und nach mit Fremdenpässen ausgestattet. Der Vertreter des Reichsführer SS teilt mit, daß dies zwar in der Reichspolizeiverordnung über Kenntlichmachung der im Arbeitseinsatz befindlichen Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen vom 17.6.44 (siehe Anlage 4) nicht ausdrücklich gesagt sei, die Praxis aber diesen Grundsatz folge.

b) Arbeitsrechtlich (hinsichtlich des Lohnes, der Ausgleichsabgabe usw.) werden die Angehörigen der genannten Völker nach Mitteilung des Vertreters des Reichsarbeits-Ministerium dagegen wie Ostarbeiter behandelt.

c) Die Vertreter des RLMMin. sind mit der Frage bisher antlich nicht befasst worden, sagen jedoch Verpflegung nach deutschen Sätzen für diejenigen Angehörigen der Turk- und Kaukasusvölker sowie Kosaken zu, die mit Fremdenpässen ausgestattet sind.

2. Zur Frage der Herauslösung von Wissenschaftlern und qualifizierten Fachkräften aus dem Ostarbeiterverhältnis, macht Min.Dirigent Dr. B r ä u t i g a n n (Ostministerium) nähere Angaben. Sowohl er als auch der Vertreter des

Reichsführer SS sagen großzügige Handhabung und Erweiterung des bisher vereinbarten Kontingents von 3000 Personen zu. Von Gen.d. Freiw. Verb. wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Vergünstigung insbesondere auch den verdienten Mitgliedern der landeseigenen Verwaltung und den im Dienst der Truppe bewährten V-Personen zu gewähren. Der Vertreter des Reichsführer SS erklärt sich bereit, solche V-Personen für den Einsatz in Ostarbeiterlagern zu übernehmen.

Angehörige von Freiwilligen.

Gen.d. Freiw. Verb. fordert Herausnahme nicht nur der Ehefrauen und Kinder, sondern auch der Eltern und Geschwister der Freiwilligen aus den Ostarbeiterverhältnis. Vertreter Reichsführer SS erklärt, es könne von der Regelung der Reichspolizeiverordnung nicht abgegangen werden. Es würde sonst eine Kette ohne Ende geschaffen.

Übereinstimmung (Gen.d. Freiw. Verb., Vertreter Reichsführer SS, OKH/Verb. Stab Wi-Stab Ost) ergibt sich jedoch darüber, daß gegenüber den Familien von Freiwilligen, die jetzt in geschlossenen Trecks ins Reich zurückgeführt und gemeinsam untergebracht und zur Arbeit eingesetzt werden, die Bestimmungen großzügig gehandhabt, insbesondere die Ärmelstreifen allen Angehörigen, nicht nur den Ehefrauen und Kindern, verliehen werden sollen.

Ob. Reg. Rat F i n s t e r w a l d e r (RMin.d.J.), sagt hierbei die Aufnahme von 12 000 Freiwilligen-Angehörigen im Raume Schleswig-Holstein-Mecklenburg in gutem und zweckentsprechenden Arbeitseinsatz, vordringlich in der Landwirtschaft, zu.

Ostarbeiterabzeichen.

Gen.d.Freiw.Verb. fordert Beseitigung der Abzeichen für alle Ostarbeiter oder Einführung von Abzeichen für alle ausländischen Zivilarbeiter. Vertreter Reichsführer SS teilt hierzu mit, daß auch Reichsführer SS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und als Hauptamtsleiter für Volkstumsfragen der NSDAP grundsätzlich ein Abzeichen für jedes Volkstum angestrebt habe. Aus aussenpolitischen Gesichtspunkten sei dies jedoch nicht durchführbar gewesen. Auf eine Kennzeichnung der Ostarbeiter in ihrer Gesamtheit könne aus Sicherheitsgründen nicht verzichtet werden. Es sei jedoch mit der Schaffung des zum Besuch öffentlicher Veranstaltungen berechtigenden Ärmelstreifens für ehem.Freiwillige und die Ehefrauen und Kinder von Freiwilligen den berechtigten Wünschen des Gen.d. Freiw.Verb. entgegengekommen worden.

Gen.d.Freiw.Verb. schlägt vor, für die ehem. Freiwilligen und Freiwilligen-Angehörigen an Stelle des allgemeinen nationalen Abzeichens und des zusätzlichen Ärmelstreifens das Abzeichen der R.O.A. (für Russen und Weißruthenen) und des Ukrain.Befr. Heeres (für Ukrainer) zu verwenden. Diese Abzeichen würden als Wehrmachtstraditionsabzeichen und daher nicht als herabsetzend empfunden werden. Der Vertreter Reichsführer SS erklärt diesen Vorschlag, soweit er die ehem.Freiwilligen betrifft, für durchaus erwägenswert, bittet jedoch, zunächst die Auswirkung der neu eingeführten Abzeichen abzuwarten und dann gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Vertreter Reichsführer SS teilt in diesem Zusammenhang mit, er habe für die Sitzung vom Reichsführer SS die Weisung erhalten, jede Maßnahme zu unterstützen, die geeignet sei, die Kampfkraft der Freiw.Verbande zu stärken, sofern nur die Sicherheit des Reiches gewährleistet sei.

Ausgehbeschränkung.

Gen.d.Freiw.Verb. befürwortet grundsätzlich die Aufhebung der Ausgehbeschränkungen für alle Ostarbeiter und damit deren Gleichstellung mit den übrigen zivilen Arbeitskräften, verschließt sich jedoch nicht den von dem Vertreter des Reichsführer SS erhobenen Bedenken, der insbesondere auf die Gefahr hinweist, daß damit der an sich schon knappe Raum in den Kinos und Gaststätten zu Lasten der deutschen Bevölkerung noch weiter eingeschränkt werde.

Gen.d.Freiw.Verb. und der Vertreter Reichsführer SS stimmen jedoch darin überein, daß zum Ausgleich in erhöhtem Maße für Veranstaltung von Sonder-Kinoverführungen und die Einrichtung von besonderen Gaststätten für Ostarbeiter Sorge zu tragen ist.

Vertreter RPropMin. teilt mit, daß mit der filmischen Betreuung der Ostarbeiter die Reichspropagandaleitung beauftragt ist und daß die Auflage der Ostwechenschau erhöht werden wird. Sondervorstellungen für Ostarbeiter könnten beispielsweise am Sonntag Vormittag eingerichtet werden. In Großbetrieben laufen sie bereits jetzt.

Zur Frage der Beschränkung in der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln teilt der Vertreter Reichsführer SS mit, die Verkehrsmittel seien jetzt grundsätzlich auch für Ostarbeiter freigegeben.

Für die Leitung und Ausgestaltung der Gaststätten für Ostarbeiter wird die Zuziehung in der landeseigenen Verwaltung des Ostens bewährter Kräfte vorgeschlagen. Min.Rat Dr. R u d n a n n (RMin.d.J.) weist darauf hin, daß die Durchführung in den Händen der DAF und des Reichsnährstandes läge.

Unterbringung.

Es wird festgestellt, daß die ungünstigen Verhältnisse der ersten Zeit sich inzwischen dank der Initiative der DAF, des GBA und der Betriebsführer wesentlich verbessert haben. Vertreter Reichsführer SS teilt mit, daß kein Lager mehr mit Stacheldraht umzäunt sein dürfe. Soweit Sonderfälle noch bekannt werden sollten, wird um Mitteilung gebeten und Abstellung zugesagt.

Übereinstimmung besteht darüber, daß die ehem. Freiwilligen und die Angehörigen von Freiwilligen gesondert von den übrigen Ostarbeitern untergebracht und eingesetzt werden müssen, sowohl, um die Verwirklichung der ihnen gewährten Vergünstigungen in Ernährung und Behandlung sicherzustellen, als auch um des Arbeitsfriedens willen. Die Stellungnahme des GBA zu den entsprechenden Vorschlägen der Zentralstelle für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte (Hauptdienstleiter Gohdes), denen auch Reichsführer SS zugestimmt hat, steht noch aus, ist aber für die nächsten Tage zu erwarten.

Die neu anfallenden ehem. Freiwilligen und Freiw.-Angehörigen sollen von vornherein geschlossen untergebracht werden. Schwierigkeiten bestehen dagegen für die bereits im Arbeitsprozess Befindlichen, da bei dem vorzunehmenden Austausch die Betriebe eingearbeitete Arbeitskräfte abgeben müssten. Hier sollen das Amt für Arbeitseinsatz und die DAF wenigstens gesonderte Unterbringung innerhalb der einzelnen Ostarbeiterlager durchführen.

Dem Vorschlag der Dienststelle Gohdes, den gesonderten Unterkünften der Freiw.-Angehörigen Urlaubeheime anzuschließen, in denen die Freiwilligen gemeinsam mit ihren im Arbeitseinsatz befindlichen Angehörigen den Urlaub verbringen können, wird von allen Beteiligten zugestimmt.

Gen.d.Freiw.Verb. weist in diesen Zusammenhang darauf hin, daß die Eheschließung zwischen Freiwilligen und Ostarbeiterinnen Förderung verdiene, weil solche Familiengründungen den Freiwilligen noch stärker an das Reich binden, ausserdem auch einen Schutz für die deutsche Frau bedeuten.

Krim.Komm. H ä s s l e r erklärt, daß von Standpunkt des Reichsführer SS gegen solche Eheschließungen keine Bedenken beständen.

Min.Dirig.Dr. B r ä u t i g a n teilt mit, daß das Ostministerium zur Zeit im Einvernehmen mit dem Reichsjustizministerium die Herausgabe von Bestimmungen über das Eheschließungsrecht für Angehörige der Ostvölker vorbereitet. Die Zuziehung landeseigener Rechtspflegekräfte ist geplant.

Ärztliche Versorgung.

Gen.d.Freiw.Verb. fordert angemessene ärztliche Versorgung, insbesondere Besserung im Entbindungswesen. Min.Rat Dr. R u d n a n n teilt mit, daß der Aufbau eines landeseigenen Lazarettwesens gefördert werde und daß zu diesen Zweck zur Zeit alle im Arbeitsprozess eingesetzten russischen Ärzte herausgezogen würden.

Bekleidung.

Es wird festgestellt, daß der Ausstattung der Ostarbeiter mit Bekleidung mit Rücksicht auf die angespannte Spinnstofflage enge Grenzen gezogen sind. Gen.d.Freiw.Verb. regt bevorzugte Berücksichtigung von Angehörigen besonders bewährter Freiwilliger an.

Arbeiterschutz-Bestimmungen für Ostarbeiter.

Reg.Rat Dr. B l u m e n s a a t (G.B.A.) berichtet über die gegenwärtige Rechtslage und kündigt die bevorstehende Erstellung der Unfallversicherung an.

Erfassungswesen.

Gen.d.Freiw.Verb. bittet, dafür Sorge zu tragen, daß die an die Zentralauskunftstellen für Ostvölker zu richtenden Suchkarten in die Hand jedes Ostarbeiters gelangen. NVO Rat Dr. O l. b (OKH/Gen.Qu./V-Stab Wi-Stab Ost) teilt hierzu mit, daß die Verteilung der Suchkarten Sache der DAF und des Reichsnährstandes sei.

Die Ausweise für Familienangehörige von Freiwilligen werden nach Auskunft des Vertreters Reichsführer SS durch die zuständige Ortspolizeibehörde ausgestellt, an die zweckmäßigerweise die Truppe eine entsprechende Bescheinigung sendet.

Propaganda-Maßnahmen.

Übereinstimmend wird als vordringliche Aufgabe der Propaganda bezeichnet, innerhalb der deutschen Bevölkerung und bei den lokalen Dienststellen Verständnis für die völkische Eigenart und die Leistung der Ostarbeiter zu erwecken, die Öffentlichkeit über Einsatz und Verdienste der Freiwilligen aus dem Osten zu unterrichten und die neuen Bestimmungen für Ostarbeiter hinsichtlich Ernährung und Abzeichen in geeigneter Form bekannt zu geben.

Der Vertreter des Hauptdienstleiter Gohdes, SS-Standartenführer v. B r o c k h a u s e n , teilt mit, daß das Hauptschulungsamt der NSDAP im Auftrage der Parteikanzlei Material über ausländische Arbeitskräfte zur Aufklärung des deutschen Volkes beschafft und Schulungskurse sowie andere geeignete Maßnahmen vorbereitet. Gleichzeitig werden die in Deutschland arbeitenden Völker über Deutschland aufgeklärt werden.

Den Wunsche Gen.d.Freiw.Verb. zufolge wird an den laufenden Besprechungen beim Reichssicherheits-Hauptamt ein Vertreter des Gen.d.Freiw.Verb. teilnehmen.

Im Auftrage OKW/WPr. weist Hauptmann v. G r o t e darauf hin, daß die im Verlaufe der Sitzung besprochenen praktischen Maßnahmen erst dann einen vollen Erfolg versprechen, wenn sie von einer politischen Zielsetzung für die Angehörigen der Ostvölker begleitet würden.

Abschließend stellt General K ö s t r i n g fest, daß er sich mit Genugtuung von dem wachsenden Verständnis aller beteiligten Stellen für die Bedeutung und Dringlichkeit einer befriedigenden Lösung der Ostarbeiterfrage für die Stärkung der Kampfkraft und Einsatzfreudigkeit der landeseigenen Freiwilligen habe überzeugen können. General Köstring bittet um eine möglichst schnelle Durchführung aller besprochenen Maßnahmen.

-.-.-

14

Anlage 1

Teilnehmer
an der Besprechung am 31.7.1944

N a m e	Dienststellung bzw. Dienstgrad	vertretene Dienststelle
Dr. Rudmann	Min. Rat	Reichsmin. d. J.
Finsterwalder	Ob. Reg. Rat	"
Hässler	Krim. Kommissar	Reichsführer SS/Reichs- sicherheitshauptamt
Dr. Taubert	Min. Rat	Min. f. Volksaufkl. u. Prop.
Kuhn	Sd. Beauftr. f. Betreuung	"
Wiebe	Referent	"
Dr. Dietrich	Min. Rat	Reichsbern. Min.
Dr. Willfort	Min. Rat	"
Dr. Bräutigam	Min. Dirigent	Reichsmin. f. d. bes. Ostgeb.
Dr. Knüpffer	<u>Min. Rat</u>	"
Dr. Hinpel	Gruppenleiter	"
v. d. Milwe-Schroeden	<u>Gen. Referent</u>	"
Dr. Blunensaat	Reg. Rat	G. B. A.
v. Breckhausen	SS-Stand. Fhr.	Zentr. Stell. f. d. Betr. ausl. Arb. Kräfte (Dienststelle Gehdes)
Linker	Oberstlt.	Rüstungsamt
v. Grote	Hauptmann	OKW/WFSt/WFr.
Plantz	Oberstlt.	BA/OKW/G. B. A.
Dr. Richter	Oberst. Int.	OKH/GenStdH/GenQu/IVa
Dr. Olb	MVO Rat	OKH/GenStdH/V-Stab Wi-Stab Ost
Rothfelder	Hauptmann	OKH/Ch H Rüst u. BdE/AHA
Hiedel	Oberstlt.	OKH/Ch H Rüst u. BdE/ Kdo. d. Freiw. Verb.
aus den Winkel	Oberstlt.	"
Zill	Oberlt.	"
Mostring	General d. Kav.	OKH/GenStdH/Gen. d. Freiw. Verb.
Roepke	Major	"
v. Herwarth	Rittmeister	"
Michel	Oberlt.	"
Gallas	Sdf. (Z)	"

zu P 845a/44g.

300-44pa.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
12 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 6
Nr. 162 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

Rb 1 / 162

Ostministerium

Bitt um Rückgabe

76

Betr: Rundfunksendung für die Ostarbeiter am 27. August 1944.

Am Sonntag, den 27. August 1944 wird die

Verleihung der nationalen Symbole für die Ostarbeiter anstelle des bisherigen Ostarbeiterabzeichens durch eine Kundgebung der Ostarbeiter in Berlin eingeleitet. Diese Kundgebung wird im Rundfunk übertragen. Sie soll, soweit irgend möglich, in allen Ostarbeiterlagern als Gemeinschaftsempfang ausgestaltet werden.

Im Rahmen der Kundgebung sprechen:

der ehemalige sowjetische Fliegeroffizier Oberst M a z e w
(für die russischen Arbeiter)

der ehemalige Oberbürgermeister von
Charkow, Semenenko
(für die ukrainischen Arbeiter)

und der Präsident des weissruthenischen
Zentralrates, Ostrowski
(für die weissruthenischen Arbeiter).

Die Reichspropagandaämter bzw. Gaupropagandaleiter werden gebeten, in Verbindung mit den Gauverbänden der DAF den Gemeinschaftsempfang in den Ostarbeiterlagern zu organisieren.

Die Übertragung erfolgt über folgende Sender:

Luxemburg	223 khz	1293 m
Donau	922 "	3254 "
Weichsel	244 "	1339 "
d x l 7	11885 "	25,24 "
d x c 2	11740 "	25,55 "
Modohn	583 "	514.6 "
d x z	9570 "	31.35 "

in der Zeit von 12.00 bis 12.30 Uhr.

Sie wird wiederholt in der Zeit von 16.30 bis 17.00 Uhr über die Sender:

Bordeau-Neac	1077 khz	278.6 m	Wellenlänge
Limours	959 "	312.8 "	"
Rennes-Thourie	695 "	431.7 "	"

Es ist dringend erwünscht, dass in den Gauen selbst bei dieser Gelegenheit in wenigstens einem grossen Ostarbeiterlager Parallelkundgebungen veranstaltet werden, auf denen führende Männer des Gaues zu den Ostarbeitern sprechen. Hierzu ergelen noch nähere Anweisungen, in denen insbesondere der Programmablauf, wie er übertragen wird, und kurze Richtlinien für die Ausführungen der deutschen Redner mitgeteilt werden.

Vorbedingung für die Durchführung der örtlichen Parallelkumbgebungen ist, dass die Ostarbeiter des in Frage kommenden Lagers bei dieser Gelegenheit ebenfalls die neuen Kennzeichen erhalten. Es wird deshalb gebeten, bei der örtlichen Polizeidienststelle für diesen Zweck die benötigte Anzahl der Kennzeichen umgehend anzufordern.

Behandlung der Ostarbeiter.

Hierzu wird zur Information der Staats- und Parteidienststellen ergänzend mitgeteilt:

Die Verleihung der neuen Abzeichen, die mit einer Verbesserung der Lebensmittelzuteilungen zusammenfällt, veranlasst uns, die Behandlung der Ostarbeiter und das Verhalten der Volksgenossen zu ihnen einer Prüfung zu unterziehen.

Im Laufe der letzten Monate sind hunderttausende Angehörige der Ostvölker Soldaten in den Reihen der deutschen Wehrmacht geworden. In den letzten Wochen sind sie im Osten und in Frankreich zum Kampf eingesetzt worden und haben sich fast ausnahmslos hervorragend geschlagen und zum Teil schwerste Verluste erlitten. Sie tragen auf Befehl des Führers deutsche Wehrmachtsuniformen, deutsche Rangabzeichen und erhalten auch die deutschen Tapferkeitsauszeichnungen (einschliesslich des EK.).

Diese Männer setzen ihr Blut und Leben für Deutschland ein und haben infolgedessen Anspruch darauf, als Kämpfer mit Achtung und Anerkennung behandelt zu werden.

Es geht unter keinen Umständen an, dass Männer aus den Reihen der Ostfreiwilligen, die etwa verwundet und mit dem EK in deutscher Uniform ins Reich auf Urlaub fahren ihre Brüder und Schwestern, die Ostarbeiter, in einem Zustand vorfinden, der in den Freiwilligen jede Kampfbereitschaft für Deutschland zerstören und im Gegenteil zu einer schweren Stimmungslage dieser Verbände führen würde. Deshalb und mit Rücksicht auf die Leistung der Ostarbeiter für die deutsche Rüstung muss unser Verhalten den Ostarbeitern gegenüber so beschaffen sein, dass sie nicht das Gefühl haben, in der Fremde ein Sklavendasein zu führen, sondern dass sie im Lande ihrer Befreier ein anständiges und menschenwürdiges Dasein finden.

Mit aus diesen Gründen hat sich die Reichsführung zu diesen Maßnahmen entschlossen. Diese können jedoch die erwünschte Wirkung bei den Ostarbeitern nur herbeiführen, wenn auch alle Volksgenossen im selben Sinne tätig werden.

Im einzelnen:

- 1) Es muss nun aufs Schärfste darauf geachtet werden, dass Misshandlungen, Veruntreuungen von Lebensmitteln, verächtliche und ehrkränkende Behandlung unterbleiben.
- 2) Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Ostarbeiter, wenn sie anständig sind und zuverlässig und gut arbeiten, auch entsprechend behandelt werden müssen.

- 3) Immer müssen die Ostarbeiter **g e r e c h t** behandelt werden, d.h. es dürfen keine Strafen verhängt werden, die nicht verdient sind. Es darf nur der bestraft werden, der eindeutig als schuldig ermittelt ist. Verfehlungen des deutschen Personals, Übergriffe, Veruntreuungen usw. müssen wirklich mit durchgreifenden Massnahmen geahndet werden. Der Ostarbeiter muss das Gefühl erhalten, dass er nicht vogelfrei ist, sondern dass es auch für ihn eine Gerechtigkeit gibt.
- 4) Diese Massnahmen dürfen aber nicht zu dem Fehler führen, dass wir von einem Extrem ins andere fallen. Der Abstand, der sich aus der Rolle unseres Volkes als Führungsmacht ergibt, muss immer gewahrt bleiben. Würdeloses Anbieten hat unter allen Umständen zu unterbleiben. Es darf niemals vorkommen, dass vor einem Übergriff verbrecherischer oder kommunistischer Elemente zurückgewichen wird. Wir müssen uns darüber klar sein, dass es immer einen gewissen Prozentsatz gegnerischer Elemente unter den Ostarbeitern geben wird. Diese bekommen durch die Frontlage Auftrieb und werden sich bemühen, die jetzt getroffenen Massnahmen als Schwäche darzustellen. Deshalb muss jedem wirklich entlarvten Kommunisten und Verbrecher mit allergrösster Schärfe entgegengetreten werden.

Aber eben nur diesen gegenüber und nicht den Harmlosen und Gutwilligen! Ein Deutscher, der durch fahrlässiges Verhalten bei der Ermittlung von Schuldigen Unschuldige schweren Strafen aussetzt, begeht ein ungeheuerliches Verbrechen an unseren Kriegsanstrengungen, denn er schafft böses Blut unter den Menschen, die wir für unsere Kriegsanstrengungen dringend brauchen. Es muss also stets der Gutwillige und Fleissige anständig und gut behandelt werden, der Kommunist und Verbrecher aber noch schärfer als bisher.

Die Behandlung der Ostarbeiter ist ein Problem von ausserordentlicher Bedeutung und Wichtigkeit. Dies ist noch nicht allem Volksgenossen klar geworden. Es kommt heute noch vor, dass die Ostarbeiter als "Untermenschen" oder "Bolschewiken" bezeichnet werden, obwohl doch nur ein ganz kleiner Prozentsatz als Auswurf des grösststädtischen Proletariats zum Untermenschentum zu rechnen und nur ein kleiner Teil bolschewistisch gesonnen ist. Es geht in Zukunft nicht an, dass eine falsche Behandlung der Ostarbeiter infolge mangelnder Einsicht, Fahrlässigkeit oder gar aus selbstsüchtigen Gründen erfolgt. Es muss vor allem Aufgabe der Parteidienststellen sein, für die richtige Behandlung der Ostarbeiter mit grösster Energie einzutreten und Missbräuche jeder Art schnellstens und radikal auszurotten. Es muss allen Parteigenossen klar sein, dass Fehler auf diesem Gebiet sich entweder im Rückgang unserer Rüstungsproduktion oder im Verderben der Stimmung der Freiwilligenverbände bemerkbar machen. In beiden Fällen muss diese Fehler der deutsche Soldat mit seinem Blut bezahlen.

Die zuständigen Reichszentralbehörden sind entschlossen, gegen derartige Mißstände nunmehr mit grösster Schärfe vorzugehen.

Im Auftrag:

gez. T a u b e r t
Ministerialrat

im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

29
FORCE

C 10 8011224

~~offiz. Amtsgruppe~~
enz, den 12.8.1944.

Reichspropagandaamt Moselland

N/St

00067

Rundschreiben 405/258

Doc See

Beigefügt übersende ich eine Anweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda über die Durchführung von Gemeinschaftsempfängen der Rundfunksendung für die Ostarbeiter am 27. August 1944 anlässlich der Verleihung der nationalen Symbole anstelle des bisherigen Ostarbeiterabzeichens.

Die Kreispropagandaleiter sorgen in Verbindung mit den Kreisobmännern der DAF und den Kreisamtsleitern für Volkstumsfragen für die ordnungsgemäße Durchführung dieser Gemeinschaftsempfänge und melden umgehend die vorgesehenen Veranstaltungen. Dabei ist besonderer Wert auf die Durchführung von Parallelkundgebungen in den dazu geeigneten Lagern zu legen.

Gleichzeitig ergeht nochmals eine Anweisung für die Behandlung der Ostarbeiter. Die Beachtung und Einhaltung der damit gegebenen Richtlinien muss mit allem Nachdruck gefordert werden.

Heil Hitler!
In Vertretung:

Münch

Verteiler:

Kreispropagandaleiter
Kreisobmänner der DAF
Kreisamtsleiter für Volkstumsfragen

Nachrichtlich:
Gauhauptamtsleiter
Gauamtsleiter
Kreisleiter
Führer der Gliederungen

*an DAF und BKK
Rücksendung
1944*

VI 10

Promi

Behandlung der
Ostländer

hier:

hauptsächlich

Betreuung

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

17 4 / 64

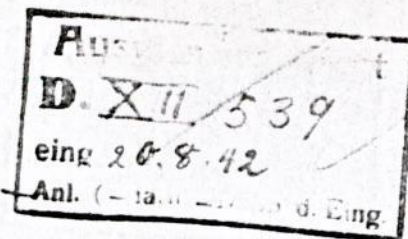
(RSHA)

Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda

Berlin W 8, den
Wilhelmplatz 8-9
Fernsprecher: 11 0014

12. August 1942.

Geschäftszeichen Pro G 2230/27.7.42/41-7,14.
(In der Antwort anzugeben)



An
das Auswärtige Amt

in
Berlin.

Betrifft: Gottesdienst für Ostarbeiter.

Es ist folgendes nach hier berichtet worden:

"Am Sonntag, den 19. Juli 1942 wurde in der katholischen Kirche zu Lüdinghausen bekanntgegeben, dass auf Wunsch der Ukrainer am Dienstag, den 21. Juli 1942 ein Gottesdienst stattfinden würde. Der Gottesdienst, an dem 81 Ukrainer teilgenommen haben, hat tatsächlich um 8 Uhr stattgefunden. Der Gottesdienst wurde abgehalten von dem ukrainischen Geistlichen Michael

Moskalyk.

Kirche 4 Lüdinghausen

Moskalyk, Bremen, Falkenstr. 49. Moskalyk soll im Besitz eines Ausweises bzw. einer Genehmigung vom Auswärtigen Amt und dem Ministerium für kirchliche Angelegenheiten gewesen sein."

Es wird angefragt, ob Moskalyk tatsächlich im Besitz eines solchen Ausweises ist.

Im Auftrag

gez. Dr. Albrecht.



Beglaubigt

Ranzleingestellte

Gesch.
Abteilung A
Im Auftr.

14. Aug.

Handwritten notes:
TV 10
Vollkommen
Lohn in 1. Hälfte
und D X für 1/2
für 1941.

Handwritten notes:
bei D X
Vorgang
22. Aug. 1942

Konzert/Ha.

WHA Kolrep

Berlin, den... 2. September 1942

Hb

- D XII 539/42 -

1.) An

das Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda

B e r l i n W 8

Wilhelmplatz 8/9

Vorgang: Dortiges Schreiben Pro G.
2230/27.7. 42/41 - 7,14 vom
12.8.42

Betrifft: Gottesdienst für Ostarbeiter.

Der ukrainische Geistliche Micheal
Moskalyk, Bremen, Falkenstr. 49, ist dem
A.A. nicht bekannt.

Die Behauptung, M. befindet sich im Be-
sitze eines Ausweises bzw. einer Genehmigung
vom A.A. zur Abhaltung von Gottesdiensten
vor den Ostarbeitern, dürfte deshalb nicht
zutreffen. Ob eine derartige Bescheinigung
vom Reichsministerium für die kirchlichen
Angelegenheiten ausgestellt worden ist, ent-
zieht sich meiner Kenntnis.

Heil Hitler!

Im Auftrag



Vor Abgang:
D 1 zur Mitz.

Just 29.

2.) Wv.

Wv. My 9/4.

ab 3/9. 44

Der Sonderbeauftragte
für die Arbeitskräfte
aus den besetzten Ostgebieten

Berlin G2, den 18. Sept. 43
Neue Königstr. 27/37
Fernsprecher 52 00 18

Es ist mit dem Metropoliten Serafim eine Vereinbarung getroffen, dass die Ausbildung der Laienprediger in folgender Weise erfolgen wird:

Als Ausbilder werden eingesetzt:

Pfarrer Alexander Griep-Kisselow und Pfarrer Paul Nöcke
(s.Zt. bei der Antikomintern betätigt.)

Die einzelnen Lehrgänge werden mit einem Zeitraum von 14 Tagen begrenzt und hat die Ausbildung durch die beiden obengenannten Herren so zu erfolgen, dass eine Einsetzung der Lehrgangsteilnehmer als Laienprediger im Sinne des Metropoliten Serafim durchgeführt werden kann. Während der Ausbildung werden die beiden obengenannten Priester vom Ostministerium bezahlt.

Sollte sich ergeben, dass unter den zu Laienpriestern vorgeschlagenen Ostarbeitern sich solche befinden, die die nötige Vorbildung besitzen, so werden dieselben dem Metropoliten Serafim vorgestellt und von ihm zu Priestern geweiht. Dadurch würde sich dann die Zahl der Ausbilder entsprechend erhöhen. Die obengenannten beiden Ausbilder, solange geweihte Priester aus der Zahl der Ostarbeiter noch nicht zur Verfügung stehen, Taufen, Begräbnisse und andere kirchliche Zeremonien vorzunehmen.

Es ist vom Metropoliten Serafim verfügt worden, dass die obengenannten Herren der Dienststelle des Sonderbeauftragten für die Dauer von mindestens drei Monaten voll und ganz zur Verfügung stehen. Von einem dieser Herren wird ausserdem eine Kanzlei geführt, in der alle Tauf-, Todes- und Eheschliessungs-Fälle sowie alle anderen kirchlichen Handlungen registriert werden; ferner werden an dieser Stelle alle für die kirchlichen Handlungen notwendigen Bücher, Heiligenbilder usw. verwaltet, resp. angeschafft, und zwar auf Kosten des Ostministeriums.

Durch diese Vereinbarung ist uns von Seiten des Metropoliten Serafim jedwede Unterstützung zugesagt worden und wird derselbe alles daran setzen, dass die Ausbildung den kanonischen Regeln entsprechend durchgeführt wird.

Die unter den Ostarbeitern befindlichen Diakone werden ebenfalls sofort zu Priestern geweiht und können kirchlichen Handlungen durchführen.

Für die Laienprediger und Geistlichen sind folgende Entgeltsätze vorgesehen:

- | | |
|--|---------------------|
| 1.) für Evangelisten und Vorbeter (Tschtezy) | RM.150.-- monatlich |
| 2.) für Psalmisten (Psalomtschiki) | " 175.-- " |
| 3.) für geweihte Priester | " 250.-- " |

(L.S.) gez. Metropolit Seraphim

(L.S.) gez. Miller
Chef des Aussendienstes

Prodr

Zur Sonderauftragte
Hoffmann/pl.

Berlin, dem 25.9.43.

V e r m e r k .

Am 23.9.43 fand in der Abteilung des Propaganda-Ministeriums Kanonierstr. 40 , eine Besprechung über die Laienprediger-Aktion statt. Es nahmen teil :

von Seiten des Propamin: die Herren Wiebe, Weiss und Scharrenbroich

von Seiten des SB.Ost: Konsul Miller und Referent Hoffmann.

In fast zweistündiger Aussprache wurden die Herren des Propamin über den Aktionsplan bezüglich der Laienprediger informiert. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Inangriffnahme der der Laienprediger-Schulung keinerlei Aufschub erleiden darf, und die Aktion beschleunigt durchgeführt werden muss. Seitens der Vertreter des Pro-Mi wurde die Wichtigkeit der Angelegenheit vollauf anerkannt und jegliche Unterstützung zugesagt. Grundsätzlich ist für die Aktion eine monatliche Unterstützung von RM. 25.000.-- vorgesehen worden. Diesbezügliche Bedürfnisse sollen Herrn Scharrenbroich angemeldet werden, der dann das Nötige veranlasst. Ferner wollte das Pro-Mi auch die Deckung der Unkosten für Drucksachen, Beschaffung von Bekleidung und Anschaffung von Kultgegenständen übernehmen. Ein Text- und Notenbuch kirchlicher Gesänge wurde zur Ansicht übergeben und versprach das Pro-Mi uns Bescheid darüber zu geben, ob eine Drucklegung (10 000 Exemplare) erfolgen kann.

Die obenbezeichnete Finanzierung ist lediglich eine Zwischenlösung anzusehen, da nach endgültiger Regelung der Besoldungs- und Unterhaltsfrage mit der DAF. die Kosten ohnehin aus dem der DAF. vom Pro-Mi zur Verfügung gestellten Gesamtbetrage von RM. 250.000.--RM. bestritten werden sollen. Diese Zwischenlösung musste aber erreicht werden, da durch die letzthin aufgetauchten Schwierigkeiten mit der DAF. eine längere Verzögerung der Laienprediger-Schulung zu entstehen droht.

Eine vorläufige Aufstellung unseres Bedarfes sowie eine Abschrift der mit Metropolit Serafim getroffenen Vereinbarung ist bei dieser Gelegenheit ausgehändigt worden.

gez. Hoffmann

1.) Herrn Staatsrat Henningsen

2.) Herrn Hauptabteilungsleiter Trint.

zur Kenntnis

gez. Henningsen
gez. Trint

Berlin, den 2. Februar 1944

Referent: Rosenfelder

Geheim!V e r m e r k

1/ 44-Kasiphtf.

Baudenkmal z. K. / 29

2/ p. d. a

4. 2. 44

für den Leiter der Führungsgruppe P 4
Herrn von der Milwe-Schröden
im Hause.

MS 1512

Betr.: Besprechung in der Partei-Kanzlei über die seelsorgerische
Betreuung der Ostarbeiter am 29. Januar d.J.

Auf Einladung der Partei-Kanzlei fand am 29.1. im Dienstgebäude der Partei-Kanzlei in Berlin, Wilhelmstrasse 62, eine abschliessende Besprechung über die Ostarbeiterseelsorge statt. Aus dem Ostministerium waren vertreten: Staatsrat Henningsen, Dr. Trint, Rosenfelder.

Ferner waren vertreten:
Die Dienststelle Gauleiter Sauckel,
das Reichssicherheitshauptamt,
das Arbeitsministerium,
das Propagandaministerium,
das Innenministerium.

Die Besprechung leitete Ministerialrat Dr. Krüger von der Partei-Kanzlei.

Die Besprechung ergab Einigkeit über folgende Punkte:

- 1.) Die seelsorgerische Betreuung darf nicht den Rahmen des unbedingt notwendigen überschreiten. Es muss jede Missionierungsmöglichkeit vermieden werden.
- 2.) Die Seelsorge durch sogenannte Laiengeistliche ist unerwünscht. Die bereits für diesen Dienst ausgebildeten Ostarbeiter dürfen keinerlei seelsorgerische Betreuungsarbeit ausüben.
- 3.) Die seelsorgerische Betreuung der Ostarbeiter wird in Zukunft durch 10 bis höchstens 15 ordentliche orthodoxe Geistliche ausgeübt werden. Diese Geistlichen werden in ihrer Tätigkeit durch die Gestapo-Leitstellen erfasst. Jeder Geistliche erhält ungefähr 2 - 3 Gaue, deren Struktur möglichst gleichmässig ist, als Arbeitsfeld zugewiesen. Die kirchlichen Amtshandlungen wie Taufe, Eheschliessung und Bestattung sollen so schlicht und unauffällig als möglich durchgeführt werden. Massentaufen und Masseneheschliessungen sind unerwünscht. Gottesdienstliche Veranstaltungen sollen möglichst ausserhalb des Lagers vorgenommen werden. Wo orthodoxe Kirchen vorhanden sind, ist gegen eine Verwendung derselben für derartige Gottes-

P4

dienste nichts einzuwenden.

Bei Beerdigung einer grösseren Anzahl z.B. durch Bombenterror -
angriffe getöteter Ostarbeiter wird in Zukunft der Geistliche
erst nach der allgemeinen Bestattungsfeier durch das Lager in
Erscheinung treten.

- 4.) Um den nicht-konfessionellen Teil der Ostarbeiter zu betreuen,
wird gerade im Hinblick auf die Tätigkeit der orthodoxen
Geistlichen eine erhöhte Aufmerksamkeit auf die Freizeitge-
staltung in den Lagern gelegt werden. Vor allen Dingen sollen
bei Durchführung konfessioneller Veranstaltungen gleichzeitig
nichtkonfessionelle Veranstaltungen wie Kinovorführungen vor-
genommen werden. Für Kinoveranstaltungen können die Kinoräume
zu einem Zeitpunkt benutzt werden, wo sie sonst leer stehen,
z.B. am Sonntag Vormittag. Um der Werbekraft vor allem kirch-
licher Eheschliessungen entgegen zu wirken, sind nichtkon-
fessionellen Ausgestaltungen derartiger feierlicher Anlässe
zu begünstigen. Die Ausgestaltung soll aber allein durch die
Ostarbeiter erfolgen und darf in keiner Weise eine Übertragung
unserer Lebensfeiern sein.
- 5.) Das Reichssicherheitshauptamt ist beauftragt, einen Erlass zu
entwerfen, der die vorhergehenden Punkte enthält. Der Erlass-
entwurf wird auf dem Vorwege den beteiligten Dienststellen zur
Kenntnisnahme und Mitzeichnung zugeleitet werden.

Kaufmann

VI M

Promi

Besprechungen
mit dem FD

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

Nb 4164

(RSHA)

Hauptref. Pro VS
Ref. Dr. Wimmer

Berlin, den 29.2.1944

Aufzeichnung

Herrn Lt. P r o
zur Kenntnis.

Betr.: Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt

Referat Pro VS erhielt den Besuch der Hauptsturmführer Morawski und Hessler vom Reichssicherheitshauptamt, Hedemannstr. 22 (Apparat 19 52 51). Die Genannten erklärten, dass eine enge Zusammenarbeit sämtlicher interessierten Dienststellen auf dem Gebiete der Fremdarbeiterbetreuung notwendig sei und schlugen vor, dass für die französischen Arbeiter die Ausrichtung der Propaganda durch den Frankreich-Ausschuss Dr. Brans gesteuert werden solle. Hierzu wurde wie folgt Stellung genommen:

Das Ministerium könne sich nicht damit einverstanden erklären, dass die Leitung der Betreuung der französischen Fremdarbeiter vom Frankreich-Komitee vorgenommen werde, vor allem nachdem Dr. Bran sich nicht auf eine beratende Funktion beschränken wolle, sondern den Anspruch erhebe, auf diesem Gebiete federführend zu sein. Hingegen sei das Ministerium gern bereit, engstens mit dem Reichssicherheitshauptamt zusammen zu arbeiten. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern des Reichssicherheitshauptamts angenommen. Es wurde abgesprochen, dass wöchentlich einmal, und zwar jeden Mittwoch 9 Uhr eine gemeinsame Besprechung beider Dienststellen durchgeführt werden solle, die abwechselnd beim Reichssicher-

heitshauptamt und bei Pro VS stattfinden werde.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Verzeichnis im
Bundesarchiv
R 55 DC / 430

Alten praxis

2.3.44
Hauptreferat Pro VS
Referent: Dr. Wimmer.

Berlin, den 2. März 1944.

9458-04/257A-1, 10

Aufzeichnung:

Herrn Leiter Pro,

zur Kenntnis.

Betr.: Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheits-Hauptamt.

Mit der Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes, Hedemannstr. 22 (App. 19 52 51) wurde für die Zukunft eine enge Zusammenarbeit mit dem Referat Pro VS auf dem Gebiete der Fremdarbeiterbetreuung abgesprochen. Es werden jede Woche und zwar jeden Mittwoch vormittag um 9 Uhr Besprechungen, abwechselnd im Ministerium und beim SD stattfinden. Für die praktische Arbeit wurde zunächst folgendes festgelegt:

1. Der SD ist Pro VS behilflich aus Holland und Belgien die notwendigen Mitarbeiter für den Sonderstab des deutschen Propaganda-Ateliers zu besorgen.
2. Der SD ist weiterhin dem Ministerium behilflich, aus den genannten Ländern Redner für Propaganda-Aktionen in den Fremdarbeiterlagern auszusuchen.
3. Der SD wird sämtliche Propaganda-Aktionen unter den Fremdarbeitern auf ihre Auswirkungen hin überprüfen lassen und darüber dem Ref. Pro VS berichten. Das Ministerium erhält fernerhin jede Woche einen Bericht über die Stimmungslage unter den Fremdarbeitern und über die im Umlauf befindlichen Propaganda-Parolen.
4. Das Reichssicherheitshauptamt wird seine Gaudienststellen in den Gauen anweisen, in Zukunft mit den RPA eng zusammenzuarbeiten und diese vor allem über die Stimmung in den Lagern und unter den Fremdarbeitern ganz allgemein zu unterrichten.

Die Zusammenarbeit mit dem SD ist vor allem im Hinblick auf mögliche Schwierigkeiten mit der DAF wertvoll, da wie

ich

ich festgestellt habe, der SD die Tätigkeit des Amts für Arbeits-
einsatz in derselben Weise wie das Ministerium beurteilt. Ausserdem
kann die Zusammenarbeit mit dem SD eine wertvolle Hilfe gegenüber
dem Auswärtigen Amt bedeuten.

Heil Hitler!

W. Müller

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 DC
Nr. 430 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



R 55 DC / 430
Arthur Prohm

12.7.44
Dr. Wimmer

Prov. S. 4458/12.7.44/345-2, 12
Berlin, den 12. Juli 1944

Blosch ff. v. Tschirsky
116331

Herrn

ORR Hamel,

- im Hause -

Betr.: Besprechung mit den SD-Referenten für Fremdarbeiter-
betreuung M o r a w s k i und S t o r t z.

Im Rahmen der wöchentlichen Arbeitsbesprechung mit den obengenannten SD-Sachbearbeitern für Fremdarbeiterbetreuung schnitt ich die Frage an, welche Propagandaparole für die Fremdarbeiter herausgestellt werden solle, wenn die Propaganda für die deutsche Bevölkerung beispielsweise die Parole "Lieber tot als Sklav" im Augenblick einer möglichen Verschlechterung der Situation herausstelle. Eine solche Möglichkeit, die in einigen Wochen oder Monaten eintreten könne, müsse auch propagandistische für die Fremdarbeiter vorbereitet werden. Eine entstehende Katastrophenstimmung könne sehr wohl unter dem Motto "Lieber tot als Sklav" oder einer ähnlichen Formulierung helfen, die letzten Kräfte des deutschen Volkes für den Sieg zu mobilisieren, das Motto "Lieber tot als Sklav" sei aber für die Fremdarbeiterpropaganda vollkommen ungeeignet. Da weiterhin zu befürchten sei, dass die realistische Darstellung der Lage durch die "Propaganda für die deutsche Bevölkerung" unter den antideutsch eingestellten Elementen der Fremdarbeiter negative

Auswirkungen habe, müsse eine Propagandaparole gefunden werden, die diese negativen Einflüsse neutralisiere und darüber hinaus die Fremdarbeiter ruhig halte und ebenfalls für den letzten Kriegseinsatz mobilisiere.

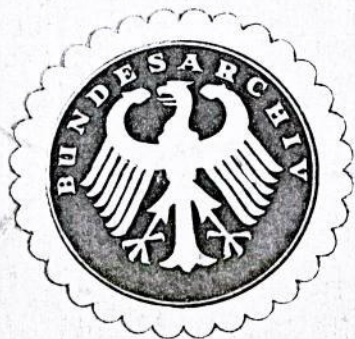
Da der Versand von Plakaten und sonstigem Propaganda-material Wochen brauche, um in die Lager zu kommen, müsse jetzt schon überlegt werden, wie die Fremdarbeiter in einem solchen Augenblick anzusprechen seien. Ich bat darum, dass sich die beiden Genannten über diese Frage Gedanken machen sollten; ich hätte vor, geeignete Plakate und Wandzeitungen herauszubringen, um sie den Reichspropagandaämtern auf ein bestimmtes Stichwort hin abrufbereit zur Verfügung zu stellen.

Heil Hitler!

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 506 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergewalt
Bundesarchiv

R55 DC / 506

Arten / 1000

VI 12

R. M. f. V. + Progr.

Kommunikationsstelle

Propaganda

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

1 b 4/64

(RSHA)

V o r l a g e .

Im Propaganda-Ministerium fand eine Sitzung statt, die sich mit der Frage des Verkehrs von fremdrassigen Ausländern mit deutschen Mädchen befasste. Durch die Besprechung ergab sich, daß es sich bei diesen Ausländern in erster Linie um Iraner handelt.

Der Vertreter des Rassenpolitischen Amtes vertrat den Standpunkt, daß sofort polizeiliche Maßnahmen zu ergreifen sind, um gegen die betreffenden Mädchen vorzugehen.

Ich habe den Standpunkt vertreten, daß polizeiliche Maßnahmen im Augenblick noch verfrüht sind, und statt dieser Regelung folgende Vorschläge gemacht:

Die P a r t e i klärt durch Mundpropaganda über ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände auf, daß nicht nur der Verkehr mit J u d e n , sondern auch der mit fremdrassigen Ausländern unbedingt abgestellt werden muß.

In diesem Zusammenhang kann u. a. auf den Zusammenbruch Frankreichs hingewiesen werden, der in erster Linie dadurch möglich war, daß auf dem biologischen und rassischen Gebiet keine konsequenten Richtlinien aufgestellt bzw. eingehalten wurden.

Ferner muß das E r z i e h u n g s m i n i s t e r i u m die Schulen und die Universitäten anweisen, diese Frage im Rahmen der bereits bestehenden Lehrfächer mit zu behandeln.

Außerdem muß das A u s w ä r t i g e A m t in geeigneter Form an die Vertreter der betreffenden Länder herantreten und um Zurückhaltung ihrer Angehörigen auf diesem Gebiet bitten, soweit dies in dem Einzelfall die augenblickliche außenpolitische Lage erlaubt.

Erst wenn diese Maßnahmen durchgeführt worden sind, kann nach einem gewissen Zeitpunkt - Einviertel- oder Drei-

vierteljahr -- auch die Folgerung auf polizeilichen Gebiet gezogen werden.

Berlin, den 9. August 1940.

II B - Hu.

Herrn

Reichsamtsleiter T i e s s l e r.

Die im Zusammenhang mit der Aktion gegen den Umgang mit Kriegsgefangenen geplanten Maßnahmen, werden sich weiterhin auf die Mitarbeit der Partei und ihre Gliederungen stützen müssen.

Ich bitte, die Zustimmung des Leiters der Parteikanzlei einzuholen, daß gleichzeitig mit der Verbreitung des vorgesehenen Merkblattes gegen den Umgang mit Fremdblütigen in den Parteigliederungen, insbesondere in der Hitlerjugend und in der Frauenschaft, ein Preisausschreiben veranlaßt wird, um Schriftsätze, Gedichte und evtl. auch Bilder zu erhalten, die der Propaganda im Sinne dieses Merkblattes dienen können. Zugleich werden wir über den Zeitschriftendienst gleiches Material erarbeiten lassen. Die besten Beiträge sollen zu einem anständig ausgestatteten Buch verarbeitet werden, das in großer Auflage zu verbreiten wäre.

Ein Spielfilm, der der Propaganda in diesem Falle dienen könnte, wird schon deshalb schwer herzustellen sein, weil er im Ausland nicht eingesetzt werden kann. Er würde dort die Tendenz verstärken, sich gegen Deutschland abzuschließen, was politisch unerwünscht ist. Bei der Beschränkung der Produktionsmittel und der riesigen Nachfrage, würde sich die Industrie aber sehr stark gegen einen Film stemmen, der nur für den Inlandgebrauch in Frage kommt. Hinzu treten außenpolitische Schwierigkeiten. Es wäre daher zu erwägen, ob man einen Film für den Einsatz bei den Parteigliederungen, durch die zuständige Parteidienststelle, herstellen läßt. Bei der großen Bedeutung, die rassepolitisch die Propagandaaktion hat, bitte ich Sie, gerade diese Maßnahme Reichsleiter Bormann eingehend vorzutragen.

Ich bin bereit, bei der Gestaltung des Textbuches beratend mitzuwirken.

Heil Hitler!

E. V. Weidner

Referat Pro/2
Referent Fritsch

Pro. 2271/6.8.41/46-45
Berlin, den 6. August 1941

A...Anlagen	
1. AUG 1941	
1. 2. 3.	4. 5. 6.
7. 8. 9.	10. 11. 12.
13. 14. 15.	16. 17. 18.
19. 20. 21.	22. 23. 24.
25. 26. 27.	28. 29. 30.
31. 32. 33.	34. 35. 36.
37. 38. 39.	40. 41. 42.
43. 44. 45.	46. 47. 48.
49. 50. 51.	52. 53. 54.
55. 56. 57.	58. 59. 60.
61. 62. 63.	64. 65. 66.
67. 68. 69.	70. 71. 72.
73. 74. 75.	76. 77. 78.
79. 80. 81.	82. 83. 84.
85. 86. 87.	88. 89. 90.
91. 92. 93.	94. 95. 96.
97. 98. 99.	100. 101. 102.
103. 104. 105.	106. 107. 108.
109. 110. 111.	112. 113. 114.
115. 116. 117.	118. 119. 120.
121. 122. 123.	124. 125. 126.
127. 128. 129.	130. 131. 132.
133. 134. 135.	136. 137. 138.
139. 140. 141.	142. 143. 144.
145. 146. 147.	148. 149. 150.
151. 152. 153.	154. 155. 156.
157. 158. 159.	160. 161. 162.
163. 164. 165.	166. 167. 168.
169. 170. 171.	172. 173. 174.
175. 176. 177.	178. 179. 180.
181. 182. 183.	184. 185. 186.
187. 188. 189.	190. 191. 192.
193. 194. 195.	196. 197. 198.
199. 200. 201.	202. 203. 204.
205. 206. 207.	208. 209. 210.
211. 212. 213.	214. 215. 216.
217. 218. 219.	220. 221. 222.
223. 224. 225.	226. 227. 228.
229. 230. 231.	232. 233. 234.
235. 236. 237.	238. 239. 240.
241. 242. 243.	244. 245. 246.
247. 248. 249.	250. 251. 252.
253. 254. 255.	256. 257. 258.
259. 260. 261.	262. 263. 264.
265. 266. 267.	268. 269. 270.
271. 272. 273.	274. 275. 276.
277. 278. 279.	280. 281. 282.
283. 284. 285.	286. 287. 288.
289. 290. 291.	292. 293. 294.
295. 296. 297.	298. 299. 300.
301. 302. 303.	304. 305. 306.
307. 308. 309.	310. 311. 312.
313. 314. 315.	316. 317. 318.
319. 320. 321.	322. 323. 324.
325. 326. 327.	328. 329. 330.
331. 332. 333.	334. 335. 336.
337. 338. 339.	340. 341. 342.
343. 344. 345.	346. 347. 348.
349. 350. 351.	352. 353. 354.
355. 356. 357.	358. 359. 360.
361. 362. 363.	364. 365. 366.
367. 368. 369.	370. 371. 372.
373. 374. 375.	376. 377. 378.
379. 380. 381.	382. 383. 384.
385. 386. 387.	388. 389. 390.
391. 392. 393.	394. 395. 396.
397. 398. 399.	400. 401. 402.
403. 404. 405.	406. 407. 408.
409. 410. 411.	412. 413. 414.
415. 416. 417.	418. 419. 420.
421. 422. 423.	424. 425. 426.
427. 428. 429.	430. 431. 432.
433. 434. 435.	436. 437. 438.
439. 440. 441.	442. 443. 444.
445. 446. 447.	448. 449. 450.
451. 452. 453.	454. 455. 456.
457. 458. 459.	460. 461. 462.
463. 464. 465.	466. 467. 468.
469. 470. 471.	472. 473. 474.
475. 476. 477.	478. 479. 480.
481. 482. 483.	484. 485. 486.
487. 488. 489.	490. 491. 492.
493. 494. 495.	496. 497. 498.
499. 500. 501.	502. 503. 504.
505. 506. 507.	508. 509. 510.
511. 512. 513.	514. 515. 516.
517. 518. 519.	520. 521. 522.
523. 524. 525.	526. 527. 528.
529. 530. 531.	532. 533. 534.
535. 536. 537.	538. 539. 540.
541. 542. 543.	544. 545. 546.
547. 548. 549.	550. 551. 552.
553. 554. 555.	556. 557. 558.
559. 560. 561.	562. 563. 564.
565. 566. 567.	568. 569. 570.
571. 572. 573.	574. 575. 576.
577. 578. 579.	580. 581. 582.
583. 584. 585.	586. 587. 588.
589. 590. 591.	592. 593. 594.
595. 596. 597.	598. 599. 600.
601. 602. 603.	604. 605. 606.
607. 608. 609.	610. 611. 612.
613. 614. 615.	616. 617. 618.
619. 620. 621.	622. 623. 624.
625. 626. 627.	628. 629. 630.
631. 632. 633.	634. 635. 636.
637. 638. 639.	640. 641. 642.
643. 644. 645.	646. 647. 648.
649. 650. 651.	652. 653. 654.
655. 656. 657.	658. 659. 660.
661. 662. 663.	664. 665. 666.
667. 668. 669.	670. 671. 672.
673. 674. 675.	676. 677. 678.
679. 680. 681.	682. 683. 684.
685. 686. 687.	688. 689. 690.
691. 692. 693.	694. 695. 696.
697. 698. 699.	700. 701. 702.
703. 704. 705.	706. 707. 708.
709. 710. 711.	712. 713. 714.
715. 716. 717.	718. 719. 720.
721. 722. 723.	724. 725. 726.
727. 728. 729.	730. 731. 732.
733. 734. 735.	736. 737. 738.
739. 740. 741.	742. 743. 744.
745. 746. 747.	748. 749. 750.
751. 752. 753.	754. 755. 756.
757. 758. 759.	760. 761. 762.
763. 764. 765.	766. 767. 768.
769. 770. 771.	772. 773. 774.
775. 776. 777.	778. 779. 780.
781. 782. 783.	784. 785. 786.
787. 788. 789.	790. 791. 792.
793. 794. 795.	796. 797. 798.
799. 800. 801.	802. 803. 804.
805. 806. 807.	808. 809. 810.
811. 812. 813.	814. 815. 816.
817. 818. 819.	820. 821. 822.
823. 824. 825.	826. 827. 828.
829. 830. 831.	832. 833. 834.
835. 836. 837.	838. 839. 840.
841. 842. 843.	844. 845. 846.
847. 848. 849.	850. 851. 852.
853. 854. 855.	856. 857. 858.
859. 860. 861.	862. 863. 864.
865. 866. 867.	868. 869. 870.
871. 872. 873.	874. 875. 876.
877. 878. 879.	880. 881. 882.
883. 884. 885.	886. 887. 888.
889. 890. 891.	892. 893. 894.
895. 896. 897.	898. 899. 900.
901. 902. 903.	904. 905. 906.
907. 908. 909.	910. 911. 912.
913. 914. 915.	916. 917. 918.
919. 920. 921.	922. 923. 924.
925. 926. 927.	928. 929. 930.
931. 932. 933.	934. 935. 936.
937. 938. 939.	940. 941. 942.
943. 944. 945.	946. 947. 948.
949. 950. 951.	952. 953. 954.
955. 956. 957.	958. 959. 960.
961. 962. 963.	964. 965. 966.
967. 968. 969.	970. 971. 972.
973. 974. 975.	976. 977. 978.
979. 980. 981.	982. 983. 984.
985. 986. 987.	988. 989. 990.
991. 992. 993.	994. 995. 996.
997. 998. 999.	1000. 1001. 1002.

Herrn

Reichsamtsleiter T i e s s l e r,

im H a u s e.

Betr.: Veröffentlichung von Vergehen deutscher Frauen
im Verkehr mit Kriegsgefangenen.

Ich hatte in einer Notiz, betreffend den Gau München/Oberb
an Sie bereits darauf hingewiesen, daß in der Veröffent-
lichung von schweren Vergehen von deutschen Frauen im
Verkehr mit Kriegsgefangenen nunmehr systematisch in
der Presse vorgegangen werden muß, da die Angelegenheit
so einfach nicht weitergeht. Verschiedene RPA haben sich
schon darüber beschwert, daß die Veröffentlichung von
solchen Fällen nicht systematisch genug gehandhabt wird.
Bei der demnächst stattfindenden Sitzung im Justiz-
Ministerium, bei der Herr Dr. Schmid-Burgk und ich an-
wesend sein werden, werde ich auf diesen Punkt hinweisen.
Ich bin der Ansicht, daß die schwersten Fälle syste-
matisch veröffentlicht werden müssen.
Ich bitte um Stellungnahme.

Heil Hitler!

2/8. Fritsch

Abschrift

RMVP

Berlin, den 12.1.1942

Pro VS 2458/14.11.41/262-6,7

Ref. ORR Imhoff

1. An
die Reichspropagandaämter
nachrichtlich an die Reichspropagandaleitung im Hause

Betr.: Merkblatt.

Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat intern seine Dienststellen angewiesen, dass ein Merkblatt über den Umgang deutscher Volksgenossen mit Ausländern (auch mit ausländischen Kriegsgefangenen) in allen Schulen, Hochschulen, Berufs- und Fachschulen ausgehängt werden soll. Dieses Merkblatt sei über die Reichspropagandaämter anzufordern.

Dieses Merkblatt, wurde bereits vom Reichsmin.F.Volksaufkl. und Prop. in genügender Anzahl in 2 Grössen bei der Firma Müller u. Sohn, Berlin SW.68, Zimmerstr.88, hergestellt.

Es wird ersucht, die Anforderungen zu sammeln und die notwendige Menge bei der Firma jeweils abzurufen.

Das Merkblatt hat folgenden Text:

1. Sichere die Ewigkeit Deines Volkes durch den Kinderreichtum Deiner Familie

Punkt 1 bis 12 siehe unsere Notiz vom 28.2.42 an Witt.

Abschrift

Fernschreiben vom 16.2.42

An alle Gauleitungen.

Meldung Nr. 53

Aktenzeichen: Pro Vs 2458/14.11.41/2 2 - 6,7

Betr.: Merkblatt über den Umfang deutscher Volksgenossen
mit Ausländern.

Bezug: Rundschreiben vom 1.1.42.

Die Bestellungen für das Merkblatt sind bei der Herstellerfirma so zahlreich eingegangen, dass eine Nachbestellung notwendig geworden ist. Sowie der Neudruck getätigt ist, werden die noch nicht erledigten Zusendungen laufend zur Abfertigung kommen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Aktion nur für die Schulen usw. im Sinne des Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 17.12. an II a 1986 b - gedacht ist. Eine Verwendung der Blätter in anderweitiger Form ist nicht erwünscht.

f.A. gez. Dr. Gassmann

VI 13

Premi

Behandlung der
poln. Zivilbekehrten

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

17 4/64

(RSHA)

21.3.44
Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- 20 -
Pro V 2458/21.3.44/289-4,6

Berlin SW 11, den 21. März 1944
Prinz-Albrecht-Str. 8
Fernsprecher 12 00 40

- IV D 2 c - 2039/44 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Schnellbrief

An das
Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda
z.Hd.von Herrn Min.Rat Gast

in Berlin W 8
Wilhelmplatz 8/9

Betrifft: Lieferung polnischer Zeitungen und Zeitschriften
an polnische Zivilarbeiter.

Bezug: Besprechung über die Behandlung der polnischen
Arbeitskräfte im Reichsgebiet am 17.3.1944.

Im Anschluß an die Besprechung vom 17.d.M. weise ich dar-
auf hin, daß bereits eine Zeitung in polnischer Sprache für
die im Reichsgebiet eingesetzten polnischen Arbeitskräfte be-
steht, und zwar handelt es sich um die auf dortige Anregung
hin im Jahre 1940 von der Regierung des Generalgouvernements
geschaffene, in Krakau erscheinende polnische Zeitschrift
"Siew". Ich nehme in diesem Zusammenhang auf den im September
1940 geführten Schriftwechsel - dortiges Aktenzeichen: Pro.
2154/40/265 A - 2/1 - Bezug. Im übrigen ist auch die Mehrzahl
der im GG. herausgegebenen Tageszeitungen zum Vertrieb durch
Kreuzband unter den polnischen Zivilarbeitern zugelassen.

Ob unter diesen Umständen bei der Knappheit an Papier
und Arbeitskräften die Herausgabe einer weiteren polnischen
Zeitung notwendig ist, erscheint zweifelhaft, zumal die Zeit-
schrift Siew ihren Inhalt und ihrer Ausstattung nach diessei-
tigen Erachtens durchaus die Ansprüche erfüllt, die der ein-
fache polnische Arbeiter an ein derartiges Blatt stellt.

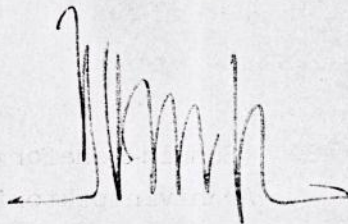
Die neue Zeitung müßte den gleichen Beschränkungen wie
die aus dem GG eingeführten Zeitungen und Zeitschriften unter-
worfen werden, d.h. sie dürfte in bestimmten volkstumpoli-

2

tisch besonders gefährdeten Bezirken (Teile von Ober-
schlesien, Ostpreußen und Pommern) nicht vertrieben
werden, um der betonten Neigung zur polnischen Sprache
hier nicht Vorschub zu leisten.

Um baldige Stellungnahme wird gebeten.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'J. K. M. H.' or similar, written in a cursive style.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2.....Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 505..... vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Herzstück des
Bundesarchivs
R 55 DC / 505

30. März 1944

Dr. Wimmer/Schr.

Pro VS 2458-20/21.3.44/289-4,6

1. An den
Chef der Sicherheitspolizei
und des SD,
Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Betr.: Lieferung polnischer Zeitungen und Zeitschriften an polni-
sche Zivilarbeiter
Bezug: Besprechung über die Behandlung der polnischen Arbeits-
kräfte im Reichsgebiet am 17.3.1944

In Ihrem Schreiben vom 21. März 1944 (Az. IV D 2 c - 2039/44) teilen Sie mit, daß Ihnen die Herausgabe einer besonderen in Deutschland erscheinenden Fremdarbeiter-Zeitung in polnischer Sprache nicht notwendig erscheint, da die in Krakau erscheinende polnische Zeitschrift "Siew" dem Lesebedürfnis der polnischen Fremdarbeiter genüge. Dieser Standpunkt wird vom RMVP aus nicht geteilt, da es weniger darauf ankommt, dem polnischen Arbeiter im Reich Lesestoff zur Verfügung zu stellen, als vor allem diejenigen Mitteilungen und Verordnungen bekannt zu geben, die den in Deutsch-land tätigen polnischen Arbeiter besonders interessieren. Es ist bestimmt nicht zweckentsprechend, alle Verordnungen dieser Art auch der polnischen Öffentlichkeit im General-Gouvernement zur Kenntnis zu geben.

Die Papierknappheit spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, da die Verbreitung der Zeitschrift "Siew" im Reich eine entsprechende Erhöhung des Papierkontingents des Krakauer Verlages automatisch nach sich ziehen würde.

Aus diesen Gründen erscheint die Beibehaltung des ursprünglichen Planes einer Herausgabe einer im Reich erscheinenden polnisch-sprachigen Zeitung im Augenblick die zweckmäßigste Lösung zu sein.

In Auftrag

2.) Abt. A, Herrn Dr. Sauter

3.) Wv. am 10.4.44 (Dr. Wimmer)

Wieder vorgelegt

20.4.44

220

5

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 505 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Hergabemittel
Bundesarchiv
R 55 DC / 505

Pro VS 2458-07/31.5.44/254-7.6

1.) Kanzlei bitte fertige Reinschriften an
alle Reichspropagandaämter

2.) An alle
Reichspropagandaämter

Def. 21.5.44.44
31. MAI 1944
1. Def. 21.5.44.44
2. Def. 21.5.44.44

Betr.: Betreuung der polnischen Arbeiter im Reich

Auf verschiedentlich vorgebrachte Vorschläge, die kulturelle und politische Betreuung der Polen zu verbessern, wird mitgeteilt, dass eine Änderung = der augenblicklichen Lage unmöglich ist. Der Chef des SD hat grundsätzlich verfügt, dass ausser der Zeitungsbetreuung aus sicherheitspolizeilichen Gründen jede sonstige kulturelle und politische Betreuung unterbleiben müsse. Sicherheitspolizeiliches Prinzip sei es, jede Gruppenbildung unter den Polen von vornherein zu verhindern. Eine politische oder kulturelle Betreuung, die zu Zusammenkünften von polnischen Arbeitern führe, würde diesem Prinzip entgegenwirken.

Aus diesen Gründen muss von allen ^{während} Betreuungsmassnahmen solange abgesehen werden, als der Chef der Sicherheitspolizei und das SD seinen Standpunkt beibehält.

In Auftr.

3.) Vor Abgang den Herrn Staatssekretär zur Kenntnisnahme.

4.) W.l. im Referat

Bräunemann

W. l. im

ho

Berlin W 8, den 31. Mai 1944.
Wilhelmplatz 8/9
Fernspr.: 11 00 14

Pro VS 2458-07/24.5.44/254-7,5.

An
die Reichspropagandaämter.

Betrifft: Betreuung der polnischen Arbeiter im Reich.

Auf verschiedentlich vorgebrachte Vorschläge, die kulturelle und politische Betreuung der Polen zu verbessern, wird mitgeteilt, daß eine Änderung der augenblicklichen Lage unmöglich ist. Der Chef des Sicherheitsdienstes hat grundsätzlich verfügt, daß ausser der Zeitungsbetreuung aus sicherheitspolizeilichen Gründen jede sonstige kulturelle und politische Betreuung unterbleiben müsse. Sicherheitspolizeiliches Prinzip sei es, jede Gruppenbildung unter den Polen von vornherein zu verhindern. Eine politische oder kulturelle Betreuung, die zu Zusammenkünften von polnischen Arbeitern führe, würde diesem Prinzip entgegenwirken.

Aus diesen Gründen muss von allen weiteren Betreuungsmassnahmen abgesehen werden.

Im Auftrag
gez. Sondermann.



Beglaubigt:

Dohms.

Kanzleiangestellte.

8

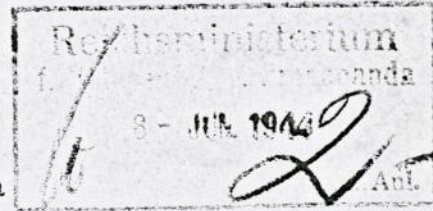
Pro VS 2458⁻¹⁹/26.5.44/289-7,7

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 26. Mai 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

- IV B 2 b - 2076/44 -
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben

An das
Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda



Pro
VS

B e r l i n

Betr.: Aufnahme von Polen in die deutsche Wehrmacht.

Bezug: Dort. Schreiben vom 8.5.1944 - Pro VS 2458/8.5.44/289-7,7-

Anlg.: - 2 -

Die Aufnahme von nichteindeutschungsfähigen Polen in die
Wehrmacht oder Waffen-~~SS~~ kommt nicht in Betracht.

Ich bitte, die Antragsteller in diesem Sinne zu bescheiden
und darauf hinzuweisen, dass ihre Arbeit in der Landwirtschaft im

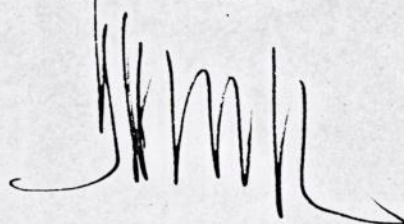
Interesse

*Ang. aus
Hb. zugew.
H. 9/6*

9

Interesse der Volksernährung in seiner Art ebenso wichtig
ist, wie der Kampf mit der Waffe.

Im Auftrage:

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and vertical strokes, positioned below the text "Im Auftrage:".

Uebersetzung aus dem Polnischen ins Deutsche.
Brief zweier Polen an die deutsche Wehrmacht.

Im Dorfe Kränzlin über Neuruppin leben mit mir noch einige Polen, die den Wunsch haben, in die deutsche Armee einzutreten. Wir haben in der 'Gazeta Lwowska' und im 'Kurier Warszawski' von der bestialischen Ermordung der 12 000 polnischen Offiziere gelesen.

In diesem Augenblick bedroht der Feind unser polnisches Land, um uns die bolschewistische Kultur und Zivilisation beizubringen. Es ist unsere Pflicht, das Vaterland zu verteidigen. Wir sind von diesem Gedanken beseelt und werden bis zum letzten kämpfen.

Wir bitten nochmals um unsere Aufnahme in die deutsche Armee.

Es lebe die deutsche Armee im Osten! Nieder mit der bolschewistischen Kommune!

Unsere Anschriften lauten:

Eduard Waliszewski bei Finck / 20 Jahre alt /,

Siegmund Cholczak bei Salzwedel, / 19 Jahre alt /

beide in Kränzlin über Neuruppin.

35 66 61

12

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
4 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

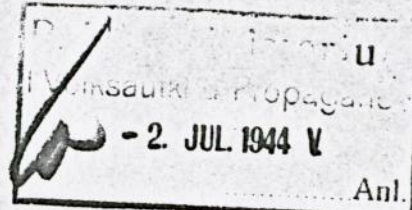
R 55 DC | 433

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 28. Juni 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 • Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 • Postscheckkonto: Berlin 2386

- IV B 2 b - 2039/44 - III -

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und
den Gegenstand angeben



An das
Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda

B e r l i n

Betr.: Lieferung polnischer Zeitungen und Zeitschriften an
polnische Zivilarbeiter.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 6.4.1944 - Pro VS 2458-20/21.3.
44/289-4,6

In Ergänzung des hiesigen Schreibens vom 21.3.1944 wird mit-
geteilt, dass ausser der Wochenschrift "Siew" auch die im General-
gouvernement erscheinenden Zeitungen

"Goniec Krakowski"

"Nowy Kurier Warszawski"

"Kurier Czenstochowski"

"Dziennik Radomski"

"Nowy Glos Lubelski" und

"Gazeta Iwowska"

zum Vertrieb unter den im Reichsgebiet beschäftigten polnischen
Arbeitskräften zugelassen sind.

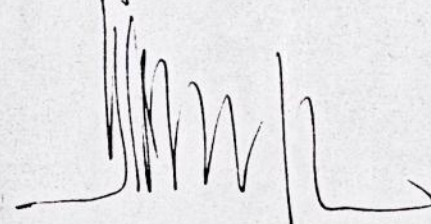
Diese Zeitungen, die sämtlich auf deutsche Belange ausge-
richtet sind, können von einzelnen Beziehern sowie von Lager- und
Betriebsführungen über reichsdeutsche zugelassene Zeitungsvertrie-
be, deren Inhaber deutscher Volkszugehörigkeit sein müssen, über
die Ausland-Zeitungshandel GmbH., Köln, oder durch Kreuzband un-
mittelbar vom Verlag "Krakau-Warschau" bezogen werden. Ein Ver-
trieb der zugelassenen Zeitungen durch Polen an Polen ist unzu-
lässig. Die Versandliste des Verlages wird allmonatlich vom Be-
fehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Krakau überprüft.
Gleichzeitig werden hierbei die Bezieher aus volkstumpolitisch
gefährdeten Gebieten ausgeschieden.

Zu den dortigen Ausführungen, es komme weniger darauf an,
den polnischen Arbeitern im Reich Lesestoff zur Verfügung zu
stellen, als vor allem diejenigen Mitteilungen und Verordnungen

14

Verordnungen bekanntzugeben, die den in Deutschland tätigen polnischen Arbeiter besonders interessieren, ist folgendes zu sagen: Bisher ist von hier aus bewusst vermieden worden, die für die Polen ergangenen sicherheitspolizeilichen Vorschriften in Nachrichtenblättern usw. zu veröffentlichen, schon um zu verhindern, dass sie auf diese Weise in das Ausland gelangen. Es wird daher seitens der Sicherheitspolizei auf ein derartiges Mitteilungsblatt kein besonderer Wert gelegt. Ich darf in diesem Zusammenhang auf das Rundschreiben des Reichsführers-~~W~~ - Reichsminister des Innern vom 10.3.1944 - S.Pol. IV D 2 c - 927/44 g-24- betr. Plakatierte Verbote für Polen, Juden und Zigeuner, Absatz 3, verweisen.

J.A.

A large, stylized handwritten signature in black ink, consisting of several vertical strokes and a long horizontal flourish at the bottom.

su

15

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 505 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



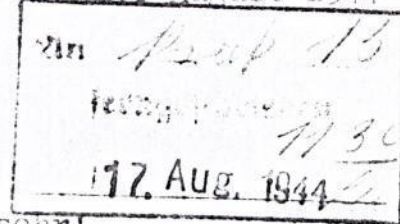
Hergestellt im
Bundesarchiv
R 55 DC / 505

P.H.f.V.u.P.

Pro/pol

Dir. Dr. Schäffer

Berlin, den 17. August 1944



- 1) Fernschreiben
an
Krakau
z.Hd.Präsident Ohlenbusch

Hilt sehr!

Sofort auf den Tisch!

Streng vertraulich!

Betr.: Warschau

Auf Grund Ihres FS vom 16.8.44, Meldung Nr. 20006 habe ich mich sofort mit den zuständigen Stellen des Reichssicherheitshauptamtes in Verbindung gesetzt. Das Reichssicherheitshauptamt hat sich dem Standpunkt des Befehlshabers der Sicherheitspolizei angeschlossen und hält es bei der augenblicklichen Lage nicht für angebracht, jetzt irgend eine propagandistische Maßnahme zu unternehmen. Zu diesem Zeitpunkt hätten nur die Waffen zu sprechen, da es gelte mit allen Mitteln diesen Aufstand niederzuschlagen. Es sei verfrüht, jetzt schon Propagandamaßnahmen einzuleiten, da uns diese Argumente entweder nicht geglaubt, oder aber widerlegt bzw. als Schwäche ausgelegt würden.

Sobald allerdings der Zeitpunkt gekommen ist, der nach Lage der Dinge nicht mehr allzu fern sein dürfte, wenn der Aufstand restlos niedergeschlagen ist, dann wird es notwendig sein, eine gross angelegte Propaganda mit allen Mitteln durchzuführen. Es ist also jetzt schon nötig, entsprechende Vorbereitungen dafür zu treffen.

Das Reichssicherheitshauptamt bittet bei dieser Aktion folgende Gedanken zugrunde zu legen:

- 1) Das Beispiel Warschau zeigt, dass wieder eine Gruppe von intellektuellen Vertretern mit eigennützigen Plänen versucht hat, die polnische Bevölkerung zu opfern und ins Elend zu stürzen.
- 2) Ferner zeigte das Beispiel Warschau, dass die Bolschewisten weder gewillt waren der polnischen Bevölkerung zu helfen, noch irgend eine kleine Hilfeleistung ermöglichen konnten. Die Bolschewisten verfolgen nur das eine Ziel (Beispiel: Polnische Regierung usw.) die Polen rechtlos zu machen und zu bolschewisieren.
- 3) Weiter hat das Beispiel Warschau gezeigt, dass die Deutschen

17

in ganz kurzer Zeit Herr der Lage wurden und jederzeit in der Lage sind, Aufstände irgendwelcher Art niederzuschlagen.

Die polnische Regierung ist nun vor die Wahl gestellt entweder irgendwelche Klüngel zu unterstützen und wird dann einer entsprechenden Bestrafung nicht entgehen, oder aber sie geht den Weg der Vernunft und unterstützt den deutschen Kampf gegen den Bolschewismus.

Das Reichssicherheitshauptamt hat seine Aussenstelle in Krakau entsprechend angewiesen, die sich mit Ihnen in Verbindung setzen wird, damit in dieser ganzen Frage eine klare und einheitliche Linie von Anfang an festgelegt werden kann.

Im Auftrag
gez. Dr. Schäffer

2) Wv. sofort.

T. Bevilacqua

R.M.f.V.u.P.
Pro/Pol
Odr. Dr. Schäffer

Berlin, den 18. August 1944

- 1) Fernschreiben
an
Krakau
z.Hd. Präsident Ohlenbusch

Bilt sehr!

Sofort auf den Tisch!

Streng vertraulich!

Betr.: Warschau

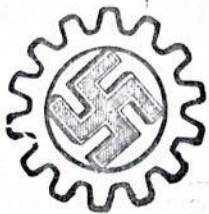
Aufgrund der Veröffentlichungen in der Reichspresse über die Vorgänge in Warschau teile ich Ihnen im Einvernehmen mit dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes mit, dass mein FS von gestern überholt ist. Da die deutschen Zeitungen auch in das GG kommen, wird es notwendig sein, auch in der Presse des GG. zu der Frage Stellung zu nehmen. Allerdings ist darauf zu achten, dass auf keinen Fall zu viel gesagt wird. Da das Reichssicherheitshauptamt an seine Dienststelle in Krakau ebenfalls entsprechende Weisung gegeben hat, wird gebeten, sich in dieser Angelegenheit sofort mit dieser Dienststelle in Verbindung zu setzen, damit das, was gesagt werden kann, eingehend besprochen und reiflich überlegt wird.

Im Auftrag
gez. Dr. Schäffer

2) Wv. sofort.

Personenstandl. durchgezogen

*24.11.
18. Okt.
J.*



Zentralbüro

Die Deutsche Arbeitsfront

Amt für Arbeitseinsatz

An das
Reichspropagandaministerium 2. AUG. 1944

Berlin
Wilhelmplatz
Über den Geschäftsführer der DAF

Berlin W 35, Potsdamer Str. 160-162

Sprechstunde: Ortsverkehr 27 00 12
Fernverkehr 27 74 11

Neue Anschrift:
Berlin SW 68, Wilhelmstr. 140
Telefon: 195491
Telefax: 455651 (Lindenstr.)

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Zeichen des Amtes* 351-En/Ha. Tag 14.8.1944

Betreff

Betreuung der polnischen Arbeitskräfte im Reichsgebiet

In Vereinbarung mit der Parteikanzlei, dem Reichssicherheitshauptamt und dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ist die Notwendigkeit festgestellt worden, die polnischen Arbeitskräfte im Reichsgebiet in einem gewissen Umfange zu betreuen, da auch diese Arbeitskräfte im Laufe der letzten Jahre Leistungen gezeigt haben, die dem deutschen Leistungspotential eine nicht unbeträchtliche Stärkung gebracht haben. Selbstverständlich soll die Betreuung der polnischen Arbeitskräfte nicht in der gleichen Form durchgeführt werden, wie sie allen anderen fremdvölkischen Arbeitskräften zu teil wird. Zu diesem Zweck hat das Amt für Arbeitseinsatz nach einer gewissen Planung Betreuungskräfte bei den Gauverwaltungen zum Einsatz gebracht, die sich durchweg aus reichsdeutschen Territorien rekrutieren. Diese Betreuer werden als Polenreferenten bezeichnet und gelten als offizielle deutsche Mitarbeiter der Gauverwaltungen. In der Mehrzahl sind es ehemalige aktive Offiziere, die bei der Wehrmacht ausgeschieden sind. Bei der anlaufenden Betreuungsarbeit der polnischen Arbeitskräfte ist daran gedacht, Schwierigkeiten, die sich aus den derzeit noch verschärften arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen ergeben, zu überbrücken. Darüberhinaus soll eine klare und eindeutige Erfassung aller polnischen Arbeitskräfte vor sich gehen und die einsetzende Betreuung in dem Sinne durchgeführt werden, daß man auch hier allmählich dazu übergeht, eine beschränkte Freizeitgestaltung Platz greifen zu lassen. Die Schaffung einer beson-

b.w.

deren polnischen Arbeiterzeitung ist ins Auge gefaßt worden. Den polnischen Arbeitskräften sollen, dann überprüfte Büchereien, Unterhaltungsspiele, Mittel für die wohnliche Ausgestaltung der Lager (Wandschmuck) und Ähnliches mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Frage der sportlichen Betätigung und der Teilnahme an Veranstaltungen bleibt einstweilen noch offen und wird mit dem Reichssicherheitshauptamt demnächst geklärt werden. Zu diesen als notwendig anerkannten Maßnahmen für die Steigerung der Arbeitsleistung zum Zwecke der restlosen Ausschöpfung jeder einzigen Arbeitskraft im Reich nach dem heutigen Stand der Dinge, steht Ihre Anweisung an die Reichspropagandaämter vom 31.5.1944 - Pro VS 2458-07/24.5.44/254-7,6 - in krassem Gegensatz. Nach dieser Anweisung muß außer einer Zeitungsbetreuung jede sonstige kulturelle und politische Betreuung unterbleiben. Bei den Gauverwaltungen der DAF. sind durch diese Anordnung Schwierigkeiten entstanden. Ich darf Sie daher bitten mir mitzuteilen, worauf sich Ihre Anordnung vom 31.5.44 an die Reichspropagandaämter stützt. Diese Anweisung an die Reichspropagandaämter wird zu Ihrer Kenntnisnahme beigelegt.

Heil Hitler!

I.A.



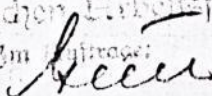
Anlage!

Geleichen

Berlin, den 17.8. 1944 4

Der Geschäftsführer
des Deutschen Arbeitsfronts

Im Auftrag:



Entwurf

21
29. August 1944

17. 14.8.44
Iro VS 2458-14/14.8.44/319-36,6

Dr. Wi./Schr.

1.)

An die
Deutsche Arbeitsfront,
Amt für Arbeitseinsatz,
B e r l i n

1. abgez. f. l. n. 31/8.

Betr.: Betreuung der polnischen Arbeitskräfte im Reichsgebiet.

Die Anweisung des R.M.V.F. an die RfA vom 31.5.44 stützt sich auf eine Entscheidung von SS-Gruppenführer Müller, die er im Frühjahr dieses Jahres persönlich gegenüber Vertretern der Abteilung Propaganda ausgesprochen hat. SS-Gruppenführer Müller erklärte in diesem Zusammenhang, daß er jede Betreuung der Polen im Reich, gleichgültig welcher Art, aus sicherheitspolizeilichen Gründen ablehnen müsse, um jede unerwünschte Gruppenbildung zu verhindern.

In Auftrag



2.) *2. d. A.*

ptreferat Volkstum
Ref. Schäfer

Berlin, den 7. Oktober 1944

fr. Kutter für
Durchschrift für Herrn ORR. Dr. Schäfer zur Kts.

Herrn Leiter Pro i.V. *dm*

Betr.: Propaganda unter der polnischen Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten bzw. den polnischen Zivilarbeitern im Reich.

Der Reichsführer-~~II~~ hat um Intensivierung der Propaganda unter den Polen in den eingegliederten Ostgebieten bzw. unter den polnischen Zivilarbeitern im Reich gebeten.

Mit Zustimmung des Reichsführers-~~II~~ und in Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt ist die Durchführung nachfolgender Propagandamaßnahmen beabsichtigt:

1. In Litzmannstadt wird zurzeit im Auftrage des AOK 9 die Zeitung "Nowy kurir warszawski" herausgegeben. Es ist beabsichtigt, diese Zeitung nach Abänderung des Titels in "Nowy kurir" in den Ostkreisen des Warthelandes sowie in Oberschlesien und Danzig-Westpreußen in beschränktem Umfange zu verteilen und außerdem über Pressekästen zum Einsatz zu bringen. Die entsprechende Verwertung des SD-mäßigen Nachrichtenmaterials durch die Zeitung ist gesichert. Gauleiter Greiser hat bereits von sich aus die Verbreitung einer polnischen Zeitung in den Ostkreisen des Warthelandes befürwortet. Der Vertrieb der Zeitung soll über die Betriebe erfolgen. Mit OKW/WPr. sind die notwendigen Verhandlungen aufgenommen worden.
2. Die polnischen Zivilarbeiter im Reich sind bisher in keiner Weise in ihrer eigenen Sprache angesprochen worden. Um jedoch ihre politische Meinungsbildung zu beeinflussen und die illegale feindliche Mundpropaganda auszuschalten, erscheint es notwendig, für die polnischen Arbeiter im Reich eine Zeitung in polnischer Sprache herauszubringen. Die Vorbereitungen

dazu sind bereits eingeleitet worden, und zwar soll die Zeitung vom Fremdsprachen-Verlag herausgebracht und über die Betriebe vertrieben werden. Der Preis der Zeitung würde RM 0,15 betragen. Als Hauptschriftleiter wurde seitens der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda in Krakau ein Herr Buski vorgeschlagen.

3. OKW/WPr. bringt nun das "Signal" auch in polnischer Sprache heraus. Es ist beabsichtigt, die Zeitschrift ebenso wie den "Nowy kurir" einzusetzen.
4. In einer Besprechung mit der Abteilung Rundfunk wurde die Frage polnischer Sendungen für die Arbeiter im Reich angeschnitten. Die Abteilung Rundfunk hat sich bereit erklärt, dafür im Sender Weichsel die nötige Zeit einzuräumen. Die Vorbereitungen für die Aufstellung eines entsprechenden Arbeitsstabes sind derzeit im Gange.
5. Anstelle der bisherigen Kennzeichnung soll mit Zustimmung des Reichsführers-~~W~~ eine psychologisch und volkspolitisch günstigere Volkstumskennzeichnung eingeführt werden.
6. Für die Betreuung der polnischen Arbeiter im oberschlesischen Industriegebiet wird die in Kattowitz zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung "Diennik ogloszen" unter Umwandlung des lokalen Teiles in einen Arbeiterteil in einer Auflage von 5.000 Exemplaren herausgebracht. Die Zeitung wird nur in den polnischen Arbeiterlagern eingesetzt. Die Vorbereitungen sind soweit abgeschlossen, daß die Zeitung voraussichtlich noch in dieser Woche erscheinen wird.

Heil Hitler!

He

Dipl.-Ing. Sonderrmann

Berlin, den 11. Oktober 1944.

Pro VS 2458 / 11.10.44/257A-7, 11 Pro VS

An

244 9/XI. *Helminthospora*

den Herrn Staatssekretär.

Betr.: Stellungnahme zum Schreiben des Chefs der Sicherheits-
polizei und des SD vom 18.3.1944 (s.Anlage)

Der Wunsch des SD, mit einer Dienststelle des Ministeriums verhandeln zu können, die allein verantwortlich für die politisch-propagandistische Betreuung der Fremdarbeiter ist, ist berechtigt, da sich zurzeit ausserhalb des Ministeriums aber auch innerhalb unseres Hauses verschiedene Stellen mit dieser Frage befassen. Ausserhalb des Hauses sind es hauptsächlich die DAF und das A.A., die für sich den Anspruch erheben, massgeblich an dieser Aufgabe beteiligt zu werden. Innerhalb unseres Hauses war vor längerer Zeit ein Arbeitsausschuss, bestehend aus den Abteilungen Pro, Ost und A gebildet worden, der sich aber in der praktischen Arbeit als ein Unding herausstellte, da jede Abteilung die Federführung beanspruchte. Durch die Eingliederung der Abt. Ost als Hauptreferat in Abt. Pro ist auf diesem Gebiete schon ein gewisser Wandel geschaffen

21 d

worden. Es besteht aber nach wie vor der m.E. unhaltbare Zustand weiter, dass neben der Abt. Pro auch die Abt. A, vertreten durch das Referat Dr. Würzinger, auf diesem Gebiet tätig ist. Dadurch geht jede Einheitlichkeit, jeder Überblick und damit auch jegliche geschlossene Linie in der Fremdarbeiterbetreuung verloren. Es konnte mehrfach festgestellt werden, dass z.B. die DAF sich dann an die Abt. A. wandte, wenn sie merkte, dass die Abt. Pro zu einer für das Haus nicht tragbaren Kompromisslösung nicht zu bewegen war.

Ich bitte daher auch im Rahmen dieses Berichtes um eine Entscheidung Ihrerseits, wonach nur die Abt. Pro berechtigt ist, federführend auf diesem Gebiet aufzutreten.

Was nun den Vorschlag des SD anbelangt, die Fremdarbeiterbetreuung - bisher dem Hauptreferat Pro VS unter Leitung von Min.Rat. Imhoff, Sachbearbeiter Referent Schuppelius, unterstellt - nunmehr dem Volkstumsreferat von Abt. Pro einzugliedern, so habe ich schon in persön-

21e

lichen Verhandlungen mit dem SD hierzu eine ablehnende Stellung eingenommen.

Beim SD werden sämtliche Volkstumsfragen in einer Abteilung bearbeitet, die sich in die Unterabteilungen

a) deutsches Volkstum

b) fremdländisches Volkstum

aufgliedert. Das Volkstumsreferat der Abt. Pro dagegen beschäftigt sich nur mit jenen Fragen, die deutsche Volkstumsgruppen im Ausland befassen oder darüber hinaus den erweiterten Begriff des "germanischen Volkstums" (Flamen, Niederländer) behandeln. Ich sehe nicht ein, weshalb ich das Referat Fremdarbeiterbetreuung dem Min.Rat. Imhoff entziehen und dem Referenten Dr. Rahn unterstellen soll.

Nenn von Seiten des SD auf Seite 2 seines Schreibens behauptet wird, dass die über 1 Million im Reich eingesetzten Polen nach 5 jährigem Arbeitseinsatz noch von keiner Seite politisch angesprochen worden sind, so kann ich dazu nur die Behauptung aufstellen, dass die Schuld hierfür einzig und allein beim SD selbst liegt. Seit Jahr

und Tag hat gerade der SD jede Betreuung und jede politische Beeinflussung der Polen strengstens abgelehnt, ja sogar untersagt. Ich habe im April d. J. zusammen mit den Herren Dr. Gast und Dr. Wimmer eine Besprechung bei SS-Gruppenführer Müller gehabt, um ihn davon zu überzeugen, dass es nunmehr endlich an der Zeit sei, die im Reich befindlichen Polen propagandistisch zu erfassen. Jeder von mir gemachte Vorschlag: Herausgabe von politischem Aufklärungsmaterial, Schaffung einer besonderen Zeitung für polnische Arbeiter, kulturelle Betreuung der Polenlager, wurde von SS-Gruppenführer Müller strikt abgelehnt. Anscheinend will sich der SD nun auf Grund der politisch-militärischen Situation zu einer anderen Auffassung bereit erklären, wie er sich ja inzwischen auch bereit erklärt hat, in der Frage Nationalitätenabzeichen für Ostarbeiter und Polen, die bisher immer am SD gescheitert war, eine der bisherigen Auffassung völlig entgegengesetzten Meinung zu vertreten. Zugleich mit dieser Meinungsänderung darf aber der SD dem PM. nicht den Vorwurf machen, dass eine Betreuung der Polen bisher nicht erfolgt sei.

Wenn auf Seite 2 Absatz 2 davon gesprochen wird, dass die vom Propaganda-Atelier gemäss Auftrag der Abt. Pro durchgeführte Plakatpropaganda den derzeitigen Erfordernissen nicht mehr voll auf g-erecht werde, so muss ich dazu feststellen, dass es sich dabei um eine sehr einseitige Darstellung handelt, denn die Fremdarbeiterbetreuung wird nicht allein durch Plakatpropaganda durchgeführt, sondern durch eine Reihe weiterer propagandistischer Massnahmen. So führt Abt. Pro zurzeit laufend Rednerschulungskurse durch und der Einsatz der bisher ausgebildeten Redner hat gute Erfolge gezeitigt. Aber auch der Rundfunk (s.Anl.1) und die Presse kommen stärkstens zum Einsatz, genau so wie seit langem schon die politischen Randzeitungen (s.Anl.2) mit bestem Erfolg zum Aushang kommen.

Abschliessend möchte ich bemerken, dass das Referat Fremdarbeiterbetreuung mit dem Volkstumsreferat (Dr.Halm) hervorragend zusammenarbeitet, so dass sich im dienstlichen Verkehr zwischen der Volkstumsabteilung des SD einerseits und den Referaten Fremdarbeiterbetreuung und Volkstum im

212

P.M. andererseits überhaupt keine Schwierigkeiten ergeben
können. Voraussetzung für eine produktive Arbeit auf dem
Gebiet der Fremdarbeiterbetreuung aber ist, dass innerhalb
unseres Hauses eine Stelle als allein verantwortlich her-
ausgestellt wird und ich würde es begrüßen, wenn Sie,
Herr Staatssekretär, durch Erlass und Veröffentlichung im
Hausnachrichtenblatt darauf hinweisen würden, dass die
Abteilung Pro die allein verantwortliche und federführende
Abteilung ist.

Heil Hitler!

Anlagen

Aktenvermerk.

Betr. Sitzung im Reichssicherheitshauptamt vom 25. 1.
betr. neues Polen-Abzeichen.

Anwesend: RSHA (Vorsitz,
Partei-Kanzlei,
Reichsinnenministerium,
Propagandaministerium,
GBA
Bevollmächtigter des Generalgouverneurs
DAF,
RNSt.

Die zuständige Abteilung des RSHA hat ein neues Polen-Abzeichen entworfen, das auf einem rot und weissen Schild in „blauem“ Feld eine dreigeteilte stilisierte in gelber Farbe gehaltene Ähre darstellt. Gegen dieses Abzeichen haben die Gauleiter Greiser und Forster Einspruch erhoben. Diesem Einspruch hat sich der RFSS angeschlossen. Der zuständige AL des RSHA hat durch nochmalige Vorstellungen beim persönlichen Adjutanten des RFSS die Einsprüche der Gauleiter Greiser und Forster zu beseitigen versucht, jedoch eine klare und bestimmte Ablehnung erfahren. Der Einspruch gründet sich darauf, dass rot-weiss die polnischen Nationalfarben sind und das Nationalbewusstsein der Polen heben. Von Gauleiter F. stammt die Äusserung, dass er nach Einführung dieses Abzeichens an Polenaufständen nicht mehr zweifelt. Greiser hat darüber hinaus auch die Ähre beanstandet, die er für den Warthegau in Anspruch nimmt.

Die Herstellung der alten P-Abzeichen ist eingestellt und kann nur mit Schwierigkeiten wieder aufgenommen werden. Bestände sind nicht vorhanden, um auch nur die im Zuge der Flüchtlingsbewegung ins Reich kommenden Polen zu kennzeichnen. Das RSHA hält die Kennzeichnung der Polen im Reichsgebiet aus sicherheitspolizeilichen und volkspolitischen Gründen für unerlässlich.

Es werden neue Wappen vorgelegt, von denen das der Herzöge von Ghe Cholm (Bär unter 3 ^{Bäumen} Wagen) wegen des als russisch bekannten Wappentieres abgelehnt wird. Ausserdem wird ein weiteres Wappen der Herzöge von Masowien mit dem Greif vorgelegt. Von diesen Herzögen wurden seinerzeit die Deutschritter ins Land gezogen. Es erscheint deshalb als Symbol für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit geeignet, entbehrt aber im polnischen Volk der Tradition und müsste erst propagandistisch eingeführt und bekannt gemacht werden. Einsprüche hiergegen sind seitens des Gauleiters F. zu erwarten, da der Greif im gesamten Ostseeraum als Wappentier häufig verwandt wurde.

Zur Entscheidung standen die Fragen:

1) Sind die neuen Abzeichen jetzt oder später gelegentlich einer allgemeinen Neuordnung des Ostraumes einschl. der polnischen Gebiete zu entscheiden und einzuführen. Bei Vertagung würden unter Umständen gewisse sicherheitspolizeiliche Nachteile im Inland in Kauf genommen werden müssen.

2) Ist das Greif-Wappen als geeignet anzusehen?
Partei Kanzlei und GBA., zum Teil unterstützt durch den Bevollmächtigten des Generalgouverneurs, halten das von Forster abgelehnte weiss-rote Abzeichen für psychologisch denkbar glücklich, insbesondere im Moment der Preisgabe Polens Englands an den Bolschewismus. Die von den beiden Gauleitern befürchteten Auswirkungen hängen ausschliesslich von der Machtfrage ab. Der Generalgouverneur zeigt sich im allgemeinen desinteressiert, da er die Verwaltung des Generalgouvernements so schnell und weitgehend als möglich liquidiert.

Propagandaministerium und Partei Kanzlei vereinbaren, zu Gunsten des abgelehnten neuen Abzeichens beim RFSS nachzustossen, da die Reichsinteressen den Gauinteressen vorgehen. Die beiden Gauleiter sind an der Frage der Kennzeichnung der Polen ausserhalb ihrer Gaue nur in zweiter Linie beteiligt. Ggf. soll der Warthegau auf die Ähre am eigenen Wappen verzichten. Bis zur Entscheidung werden behelfsmässig einige tausend alter P-Abzeichen neu in Auftrag gegeben, um den dringenden Bedarf zu decken.

Gegen das Greif-Wappen werden im allgemeinen Bedenken nicht geäussert. Auch das Reichsinnenministerium spricht sich dafür aus.

Die Verbindung zwischen den beteiligten Dienststellen soll aufrecht erhalten werden, damit zu gegebenem Zeitpunkt die Abzeichenfrage schnell und in allseitigem Einvernehmen gelöst werden kann.

Melmer

K. g. 1. 2.

Interim an Reichsregierung

VI 14

Promi

Eingabe

Spilhotopaulos

(Dr. Wesenw

Vanduk)

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

Ab 4 / 64

(RSHA)

Wi./Schr.

28. April 1944

Pro VS 2458- ~~19~~ / 8.4.44 / 144-4,2

abgef. bis 2.15.
in 1 Anlage

An das
Reichspropagandaamt Wien,
W i e n

In Anlage erhalten Sie ein an den Herrn Minister gerichtetes
Bittgesuch des Griechen Spiliotopoulos, dessen Sohn in Wien verhaftet
wurde. Es wird um Untersuchung dieser Angelegenheit gebeten. Das Bitt-
gesuch ist mit einem kurzen Bericht über das Ergebnis Ihrer Unter-
suchung an Hauptreferat Pro VS zurückzusenden.

Im Auftrag

Wieder vorgelegt
Min. Haupt-Bez.

hi

4. 6. 44
1. 6. 44

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

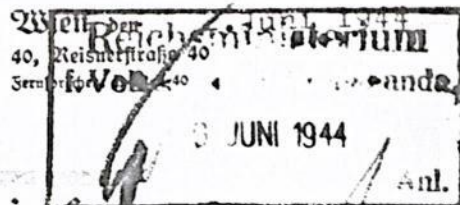
Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Herabstufung im
Bundesarchiv

R 55 DC / 433

Reichspropagandaamt
Wien

Aktenzeichen: Pro 2458/25-6, 10
(In der Antwort anzugeben)



Schnellbrief

Betrifft: Spiliotopoulos Sofoklis geb. 30.10.1925 in Saloniki
Bezug: Ihr Schr. Pro VS 2458-19/3.4.44/144-4, 2 com 23. April 1944

An den

Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda
Abteilung Pro VS
z. Hd. Herrn Dr. Wimmer

Berlin W 9

Wilhelmsplatz 3-10

Unter gleichzeitigem Rückschluss der Angaben der Frau
Spiliotopulu wird untenstehend die Auskunft der Geheimen Staats-
polizei-Leitstelle Wien bekanntgegeben:

"Der Grieche Spiliotopulos hat im Dezember 1942 seinen Arbeits-
platz bei den Tr. Radiowerken verlassen, wurde im Februar 1943 wegen
Vertragsbruch festgenommen und dem Arbeitserziehungslager Ober-
lanzendorf eingewiesen. Von dort ist er am 11.3.1943 geflüchtet.

Am 31.5.43 wurde S. neuerlich festgenommen, da bekannt wurde,
dass er einer aus 24 Mitgliedern bestehenden griechischen Diebs-
bande angehört und vom Dezember 1942 bis Mai 1943 mehrere Lebens-
mittelmarkenkliebstähle grösseren Ausmasses verübt hat.

Über Spiliotopulos wurde gemäss Erlass des Reichssicher-
heitshauptamtes vom 23.9.1943 Schutzhaft und Einweisung in ein
Konzentrationslager angeordnet."

Im Auftrag

Geppert.
Geppert.

1 Beilage

L. d. A.

Va. 16. V. 44

nr VP. 24587 P. 4. 44/ 144-4/2

Saloniki, den 8. April 1944

An Herrn
Propagande-Minister
Dr. Goebbels
Saloniki.

Reichsministerium
Volksaufkl. u. Propaganda

22. APR. 1944 *

Anl

Sehr geehrter Herr,

Mein junge und minderjährige Sohn, Sofoklis Spiliotopoulos, Bewunderer von Nationalsozialismus, welchen die Grosse Deutsche Nation mit soviel Erfolg, unter der kräftigen und gelehrten Führung des Führers und Ihrige ausgelegt hat, hat seine Schule veranlasst und in Deutschland mit den ersten griechischen Arbeitern gegangen war, um er dort als Arbeiter mit seinen Landsleuten für die Verbreitung in der Welt einer, aller Menschen, gemeinsame Idee, welche die Heldenhafte Kämpfe gegründet haben, zu arbeiten, und zu unterstützen.

Er arbeitet bei einer Fabrik von Radio-Herstellung "Radio-Werke" in Wien, und war sehr zufrieden, als plötzlich vor 12 Monaten die Korrespondenz mit uns unterbrochen hat, und wie ich von zuverlässigen Quelle erfahren habe, wegen seiner kindliche Unerfahrenheit, seine Unbesonnenheit und besonders eine schlechte Gesellschaft in gesetzlose Handlungen hinein-gefallen ist und von der G.F.P. gefasst wurde.-

Zur Zeit befindet er sich in einem Jungergefängnis und aus welchem wahrscheinlich wegen seiner zarten Gesundheitzustand ohne Bedenken herauskommen wird.-

Sie haben sicher eine Mutter auch und bin ich überzeugt dass Sie voll die Unruhe meiner Hingebung für meine einzige und liebste in dieser Welt Existenz rechtfertigen werden.-

Ich bitte Sie höflichst alle Ihre Nachsicht zu erschöpfen, damit mein unmündige Sohn aus seiner unerwarteten Peripetie, in welcher ihn seine kindliche Naivität und Unerfahrenheit eingebracht haben, entlassen wird. Gleichzeitig möchten Sie bitte, seine Rückkehr in der vorherigen Arbeit zu veranlassen und ihm die Korrespondenz mit seiner Mutter genehmigen zu wollen.-

Als Belohnung Sie werden die unendliche Dankbarkeit einer leidenden Mutter haben, welche niemals Ihre Name zu segnen aufhören wird, sowie auch dieselbe des Führers.-

Mit unermessliche Dankbarkeit, verbleibe ich

Mit vorzüglicher Hochachtung

M. Spiliotopulu

Maria Spiliotopulu

Syngrou 35.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv
R 55 DC / 433

28. Juni 1944

Pro VS 2458-19/8.4.44/144-4,2

An das
Reichssicherheitshauptamt,
z.Hd.v.Herrn Kommissar Hässler,
Berlin SW 68
Prinz-Albrechtstrasse 3

Betr.: Griechischer Fremdarbeiter Spiliotopulos.

In Anlage wird Ihnen der Vorgang Spiliotopulos mit der Bitte um Rückgabe übersandt. Da das Schreiben der Mutter des S. an Herrn Reichsminister Dr. Goebbels persönlich gerichtet ist, muss eine Antwort erteilt werden.

Es wird um Mitteilung gebeten, ob für den Genannten etwas unternommen werden kann und welche Antwort an die Einsenderin von Ihnen vorgeschlagen wird.

Um baldmöglichste Beantwortung dieses Schreibens wird gebeten.

Im Auftrag

Wieder vorgelegt
Min.-Haupt-Reg.
1. 8. 44
Wieder vorgelegt
Min.-Haupt-Reg.
1. 8. 44
Wieder vorgelegt
Min.-Haupt-Reg.
1. 8. 44

3.) Erinnert vom 15. 8. 44.

4.) Wkr. vom 1. 9. 44

1. Kom. Haefele teilt mit, dass er die Sache weitergeleitet hat u. von Dr. Hergel bearbeitet sei.
2. L. d. d.

Va. 18.9.44

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Hergestellt im
Bundesarchiv
R 55 DC I 433

Reichssicherheitshauptamt

-IV B 3 a II - 3746/44 -

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 24. November 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 Fernanruf 12 64 21

Reichsministerium

Verwaltung für Propaganda

31.11.44

31.11.44

Pro

An das

Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda

Berlin W 8

Wilhelmplatz 8-9

Betrifft: Sofoklis Spiliotopoulos,
geb. 30.10.23 in Saloniki.

Bezug: Dort. Schreib. v. 28.6.44 - Pro VS 2458 -
19/8.4.44/144-4,2.

Der hiesige Vorgang Spiliotopoulos
ist durch Feindeinwirkung in Verlust geraten. Aus diesem
Grunde hat sich die Bearbeitung bis jetzt verzögert.

Es konnte nunmehr festgestellt werden, dass
S. im KL. Mauthausen einsitzt. Dieses Lager steht unter
Entlassungssperre.

Im Auftrage:

Infolge der mil. Ereignisse.

Keine Antwort nach Saloniki möglich

L. d. d.

Va. 2.12.44

-ma.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC / 433

VI 15

Promi

Kommando unternehmen
Lichtline

(Dr. G. G. G. G.)

Generalstaatsanwalt
am Kammergericht

1b 4164

(RSHA)

11744
Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Pr. Nr. 2773/117.44/81-3, 9

66

Berlin SW 11, den 11. Juli 1944.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 : Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 : Postscheckkonto: Berlin 2356

IV A 2 a - B.Nr. 6123/44.

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das
Datum und den Gegenstand angeben

1. Der Minister hat Kenntnis genommen. u. ist einverstanden!

2. ~~Der Minister hat Kenntnis genommen.~~

An das

Reichsministerium für Volksaufklärung
und Propaganda
z.Hd.v. SS-Brigadeführer Staatssekretär
Dr. N a u m a n n

Berlin W 8,
Wilhelmplatz 8-9.

Betrifft: Kommandounternehmen auf der Insel
Mytilene.

Bezug: Ohne.

6.21.7
Aus einer hier eingegangenen militärischen
Meldung ergab sich, daß am 4.4.44 englische Sabotage-
trupps auf der Insel Mytilene landeten, um eine
militärische Dienststelle auszuheben. Gleichzeitig
wurde der Versuch unternommen, die Gefangenen eines
dort befindlichen Konzentrationslagers zu befreien.
Dieser Versuch mißlang, da sämtliche Häftlinge sich
weigerten mitzufahren, obwohl ein U-Boot zu ihrem
Abtransport bereitstand.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD in Athen berichtete nunmehr folgende
Einzelheiten:

Bei dem erwähnten Überfall wurden drei
deutsche Soldaten durch einen Kommandotrupp in
Stärke von 10 Mann getötet. Gleichzeitig über-
wältigten 50 Banditen die kleine Wache eines
Konzentrationslagers. Wie die Häftlinge dieses
Lagers später aussagten, sollten sie mit einem
U-Boot entführt werden. Es ist jedoch kein Häft-
ling entwichen.

Hergestellt im
Bundesarchiv

R55/620

Soweit der nüchterne Sachverhalt. Ich halte den Fall für geeignet, propagandistisch ausgewertet zu werden. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Häftlinge aus einem deutschen Anhaltelager es vorzogen, ihre Angelegenheit sachlich von den deutschen Dienststellen untersuchen zu lassen, anstatt sich von einem englischen Sabotage-trupp "in Sicherheit" bringen zu lassen. Die propagandistische Ausmalung der von den Häftlingen verschmähten "Sicherheit" dürfte keine Schwierigkeiten machen.

Karlshausen

Hergestellt im
Bundesarchiv
R55/620

Hauptreferat Pro.Pol.
RR. Dr. Schäffer

Dr. Schäffer Berlin, den 22. Juli 1944

ferngeschrieben 25

22. Juli 1944

- 1.) Fernschreiben
an Propaganda-Abteilung Prag, Krakau, Den Haag, Oslo
und Brüssel. (← durch Brief geschw. Nr. 2572)
- 2.) Herrn Dr. Wimmer
zur Auswertung in der Propaganda für ausländische Arbeiter
- 3.) Deutsches Propaganda-Atelier
zur gelegentlichen Verwertung in der Auslandspropaganda
- 4.) Abteilung A.
zur Verwertung in der Auslandspropaganda.

Nachfolgend wird zur Verwertung in der Propaganda ein Beispiel mitgeteilt, das zeigt, wie wenig Wert Angehörige europäischer Völker auf eine "Befreiung" durch die Engländer legen.

Bei einem Kommandounternehmen der Engländer auf der Insel Mytilene, das im April d.J. unternommen wurde, wurde der Versuch gemacht, die Gefangenen eines von dieser Insel befindlichen Anhaltelagers zu befreien. Sämtliche Häftlinge dieses Anhaltelagers weigerten sich, sich von den Engländern "befreien" zu lassen, obwohl ein U-Boot zu ihrem Abtransport bereitstand.

Soweit der Sachverhalt. Dieser Fall ist geeignet, entsprechend propagandistisch ausgewertet zu werden. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Häftlinge eines deutschen Anhaltelagers es vorzogen, ihre Angelegenheit sachlich von den deutschen Dienststellen untersuchen zu lassen, anstatt sich von einem englischen Trupp "in Sicherheit" bringen zu lassen. Die propagandistische Ausmalung dieser Angelegenheit dürfte keine Schwierigkeiten machen.

Heil Hitler!

Schäffer
(Dr. Schäffer)

Dr. Dr. 2773/11.7.44/81-3,9

68

Hauptreferat Pro.Pol.

RR. Dr. Schäffer

Berlin, den 22. Juli 1944

1.) Fernschreiben

an Propaganda-Abteilung Prag, Krakau, Den Haag, Oslo
und Brüssel (d. Ruff, de F. L. gest.)

2.) Herrn Dr. Zimmer *ausgeh. Kl. 22/7*
zur Auswertung in der Propaganda für ausländische Arbeiter

3.) Deutsches Propaganda-Atelier *abges. Tel. 22/7*
zur gelegentlichen Verwertung in der Auslandspropaganda

4.) Abteilung A. *ausgeh. Kl. 22/7.*
zur Verwertung in der Auslandspropaganda.

Nachfolgend wird zur Verwertung in der Propaganda ein Beispiel mitgeteilt, das zeigt, wie wenig Wert Angehörige europäischer Völker auf eine "Befreiung" durch die Engländer legen.

Bei einem Kommandounternehmen der Engländer auf der Insel Mytilene, das im April d.J. unternommen wurde, wurde der Versuch gemacht, die Gefangenen eines von dieser Insel befindlichen Anhaltelagers zu befreien. Sämtliche Häftlinge dieses Anhaltelagers weigerten sich, sich von den Engländern "befreien" zu lassen, obwohl ein U-Boot zu ihrem Abtransport bereitstand.

Soweit der Sachverhalt. Dieser Fall ist geeignet, entsprechend propagandistisch ausgewertet zu werden. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Häftlinge eines deutschen Anhaltelagers es vorsogen, ihre Angelegenheit sachlich von den deutschen Dienststellen untersuchen zu lassen, anstatt sich von einem englischen Trupp "in Sicherheit" bringen zu lassen. Die propagandistische Ausmalung dieser Angelegenheit dürfte keine Schwierigkeiten machen.

Heil Hitler!

[Signature]
(Dr. Schäffer)
(Kreuzberger)

An
Fernschreiben
22. Juli 1944

an Dr. Ruff abg.

27.7.44

[Signature]

29/7

Hergestellt im
Bundesarchiv

R55/620

pm 22. 7. 44 16.00

an
propaganda -abteilung
prag, krakau, den haag, oslo, bruessel

meldung nr. 25

uns.aktz. pro pol

- 2.) herrn dr. wimmer
zur auswertung in der propaganda fuer ausl.arbeiter
3.)deutsches propaganda -atelier
zur gelegentlichen verwertung in der auslandspropaganda
4.) abteilung a
zur verwertung in der auslandspropaganda

nachfolgend wird zur verwertung in der propaganda ein
beispiel mitgeteilt, das zeigt, wie wenig wert angehorige
europaeischer voelker auf eine ''befreiung ''durch die
englaender legen.

bei einem kommandounternehmen der englaender auf der insel
mytilene, das im april d.j .unternommen wurde,wurde der
versuch gemacht, die gefangenen eines von dieser insel
befindlichen anhaltelagers zu befreien,saemtliche
haeftlinge dieses anhaltelagers weigerten sich, sich von
den englaendern ''befreien ''zulassen, obwohl ein u-boot
zu ihrem abtransport bereitstand.

soweit der sachverhatt. dieser fall ist geeignet, entsprechend
propagandistisch ausgewertet zu werden. es ist immerhin bemerkens.
wert, dass die haeftlinge eines deutschen anhaltelagers
es vorzogen, ihre angelegenheit sachlich von den deutschen
dienststellen untersuchen zu lassen,anstatt sich von einem
englischen trupp ''in sicherheit ''bringen zu lassen.
die propagandistische ausmalung dieser angelegenheit duerfte
keine schwierigkeiten machen.

heil hitler
dr. s c h a e f f e r

+++++

Ami

Hergestellt im
Bundesarchiv

R55/620

VI 16

Promi

Bredewende vegen
● A E L Waken-
stedt.

(Vanduk)

●

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

1204/64

(RSHA)

Berlin, den

25. Januar 1944

RMVuP

Pro VS 2458/3.1.44/238-1, 1
Sachbearbeiterin Vanderk

Entwurf

(Reinschrift liegt bei)

1. An

das Reichspropagandaamt Südhannover-
Braunschweig,

H a n n o v e r .

X In der Anlage wird ein an den Herrn Reichsminister
Dr. Goebbels gerichtetes Schreiben zur Kenntnismahme übersandt. Es
wird um persönliche Überprüfung des Arbeiterlagers in Watenstedt
und um Herreichung eines eingehenden Berichtes über die dortigen
Verhältnisse gebeten.

2. Wyl. bei Eingang,
spätestens am 20.2.44

Im Auftrag:

Wieder vorgelegt

Min. Haupt. Reg.
20.4.44

Vol. 20. IV. 44

Vanderk

Wieder vorgelegt

Min. Haupt. Reg.

20.2.44

Wieder vorgelegt

Min. Haupt. Reg.

20.2.44

1. erinnert
2. Vol. 20. III. 44

Va 23.6.

Vermerk: Kom. Hepler viel hier an und teilte
mit, daß Watenstedt dem LD untersteht
und er die Angelegenheit zuständigkeits-
halber erledigen wird.

L. d. A.

Va. 21. 4. 44

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



R55DC/433

Allen promi

Der Reichsführer-SS

und

Chef der Deutschen Polizei

im Reichsministerium des Innern

S - IV B (ausl. Arb.) - 645/43 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

An

den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung
und Propaganda
- Abteilung Pro VS -
z.Hd.v.Herrn Dr. W i m m e r - o.V.i.A. -
in Berlin W 8,

Wilhelmplatz 8-9.

Betrifft: Angebliche Mißstände im Arbeitserziehungslager
Watenstedt.

Bezug: / Dortiges Schreiben vom 25. 1. 1944 -
Pro VS - 2458/3.1.44 - 238 - 1.1., gerichtet
an das Reichspropagandaamt in Hannover.

Wie bereits fernmündlich besprochen, hat die Nach-
prüfung der durch den anonymen Briefschreiber gemachten
Angaben die völlige Haltlosigkeit der gegen das Arbeits-
erziehungslager Watenstedt erhobenen Vorwürfe ergeben.

Ich darf nochmals bitten, in Zukunft derartige Ein-
gaben unmittelbar nach hier weiterzuleiten, da für eine
Nachprüfung von gegen die Sicherheitspolizei bzw. ihre
Einrichtungen erhobenen Vorwürfen grundsätzlich die
hiesige Dienststelle zuständig ist.

Im Auftrage:

R. K. H.

- 19/
Pro VS 2458/15. 4. 44/238-1, 1

Berlin SW 11, den 15. April 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 • Fernverkehr 126421

Reichsminister des Innern
1. Volkswirtschaftl. u. Propaganda

18. APR 1944

Auf.

Pro

*Vorg. aus
19/4. z. g. g. g.
H. 20/4*

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
1 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 433 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin

Herabgel. im
Bundesarchiv

R55 DC 1433

Arten 1000

VI 17

Proui

Eingabe

•
Bühler

(Vanderho)

•

Generalstaatsanwalt
dem Kammergericht

Ab 4/64

(RS14A)

Berlin, den

7. September 1944

RMVP
Pro VS 2458-19/10.7.44/19-12,8
Sachbearbeiterin Vamörk/Ko.

*abges. 11/9
m. 1. publ.*

.) An das
Reichssicherheitshauptamt,
Amt IV, z.Hd.v.Herrn Komm.Hässler,

B e r l i n SW 11
Prinz-Albrechtsstrasse 8

In der Anlage wird ein an Herrn Reichsminister Dr.Coebbels gerichtetes Schreiben des französischen Gastarbeiters Henri Bühler, Berlin-Charlottenburg 9, Schildhorn, zur Kenntnisnahme übersandt.

Es wird gebeten, zu überprüfen ob es im Rahmen der Bestimmungen für Evakuierte möglich ist, dass Vorgenannter sein Kind des öfteren besuchen kann. Um möglichst ungehende Mitteilung Ihrer Stellungnahme wird gebeten, damit dem französischen Arbeiter von hier aus entsprechende Antwort erteilt werden kann.

Im Auftrag

2.) 1.10.44
Wiedervorlage

la

Reg. Pro. V. G. 2458-19/10.4.44/19-12-8

Henri Bühler
Berlin Charlottenburg 9
Schildhorn.

Berlin le 10 Juillet 1944

Reichsministerium
für Volksaufklärung und Propaganda

11. JUL 1944 V

Herrn Reichsminister
Dr. Goebbels.

10.4.44
U. W. P. Z. m. y.

Abt. AD
Übersetzt: 11.10.1944

Veuillez avoir la bonte de bien vouloir m'excuser si je me permet de vous ecrire ces quelques mots, au sujet suivant.

Etant travailleur Francais Volontaire en Allemagne depuis 2 ans, est étant fiancé est étant père d'un enfant de 2 mois, je voudrais bien pouvoir au moins 2 fois par mois aller le voir, aussi je sollicite de votre haute bienveillance que vous me fassiez accordé par un mot de votre part l'autorisation, de me rendre de Berlin a Obersitz Kreis Samter, car mon passeport n'est valable que pour Berlin est comme je ne veut pas aller contre les lois Allemandes, je préfère être en règle, est pour cela il ne me faut que un simple cachet de la Police sur mon passeport, ne disposant que de très peu de temps je ne puis aller faire les démarches nécessaires, pour avoir cette autorisation car je travaille de 8 heure du matin a 8 heure du soir sans interruption, et comme je ne dispose que de un jours de repos par semaine qui se trouve être le Dimanche, je voudrais pourvoir aller embrasser mon fils ce jours-la entre deux trains.

Dans l'attente que vous voudrez bien me faire avoir cette autorisation est que vous prendrez ma qualité de volontaire en considération.,

Veuillez agréer Herrn Reichsminister Dr. Goebbels mes salutations respectueuses.

H. Bühler

Übersetzung aus dem Französischen

Henri Bühler

Berlin-Charlottenburg 9

Schildhorn

Berlin, den 10. Juli 1944

Herrn Reichsminister Dr. Goebbels,

Würden Sie die Güte haben, mich zu entschuldigen, dass ich mir gestatte, Ihnen diese paar Worte in Bezug auf folgende Sache zu schreiben:

Da ich seit 2 Jahren freiwilliger französischer Arbeiter in Deutschland bin, verlobt und Vater eines Kindes von 2 Monaten bin, möchte ich gern mindestens zweimal im Monat es besuchen können, auch bitte ich Ihr hohes Wohlwollen, dass Sie mir durch ein Wort von Ihrer Seite die Erlaubnis zuteil werden lassen, mich von Berlin nach Obersitz, Kreis Sarter, begeben zu können, denn mein Pass ist nur gültig für Berlin, und weil ich nicht gegen die deutschen Gesetze verstoßen möchte, ziehe ich es vor, dass alles in Ordnung ist, und zu diesem Zweck brauche ich nur einen einfachen Stempel der Polizei auf meinen Pass; da ich sehr wenig Zeit zur Verfügung habe, kann ich nicht die notwendigen Schritte unternehmen, um diese Erlaubnis zu erlangen, denn ich arbeite von 8 Uhr morgens

morgens bis 9 Uhr abends ohne Unterbrechung, und da ich nur über einen Ruhetag verfüge, der ausgerechnet am Sonntag ist, würde ich gern -zwischen zwei Zügen- meinen Sohn warmen.

In der Erwartung, dass Sie wohl diese Genehmigung mir zuteil werden lassen werden, und dass Sie meine Eigenschaft als freiwilliger Arbeiter in Erwägung ziehen wollen,

Empfangen Sie, Herr Reichminister Dr. Goebbels, meine ehrerbietigsten Grüsse

gez. H. Bühler

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
...4... Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 434 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz
(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



R 55 DC / 434
Arten frei

Der Reichsführer-~~SS~~

und

Chef der Deutschen Polizei

~~XXXXXX~~

S - IV B (ausl. Arb.) - 198/41 -

Berlin SW 11, den 18. September 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 120040 • Fernanruf 126421

Bitte im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das
Datum und den Gegenstand angeben

An

**Reichsministerium
f. Volksaufkl. u. Propaganda**
den Herrn Reichsminister für Volksaufklärung
und Propaganda
in Berlin.

Betrifft: Einschränkung der Reisetätigkeit
ausländischer Arbeitskräfte.

Bezug: Dort. Schreiben vom 7. 9. 1944 -
Pro VS 2458-19/10.7.1944/19-12,8.

*Wes
beigelegt
23/9.*

Im Hinblick auf die totalen Kriegsmaßnahmen wird vom deutschen Volksgenossen erwartet, daß er sich größte Zurückhaltung bei der Benutzung der Eisenbahn auferlegt. Keinesfalls wird er aber die Möglichkeit haben, zweimal monatlich eine Familienheimfahrt anzutreten. Gleiches muß von ausländischen Arbeitskräften erwartet werden, die grundsätzlich nur noch zum Zwecke des Arbeitseinsatzes die Eisenbahn benutzen sollen. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, bewährten ausländischen Arbeitskräften in angemessenen Zeitabständen eine Reise zu ihren ebenfalls im Reich befindlichen Angehörigen zu gestatten.

Französische Arbeitskräfte haben grundsätzlich Aufenthaltsbeschränkung im Kreisgebiet. Bei Verlassen dieses Bereiches haben sie die Genehmigung der zuständigen Kreispolizeibehörde einzuholen, die ihnen auch

in begründeten Fällen erteilt wird. Ich sehe
daher keine Veranlassung, dem B ü h l e r
Aufenthaltsgenehmigung für das gesamte Reichs-
gebiet zu erteilen.

Im Auftrage:

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'H. H. H.' or similar, written in a cursive style.

Es wird amtlich bescheinigt, daß die vorstehende
2 Seite(n) umfassende Ablichtung mit der Vor-
lage im Bundesarchiv, Bestand R 55 Zg DC
Nr. 434 vollständig übereinstimmt.
Koblenz, den 4. 11. 1968

Schulz-Schafforz

(Schulz-Schafforz)
Archivinspektorin



Hergestellt im
Bundesarchiv

R 55 DC / 434

Hen / prouin